

An alle, die Beifall geklatscht hätten, wenn in Deutschland wieder Menschen verbrannt wären!

Die erschreckenden Ereignisse in Rostock und zahlreichen anderen Orten der Bundesrepublik sowie die noch schrecklichere Gaffer- und Unterstützer-Szene zwingen uns zu folgender Stellungnahme:

- Wieder sind Deutsche bereit, ihre Wut an Unschuldigen auszutoben.
- Wieder sind Deutsche bereit, sich von den eigentlichen Gründen ihrer sozialen Not und beruflichen Perspektivlosigkeit ablenken zu lassen.
- Wieder sind Deutsche bereit, zuzusehen, wie Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt werden. Fremdenhaß verdeckt die eigene Leere.
- Asylsuchende kommen nach Deutschland, unabhängig von unserer Rechtslage, weil sie in Not sind, wobei zum Teil organisierte Banden ihnen den letzten Rest ihrer Habe rauben und sie mit falschen Versprechungen locken.
- »Deutschland den Deutschen« weisen wir zurück. Wir leben seit Jahrzehnten mit Menschen aller Nationen zusammen. Sie sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir müssen nicht nur, wir wollen mit ihnen zusammenleben.

Für die Vorgänge in Rostock gibt es keine Entschuldigung! Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich der Kette aus Ressentiment, Verleumdung, Gewalt entgegenzustellen.

Alexander Verlag, Berlin · alibaba Verlag, Frankfurt am Main · Aufbau Verlag, Berlin · BdWi Verlag, Marburg · Bleicher Verlag, Gerlingen · Campus Verlag, Frankfurt am Main · S. Fischer Verlag/Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main · Frauenoffensive Verlag, München · Verlag am Galgenberg, Hamburg · Peter Hammer Verlag, Wuppertal · Edition Hentrich, Berlin · Hinstorff Verlag, Rostock Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln · Wolfgang Krüger Verlag, Frankfurt am Main · Antje Kunstmann Verlag, München · KVA Verlagsauslieferung, Kiel · Lambert Schneider Verlag, Gerlingen · Listen, Zeitschrift für Leserinnen und Leser, Frankfurt am Main · Luchterhand Literatur Verlag, Hamburg Moby Dick Verlag, Kiel · Verlag Dirk Nishen, Berlin · Orlanda Frauenverlag, Berlin · Papyrossa Verlag, Köln · R. Piper Verlag, München · Prolit Verlagsauslieferung, Fernwald · Reclam Verlag, Leipzig Philipp Reclam jun. Verlag, Dietzingen · Rotation Verlag und Vertrieb, Berlin · Rotbuch Verlag, Berlin Semmel Verlach, Kiel · sova, sozialistische Verlagsauslieferung, Frankfurt am Main · tende Verlag, Dülmen · Verlag Klaus Wagenbach, Berlin

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Oktober 1992

10/92

2. Jahrgang

Themen:

Drei Jahre Wissen-
schaftsumbau in
Berlin-Ost

Wissenschaft Ost
1989/90 Teil VI

Mit Beiträgen von:

Marion Höppner / Rosemarie
Kürschner / Krystyna Arias *
Hubert Laitko *

Georg Nolte * Rudolf Mau
u.a.

Editorial

Mit vorliegendem Heft beginnt der zweite Jahrgang von "hochschule ost". Im Oktober 1991 startete das Journal. Seither sind zwölf Hefte und ein Special herausgekommen. Dieses vergangene Monatsdutzend war hochschul- und wissenschaftspolitisch in den ostdeutschen Bundesländern durch vor allem drei Dinge gekennzeichnet: Zum einen wurde ein wesentlicher Schritt bei der Durchsetzung der dominierenden Strukturvorstellungen getan mit der endgültigen Auflösung der Akademie der Wissenschaften und der eher unbefriedigenden Unterbringung eines Großteils der positiv evaluierten MitarbeiterInnen in ungeschützten bzw. sehr unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Zum zweiten wurden die Neugründungen der 1990/91 abgewickelten Hochschulbereiche durch die abschließende Bestimmung der (meist wenig originellen) Strukturen und die Durchführung der Berufungsverfahren zu einem gewissen Abschluß gebracht. Und zum dritten ereilte die nicht abgewickelten HochschulmitarbeiterInnen der abschließende Höhepunkt des Umstrukturierungsprozesses - die Bestimmung und Umsetzung der neuen Hochschulstrukturen mit den entsprechenden Umstellungen der Personalstruktur. Nach Abschluß dieses Prozesses wird das ostdeutsche WissenschaftlerInnenpotential (Akademien, Hochschulen, Industrie, Ressortforschung) von 1989 um 70 % abgebaut worden sein. Zu Struktur und Inhalten wird schließlich konstatiert werden können: Die beiden Krisen des west- und des ostdeutschen Wissenschaftssystems, die 1989 festzustellen waren, sind erfolgreich zu einer Krise vereinheitlicht worden. Das sieht mittlerweile nicht nur die Redaktion von "hochschule ost" so. Allerorten hat der große Katzenjammer eingesetzt ob der vertanen Chancen. Die Hochschulrektorenkonferenz klagt darüber, daß die universitäre Forschung in Ostdeutschland keineswegs gestärkt worden ist. Den ostdeutschen Wissenschaftsministern bleibt nur, Erneuerung an rigider Personalauslese deutlich zu machen, da mit sonderlich eindrucksvollen Strukturen nicht aufgewartet werden kann - u. a. weil das Geld für ostdeutsche Wissenschaft fehlt (aber an anderer Stelle natürlich doch aufgebracht werden muß: als Vorruhestandsgelder, ABM-Finanzierungen, Abfindungen, Vergleichs- und Gehaltsnachzahlungen nach geführten Prozessen - und zur Finanzierung der Apparate, die diese Dinge verwaltungsseitig bewältigen). Der Wissenschaftsrat schimpft einerseits auf die Politiker, die machen, was sie wollen, anstatt mühevoll erarbeitete Empfehlungen umzusetzen, und gesteht kleinlaut ein, manches auch wohl nicht ganz optimal angegangen zu sein. Folgerichtig beginnt jetzt die hochschulpolitische Debatte wieder gesamtdeutsch: An dem Punkt, wo sie 1989 eingestellt worden war. Entsprechend mit drei Jahren Zeitverzug. Wir werden uns bemühen, der Verallgemeinerung der Debatte Rechnung zu tragen.

Die Karikatur auf der vierten Umschlagseite muß diesmal ausfallen. Wir stellen den Platz die ser Seite kostenfrei der Anzeige zur Verfügung, die zahlreiche bundesdeutsche Verlage in einer gemeinsamen Initiative aus beschämend aktuellem Anlaß schalten.

IMPRESSUM

hochschule ost, politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. bis Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert.
- Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPO bzw. der Redaktion wieder. - Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule politisch- akademisches journal aus ostdeutschland ost

INHALT

THEMA I: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost

Marion Höppner / Rosemarie Kürschner / Krystyna Arias:
Chronik der wichtigsten hochschulpolitischen Ereignisse an der Humboldt-Universität zu Berlin seit dem Herbst 1989 7

Hubert Laifko:
Berlinische Landschaftspflege. Wie man Wissenschaft und Forschung verbessert 20

THEMA II: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil VI

Georg Nolte:
Maßnahmen - Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig 28

REAKTION *Rudolf Mau:*
Duplik zur "Replik" von Joachim Rohde (*hso* 7/92) 37

BERICHTE

Sommerschule der GEW (*P. Ternack*) 39

DSW-Konferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung von Studierenden in Europa (*C. Kugge*) 44

Knappeit kreativ genutzt: Know-how aus dem Osten (*U. Fischer*) 46

MPG-Vorträge in den neuen Bundesländern - Arbeitsgruppen im Ostteil Berlins eingeweiht (*M. Globig*) 45

NACHRICHTEN

MPG: Gründung eines "MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen" 52

Ortleb: Studienanfänger werden immer älter 53

Frequentierung von NC-Fächern an ostdeutschen Hochschulen 54

STIPENDIEN: The German Marshall Fund of the United States 55

VERANSTALTUNGEN 57

DOKUMENTATION: Flugblatt des MfWF Sachsen-Anhalt 59

GELESEN

M. Riedel: Zeitkehre in Deutschland (*P. Ternack*) 61

J. Hacker: Deutsche Irrtümer (*F. Geißler*) 65

PUBLIKATIONEN 70

THEMA: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost

Marion Höppner, Rosemarie Kürschner, Krystyna Arias (Berlin):

Chronik der wichtigsten hochschulpolitischen Ereignisse an der Humboldt-Universität zu Berlin seit dem Herbst 1989

Im Juni-Heft 1992 stellte sich unser ABM-Projekt "Dokumentation und Darstellung hochschulpolitischer Vorgänge an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Herbst 1989 bis heute" bereits kurz vor. Als eines der ersten Ergebnisse erwähnten wir in diesem Zusammenhang eine weitgehend vollständige Chronik der Humboldt-Universität dieser Zeit. Im folgenden soll diese Chronik auszugsweise vorgestellt werden, wobei wir uns für diesen Zweck auf die unserer Meinung nach wichtigsten Ereignisse seit dem Oktober 1989 beschränken. Neben den rein hochschulpolitischen Vorgängen an der HUB wurden z.T. auch allgemein politische Ereignisse aufgenommen, die für die Entwicklung in dieser Zeit entscheidend waren.

Der Herbst 1989

Beginn des Ringens um Autonomie und Demokratisierung an der HUB

5. Oktober 1989
Festakt zum 40. Jahrestag der DDR im Marx-Engels-Auditorium der Humboldt-Universität zu Berlin

gegen den Polizeieinsatz gegen Demonstranten vom 7. und 8. Oktober 1989

7. und 8. Oktober 1989
Demonstrationen, Mahnwachen und andere Aktionen in Berlin, Leipzig, Dresden, Jena, Potsdam und anderen Städten -> Tausende Verhaftungen im Zusammenhang mit einem massiven Polizei-Einsatz gegen Demonstranten

17. Oktober 1989
Mehr als 4000 Studenten und junge Wissenschaftler diskutieren in den Hörsälen der Humboldt-Universität unter dem Motto "Dialog jetzt - unsere Verantwortung in der gegenwärtigen Situation" über neue Wege universitärer und studentischer Selbstverwaltung und Interessenvertretung.

11. Oktober 1989
Studenten protestieren vor der Mensa Nord

23. Oktober 1989
Eine Gruppe von Studenten aus 7 Sektionen der Humboldt-Universität übergibt dem

Rektor, Prof. Dr. Dieter Hass, einen gemeinsamen Standpunkt zur Installierung einer Interessenvertretung aller Studenten.

3. November 1989

Der Rektor, Prof. Dr. Dieter Hass stimmt nach Absprache mit dem Ministerium für Hochschulbildung der Bildung eines Studentenrates an der HUB zu.

4. November 1989

Massen-Kundgebung mit ca. 500.000 Teilnehmern auf dem Berliner Alexanderplatz

9. November 1989

Öffnung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin

17. November 1989

Der Studenterrat der Humboldt-Universität zu Berlin nimmt nach einer vorausgegangenen studentischen Urabstimmung seine Arbeit auf. Am gleichen Tag erscheint erstmals die Studentenzeitung *UnAUFGEFORDERT*.

Anläßlich des Internationalen Studententages findet nach einer Demonstration auf dem Bebelplatz ein Meeting für mehr Mitbestimmungsrechte der Studenten in allen Belangen des Studiums und des Studentenlebens statt.

19. Dezember 1989

Der Wissenschaftliche Rat der HUB beschließt, einen Arbeitsausschuß "Struktur und Statut der Universität" zu bilden.

Das Jahr 1990

Erarbeitung und Verabschiedung eines Universitätsstatuts; Studentendemonstrationen für eine soziale Absicherung des Studiums; "Abwicklungsbeschlüsse" der Berliner Landesregierung

11. Januar 1990

Die Mitglieder der Landesrektorenkonferenz von Berlin (West) treffen sich erstmals mit dem Rat der Rektoren von Berlin (Ost).

24. Januar 1990

Der Runde Tisch der Humboldt-Universität berät über Aufgaben im Hinblick auf die Demokratisierung der universitären Selbstverwaltung und die Autonomie der Universität. Moderator ist Prof. Dr. Heinrich Fink. Der Runde Tisch der Universität wurde bereits im November 1989 als ein Ort der Konsensfindung zwischen politischen Organisationen und Parteien ins Leben gerufen, um kritisch und konstruktiv die Hochschulrenewierung und Hochschulautonomie der HUB zu fördern.

26. Januar 1990

Erster Gemeinsamer Hochschultag der

Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität.

2. Februar 1990

Der Arbeitsausschuß des Wissenschaftlichen Rates der HUB legt erstmals einen Vorschlag zu Struktur und Statut der HUB vor. In Vorbereitung des verfassungsgebenden Konzils beruft der Rektor der HUB später auf Initiative des Runden Tisches eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Arbeitsausschusses und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen und Parteien ein, um die eingehenden Änderungsvorschläge zu den "Grundsätzen für ein Universitätsstatut" aufzuarbeiten.

21. Februar 1990

Der Runde Tisch der HUB verabschiedet einen Antrag zur Anhörung und Offenlegung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicher-

heit der DDR an der Humboldt-Universität zu Berlin.

8. März 1990

Studenten protestieren im Foyer der Humboldt-Universität gegen Aussagen des Rektors, Prof. Dr. Dieter Hass, in einem Interview mit der *Jungen Welt* vom 28. 2. 1990. Er hatte darin berichtet, daß die Aufhebung des Numerus clausus und die Einführung eines BAFÖG-Modells im Gespräch seien.

18. März 1990

Wahlen zur letzten Volkskammer der DDR.

27. März 1990

In einer Anhörung stellen sich vier Kandidaten für den Rektor-Posten der Universitätsöffentlichkeit

(Prof. Dr. Heinrich Fink, Prof. Dr. Theodor Hiepe, Prof. Dr. Gerd Irritz, Prof. Dr. Rainer Zuhrt).

28. März 1990

Der Runde Tisch der Humboldt-Universität bestätigt den von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Runde Tisch und Arbeitsausschuß des Wissenschaftlichen Rates der HUB präzipierten Entwurf der "Grundsätze für ein Universitätsstatut".

2. April 1990

Studenten-Demonstration gegen "soziale Härten"

3. und 4. April 1990

Das erste Konzil der HUB nach der Wende wählt mit 341 von insgesamt 469 Stimmen Prof. Dr. Heinrich Fink zum neuen Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin und bekräftigt Grundsätze eines Universitätsstatuts. Zur weiteren Arbeit an den Grundsätzen und am Universitätsstatut selbst wird eine Statutenkommission gewählt, deren Vorsitz Frau Prof. Rosi Will übernimmt.

3. Mai 1990

Investitur des neuen Rektors, Prof. Dr. theol. Heinrich Fink.

24. Mai 1990

Studenten demonstrieren DDR-weit für eine soziale Absicherung, für höhere Grundstipendien und für mehr Wohnheimplätze.

4. Juni 1990

Während einer Tagung der Volkskammer der DDR protestieren Tausende Studenten vor dem Palast der Republik für ein höheres und elternunabhängiges Grundstipendium, für die Umwandlung von Kasernen in Wohnheime u.a.

5. Juni 1990

Das Konzil der Universität verabschiedet in seiner 4. Sitzung die Grundsätze eines neuen Universitätsstatuts.

6. Juni 1990

Gemeinsamer Hochschultag der HUB und der Technischen Universität Berlin unter dem Thema "Lehre und Forschung im Umbruch"

7. Juni 1990

Vor der Volkskammer findet erneut eine Studentendemonstration gegen "soziale Härten" statt. Diesmal beteiligen sich ca. 8000 Studenten. Am selben Tag beginnt eine Mahnwache vor der Volkskammer, die zwei Wochen fortgeführt wird.

8. Juni 1990

Die Studentenproteste vor der Volkskammer gehen mit Demonstrationen, Sitzblockaden und Mahnwache weiter. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wird die Volkskammer eingezäunt. Rektor Fink erklärt sich mit den Studenten solidarisch.

15. Juni 1990

In der Volkskammer findet eine Aktuelle

Stunde zu den Problemen der Studenten statt.

26. Juni 1990

Auf ihrem 161. Plenum beschließt die Hochschulrektorenkonferenz, daß ein Beitritt von DDR-Universitäten auf freiwilliger Basis möglich ist.

12. Juli 1990

Die Hochschulrektorenkonferenz (West) und die Rektorenkonferenz (Ost) treffen erstmals zu zweitägigen gemeinsamen Beratungen zusammen.

29. Juli 1990

Ministerpräsident Lothar de Maizière übergibt die ehemalige Friedrich-Engels-Kaserne (ca. 17.500 qm) an die Humboldt-Universität. (Bis zum heutigen Zeitpunkt ist allerdings nicht klar, ob die Kaserne durch die HUB wirklich genutzt werden kann - ungeklärte Eigentumsverhältnisse.)

1. August 1990

Der Runde Tisch der HUB fordert den Rektor auf, dem Konzil im Oktober 1990 eine durch ihn erarbeitete Altersstrukturübersicht der Mitarbeiter des wissenschaftlichen Lehrdienstes vorzulegen, die belegt, daß mit einer entsprechenden Vorruhestandsregelung in den nächsten 5 Jahren ca. 380 Stellen neu berufen werden könnten, ohne Entlassungen vornehmen zu müssen. Im Laufe des Sommers wurde durch den Runden Tisch der HUB darüber hinaus ein interner Fragebogen zur Anhörung von Mitarbeitern erarbeitet, die in den demokratischen Selbstverwaltungsgremien der HUB wirken bzw. dafür kandidieren. Dieser Fragebogen ist durch den Akademischen Senat allerdings erst im Dezember 1990 bestätigt worden.

30. August 1990

Der Wahlvorstand für die Wahlen im

Hochschulbereich der HUB hat sich konstituiert.

11. September 1990

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung legt erstmals einen Entwurf zum Gesetz über den Geltungsbereich des Berliner Landesrechtes (kurz: Mantelgesetz) vor, der auf eine schnelle Übernahme der Ostberliner Hochschulen unter das Westberliner Landeshochschulgesetz zielt und damit die im Einigungsvertrag vorgesehene Übergangsfrist von 3 Jahren negiert. Der Akademische Senat der HUB äußert in einer Stellungnahme seine Bestürzung über diesen Gesetzentwurf, der ein "Ausdruck eines mangelnden Verständnisses für die demokratischen Prozesse, die sich an der HUB vollzogen haben" sei.

3. Oktober 1990

Mit der Wiedervereinigung übernimmt die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung die Humboldt-Universität zu Berlin in ihre Zuständigkeit. Senatorin für Wissenschaft und Forschung ist zu diesem Zeitpunkt Prof. Dr. Barbara Riedmüller.

8. Oktober 1990

Die Akademischen Senate der Freien Universität, der Technischen Universität und der Humboldt-Universität beraten gemeinsam über die Entwicklung der Berliner Wissenschaftslandschaft nach der Wiedervereinigung, insbesondere über die notwendige Erneuerung an der Humboldt-Universität.

9. Oktober 1990

Das Konzil nimmt das neue Statut der Humboldt-Universität an, das den Aufbau der HUB und die Mitbestimmung in den Gremien regelt. Es weicht in wesentlichen Punkten vom Hochschulrahmengesetz der BRD ab, insbesondere in der Zusammensetzung von Konzil und Fachbereichsräten - 35

% Hochschullehrer, 30 % Studenten, 25 % akademische Mitarbeiter, 10 % technische Mitarbeiter.

17. Oktober 1990

Feierliche Immatrikulation in der Deutschen Staatsoper

31. Oktober 1990

Der Vorstand der Gewerkschaft Wissenschaft an der HUB stellt seine Arbeit im Zusammenhang mit der Auflösung der Gewerkschaft ein.

13. November 1990

Der Runde Tisch der HUB erarbeitet eine Empfehlung, die den in der Demokratisierungsprozeß an der HUB unterstützen soll

16. November 1990

Der Wissenschaftsrat veröffentlicht seine "Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Bundesländern".

29. November 1990

Zum ersten Mal tagt die sogenannte "Sechser-Kommission" der HUB (3 Vertreter der HUB und 3 Vertreter des Senats von Berlin), die die Funktion des noch nicht existierenden Kuratoriums der Humboldt-Universität übernimmt und damit insbesondere die Entscheidungskompetenz in allen Personalfragen besitzt.

2. Dezember 1990

Kommunalwahlen in Berlin: Der sogenannte MagiSenat (Magistrat von Ostberlin und Senat von Westberlin) arbeitet nur noch bis zur Neubildung des Senats kommissarisch weiter.

Anfang Dezember 1990

Erstmals werden Pläne des Senats zur "Abwicklung" bzw. Auflösung einzelner Fach-

bereiche und Institute der Humboldt-Universität zu Berlin bekannt.

9. Dezember 1990

Auf der Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenenschaften wird vor einer drohenden "Kahlschlagsanierung" an den Hochschulen in den neuen Bundesländern gewarnt. Zugleich fordert man die Aussetzung strukturpolitischer Entscheidungen der Landesregierungen und eine stärkere Transparenz und Öffentlichkeit, insbesondere bei der Erarbeitung von Bewertungskriterien.

10. Dezember 1990

In einer Presseerklärung spricht sich der Rektor der HUB, Prof. Heinrich Fink, gegen die Abwicklungspläne der Landesregierung und für eine selbstbestimmte Erneuerung von innen aus.

11. Dezember 1990

Der Hochschulpolitische Rat (Nachfolgegremium des Runden Tisches der Universität) sendet einen "Offenen Brief" an die Berliner Landesregierung, in dem er die mangelnde Transparenz wissenschaftspolitischer Vorhaben des Senats kritisiert. Die GEW bezeichnet die Abwicklungspläne des Senats als einen "schweren Schlag gegen die Hochschulautonomie" und ruft zu Protestkundgebungen auf.

12. Dezember 1990

Auf einer Protestkundgebung und einer öffentlichen Vollversammlung der Studenten wird scharfe Kritik an den Abwicklungsplänen der Landesregierung geübt.

13. Dezember 1990

Aufgrund der bekannt gewordenen Abwicklungspläne findet eine außerordentliche Tagung des Konzils der Humboldt-Universität zu Berlin statt, auf der die Wissenschaftssenatorin Riedmüller anwesend ist. Sie erklärt,

daß die Papiere über eine angebliche Abwicklung "gefälscht" seien. Das Konzil beschließt die Bildung von Struktur- und Personalkommissionen an der HUB, um die innere Reform der Universität zu befördern. Zunächst wird eine Zentrale Struktur- und Personalkommission gewählt (ZSPK).

Auf dem Innenhof der Universität findet im Vorfeld des Konzils eine durch die GEW initiierte Protestkundgebung gegen die Abwicklung statt.

Studenten der HUB beginnen eine Mahnwache gegen die Abwicklungsbestrebungen, die bis ins Jahr 1991 andauert.

17. Dezember 1990

Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin blockieren den Verkehr Unter den Linden, um auf die geplante Abwicklung von Teilbereichen der Universität aufmerksam zu machen.

Die Presse veröffentlicht einen Brief Westberliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, in dem die Pläne der Wissenschaftssenatorin als rechtsstaatlich bedenklich, organisatorisch unproduktiv und politisch kurzfristig bezeichnet werden.

18. Dezember 1990

Die Landesregierung von Berlin faßt gemäß Artikel 13 Absatz 1 Satz 4 des Einigungsvertrages den Beschluß Nr. 279/90 zur Überführung der Humboldt-Universität zu Berlin bei gleichzeitiger Abwicklung bestimmter Teilbereiche.

Zeitgleich findet vor dem Schöneberger Rathaus eine Demonstration statt, zu der der Studentenrat der HUB aufgerufen hatte.

19. Dezember 1990

Auf Initiative des Studentenrates der Humboldt-Universität besetzen ca. 100 Studenten das Hauptgebäude der Universität.

Es beginnt eine breite Protestbewegung gegen den Abwicklungsbeschluß (von Pro-

testschreibern verschiedener Organisationen und Verbände bis hin zu Symbolischen Immatrikulationen an den abzuwickelnden Fachbereichen und Instituten).

20. Dezember 1990

Mehrere hundert Demonstranten ziehen einen Sperrgürtel um die Berliner Marienkirche, in der die Bundestagsabgeordneten an einem Gottesdienst anlässlich der Konstituierung des gesamtdeutschen Parlaments teilnehmen.

21. Dezember 1990

Im Roten Rathaus findet ein Hearing zum Thema "Abwicklungen in Berlin" statt.

22. Dezember 1990

Mit dem Ergänzungsbeschluß zum Beschluß der Berliner Landesregierung vom 18. 12. 1990 fällt die definitive Entscheidung über die Abwicklung von Bereichen der Humboldt-Universität, die auf einer anschließenden Pressekonferenz der Öffentlichkeit und damit auch den betroffenen Einrichtungen mitgeteilt wird.

23. Dezember 1990

Der Akademische Senat der Humboldt-Universität verabschiedet eine Stellungnahme gegen die Abwicklungsbeschlüsse der Berliner Landesregierung vom 18. und 22. Dezember 1990.

28. Dezember 1990

Eine Vollversammlung der Humboldt-Universität zu Berlin berät über die Konsequenzen aus den Beschlüssen der Landesregierung. Im Ergebnis dieser Vollversammlung reicht der Rektor, Prof. Dr. Heinrich Fink, am 31. Dezember 1990 Klage ein.

31. Dezember 1990

Rektor Fink reicht im Namen der Humboldt-Universität zu Berlin Klage gegen die Abwick-

lungsbeschlüsse der Landesregierung beim Berliner Verwaltungsgericht ein, zugleich

wird von der aufschiebenden Wirkung der Klage ausgegangen.

Das Jahr 1991

Kampf gegen die "Abwicklungsbeschlüsse" und für eine selbstbestimmte Erneuerung ; Berliner Hochschulergänzungsgesetz, Fristlose Kündigung von Rektor Prof. Fink

1. Januar 1991

Beginn des Protestmarsches gegen die Abwicklung und den drohenden Golf-Krieg von Berlin nach Leipzig, der am 7. 1. 1991 mit einer Protest-Kundgebung und einer anschließenden Demonstration in Leipzig beendet wurde.

Der Geltungsbereich des BAFöG wird auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet.

4. Januar 1991

Die Zentrale Struktur- und Personalkommission der HUB verabschiedet "Richtlinien für die Arbeit der dezentralen PSK der Fachbereiche und der zentralen Einrichtungen sowie der Medizinischen Fakultät".

9. Januar 1991

Studentische Vollversammlung in Reaktion auf die Abwicklungsbeschlüsse im Audi max.

Beginn der studentischen Urabstimmung über einen zweitägigen Warnstreik.

14. Januar 1991

Presseerklärung des Studentenrates der HUB über das Ergebnis der studentischen Urabstimmung über den zweitägigen Warnstreik: Wahlbeteiligung 59,33 %, davon 77,18 % dafür; 20,97 % dagegen; 1,1 % enthalten und 0,75 % ungültig.

Der Hochschulpolitische Rat (hervorgegangen aus dem Runden Tisch der HUB) legt eine Empfehlung zur Arbeitsweise der dezentralen Personal- und Strukturkommissionen vor.

16. Januar 1991

Beginn des studentischen Warnstreiks / der Aktionstage (Diskussionsrunden in den Räumen der HUB, Demonstration, Kulturmächte u.a.).

17. Januar 1991

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung übersendet an den Rektor der HUB ein Telex mit der Anweisung "alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen", "dies beinhaltet insbesondere die Mitteilung an alle Mitarbeiter der Fachbereiche Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Erziehungswissenschaften sowie des Instituts für Philosophie über das Ruhender Beschäftigungsverhältnisse sowie den Abschluß befristeter Verträge".

22. Januar 1991

Die Berliner Landesregierung (Magi-Senat) beschließt in ihrer letzten Sitzung den sofortigen Vollzug ihrer Abwicklungsentscheidungen vom Dezember.

23. Januar 1991

Der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin erneuert die Klage der Universität gegen die Abwicklungsbeschlüsse und beantragt eine "einstweilige Verfügung" gegen den am Vortag gefaßten Beschluß der Berliner Landesregierung zum sofortigen Vollzug ihrer Entscheidungen.

24. Januar 1991

Auf der außerordentlichen Sitzung des Konzils der HUB erläutert der Rektor, Prof. Dr.

Heinrich Fink, die Schritte der Universitätsleitung gegen die Abwicklungsbeschlüsse der Landesregierung.

25. Januar 1991

Die Sechser-Kommission beschließt gegen die Stimmen der Universitätsseite die Einsetzung von Gründungsdekanen und Struktur- und Berufungskommissionen für drei der abzuwickelnden Fachbereiche.

21. Februar 1991

Das Verwaltungsgericht Berlin hat in erster Instanz die Abwicklungsbeschlüsse der Landesregierung bestätigt. Die Humboldt-Universität reicht erneut Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein. Der Akademische Senat der HUB berät über die Konsequenzen aus der Ablehnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die Abwicklungsbeschlüsse durch das Verwaltungsgericht Berlin.

9. Mai 1991

Die Berliner Landeshochschulstrukturkommission nahm als beratendes Gremium des Wissenschaftssenators seine Arbeit auf.

22. Mai 1991

Die Vollversammlung der Studenten der HUB mit ca. 400 Teilnehmern beriet insbesondere über den Entwurf zum Berliner Hochschulergänzungsgesetz, dessen Annahme durch das Berliner Abgeordnetenhaus unmittelbar bevorsteht.

23. Mai 1991

Das Abgeordnetenhaus von Berlin behandelt in erster Lesung den Entwurf der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung über das "Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes".

30. Mai 1991

Die Wissenschaftsminister der Bundesländer einigen sich über das Programm zur

Erneuerung der ost-deutschen Hochschulen (HEP).

10. Juni 1991

Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts gegen die Abwicklungsbeschlüsse der Landesregierung vom 18. und 22. 12. 1990: Der Landesregierung wird mittels einer einstweiligen Anordnung untersagt, die Fachbereiche Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften sowie die Institute für Philosophie und Geschichte abzuwickeln. Begründet wurde dies mit dem Einigungsvertrag und dem Abwicklungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 4. 1991, wonach die Abwicklung einer Einrichtung ihre Auflösung voraussetze.

Das Wissenschaftssenator Manfred Erhardt kündigt unmittelbar danach an, daß der Senat alle Instanzen bis hin zum Bundesverwaltungsgericht ausnutzen werde, um die Entscheidung rückgängig zu machen.

19. und 20. Juni 1991

Wahlen zum Konzil und zum Akademischen Senat der HUB.

27. Juni 1991

Das Abgeordnetenhaus von Berlin behandelt in zweiter Lesung den Entwurf der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung über das Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes und verabschiedet es.

11. Juli 1991

Konstituierende Sitzung des neuen Konzils der Humboldt-Universität zu Berlin.

2. August 1991

Beginn der rechtlich umstrittenen Evaluierung von 400 Promovenden und Habilitanten durch die Evaluierungs-/NAFÖG-Kommission (bis zum 15. September 1991), in deren Ergebnis nur 216 der ursprünglich

615 Nachwuchswissenschaftler zur weiteren Förderung bestätigt wurden. Noch im Januar wurde allerdings auf einer Versammlung erklärt, das die vom dem 3. 10. 1990 abgeschlossenen Vereinbarungen nach Artikel 19 des Einigungsvertrages Vertrauensschutz genießen. 100 Forschungsstudenten und Aspiranten legten Widerspruch ein.

15. September 1991

Beginn der Presse-Kampagne gegen die Charité.

30. September 1991

Protestmarsch der Charité-Angehörigen "Für den Erhalt der Charité" vor das Rote Rathaus.

11. November 1991

Auf einer Personallversammlung der HUB berichtete Rektor Prof. Fink über die Situation an der HUB und Wissenschaftssenator Prof. Erhardt erläuterte den Senatsbeschluss über "Struktur und Festlegung von Kapazitäten und Personalausstattung".

22. November 1991

In der Wochenzeitschrift "Die Zeit" erscheint ein Artikel, in dem erstmals über Vorwürfe gegen den Rektor der HUB, Prof. Dr. Heinrich Fink, berichtet wird, er sei informellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen.

25. November 1991

Während der Festveranstaltung zur Immatrikulation des neuen Studienjahrganges erhält Rektor Prof. Fink eine Einladung, noch am gleichen Abend beim Wissenschaftssenator zu erscheinen. Der Senator Prof. Erhardt konfrontiert ihn mit einem Brief der Gauck-Behörde, in dem behauptet wird, Fink sei seit 1969 "IM" gewesen. Prof. Heinrich Fink bestreitet diese Vorwürfe entschieden.

26. November 1991

In einer Pressekonferenz verwehrt sich Prof. Heinrich Fink gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

In einer Sondersitzung verabschiedet der Akademische Senat der HUB eine Stellungnahme, in der er die nicht rechtsstaatliche Praxis des Wissenschaftssenators, fristlose Kündigungen auszusprechen verurteilt und sich voll hinter das Wirken Prof. Finks als Rektor der HUB stellt.

27. November 1991

Vollversammlung der Humboldt-Universität zu Berlin im Zusammenhang mit den gegen Rektor Prof. Fink erhobenen Vorwürfen, in deren Anschluß ein "Spontaner Spaziergang" zur Gauck-Behörde in der Behrenstraße stattfand. Abgeordnete der Vollversammlung übergaben ein Protestschreiben gegen die Art und Weise des Umgangs mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit.

28. November 1991

Aufgrund des Schreibens der Gauck-Behörde vom 25. 11. 1991 spricht die Personalkommission der HUB Prof. Heinrich Fink die fristlose Kündigung aus.

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Vollversammlung beginnt der zweitägige Wamstreik der Studenten der HUB, in dessen Verlauf finden verschiedene Veranstaltungen und Aktionen statt: Demonstration vor dem Schöneberger Rathaus anlässlich der zeitgleich stattfindenden Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, Diskussionsrunden in den Hörsälen der HUB und Solidaritätsveranstaltung mit Berliner Prominenten im Auditorium maximum.

29. November 1991

Auf einer außerordentlichen Sitzung des Konzils der HUB spricht Joachim Gauck zur Beweislage im "Fall Fink". Das Konzil beschließt, den Wissenschaftssenator aufzu-

fordern, anstelle der Entlassung eine Prüfung der Vorwürfe gegen Prof. Fink durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission (Senatsverwaltung und Universität) zu veranlassen, und die Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien zunächst auszusetzen.

3. Dezember 1991

Prof. Heinrich Fink reicht beim Berliner Arbeitsgericht Klage gegen seine fristlose Entlassung ein und will gleichzeitig vom Verwaltungsgericht in einem einstweiligen Anordnungsverfahren die Rechtmäßigkeit und

Wirksamkeit der beabsichtigten Amtsenthebung als Rektor der HUB feststellen lassen.

Der Akademische Senat beschließt, die Universitätsleitung zu veranlassen, eine Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht im Zusammenhang mit der Frage der Rektoratsamts einzureichen.

31. Dezember 1991

Demonstration gegen Kahlschlag in Kultur und Wissenschaft mit einer symbolischen Abwicklung von wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen vor der HUB.

Das Jahr 1992

Der "Fall Fink" und die Autonomie der Humboldt-Universität; Fusionsgesetz; Hochschulpersonalübernahmegesetz; Wahl der ersten Präsidentin in der Geschichte der Universität

6. und 7. Januar 1992

Eine internationale Delegation des Europäischen Parlaments besucht die Humboldt-Universität und untersucht die Vorwürfe gegen ihren Rektor, Prof. Heinrich Fink. Im Ergebnis kritisieren die Europa-Parlamentarier das Vorgehen des Wissenschaftssenators im Fall Heinrich Fink. Sie bemängeln das geistige Klima in Deutschland und sehen den "Fall Fink" als eine Allegorie hierfür.

14. Januar 1992

Der Akademische Senat der HUB setzt die Universitätsvertreter der paritätisch zusammengesetzten Kommission (Senatsverwaltung und Universität) zur Prüfung der gegen Rektor Prof. Fink erhobenen Vorwürfe ein.

22. und 23. Januar 1992

Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der HUB, die aufgrund der fristlosen Kündigung von Rektor Prof. Fink verschoben worden waren: Wahlbeteiligung 25,95 %.

27. Januar 1992

Das Verwaltungsgericht Berlin weist die Anträge der HUB und ihres Rektors auf vorläufigen Rechtsschutz zurück. Ziel der Klagen war es feststellen zu lassen, ob die Kündigung des Hochschullehrers Prof. Heinrich Fink automatisch den Verlust des Rektorates nach sich ziehe. Der Wissenschaftssenator hatte dies zwar als seine Rechtsauffassung geäußert, den Rektor jedoch nicht offiziell an der Amtsausübung gehindert. Damit fehle die Basis für eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, da ein "vorbeugender Rechtsschutz" nicht möglich sei. Der Wissenschaftssenator Prof. Erhardt forderte daraufhin die HUB auf, Prof. Fink die Ausübung des Rektorates zu untersagen.

28. Januar 1992

Der Wissenschaftssenator weist die Universität in Form einer Rechtsaufsichtsmaßnahme an, Prof. Heinrich Fink die Ausübung der Amtsgeschäfte zu untersagen. Da je-

doch Prof. Fink am selben Tag bereits erklärthatte, daß er bis zur Klärung der Vorwürfe gegen ihn sein Amt ruhen läßt, geht die Universitätsleitung davon aus, daß der Vollzug dieser Maßnahme entfällt.

Der 1. Prorektor der HUB, Prof. Adolf Zschunke, übernimmt die Amtsführung als Rektor der HUB.

30. Januar 1992

Der Hochschulpolitische Rat der HUB stellt seine Arbeit offiziell ein.

In einem Schreiben macht der Wissenschaftssenator seine Rechtsaufsichtsmaßnahme erneut geltend. Die HUB wird angewiesen, Prof. Fink die Amtsausübung - die weder von Prof. Fink noch von der HUB beabsichtigt ist - zu untersagen. Gleichzeitig wird der sofortige Vollzug angeordnet. Die Universitätsleitung kommt dem nach.

4. Februar 1992

Konstituierende Sitzung des neu gewählten Akademischen Senats der HUB.

12. Februar 1992

Der Akademische Senat der HUB beschließt, beim Berliner Verwaltungsgericht Klage gegen die Rechtsaufsichtsmaßnahme des Wissenschaftssenators zu erheben, da diese einen erheblichen Eingriff in die Hochschulautonomie darstelle.

18. März 1992

Die 7. Kammer des Oberverwaltungsgerichts von Berlin beschließt, daß die vier Fachbereiche Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Geschichte sowie das Institut für Philosophie der HUB zu überführen und nicht abzuwickeln sind.

24. März 1992

Der Senat von Berlin beschließt, gegen das Urteil zur Abwicklung Rechtsmittel einzulegen.

1. April 1992

Das Berliner Arbeitsgericht entscheidet, daß die Kündigung von Rektor Prof. Fink rechtswidrig ist. Prof. Fink ist als Hochschullehrer weiterzubeschäftigen. Über die Ausübung des Rektorates hat das Verwaltungsgericht zu entscheiden. Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wurden in diesem Prozeß lediglich als Indizien behandelt, da sie allein keine Beweise darstellen.

3. April 1992

Wissenschaftssenator Prof. Erhardt legt Berufungsklage zum Urteil des Berliner Arbeitsgerichtes ein und stellt zugleich den Antrag, den Beschluß zur Weiterbeschäftigung von Prof. Fink bis zum Entscheid der Berufung aufzuheben.

6. April 1992

Der Wissenschaftssenator übergibt dem amtierenden Rektor, Prof. Zschunke, ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die Rechtsaufsichtsmaßnahme gegenüber Prof. Fink weiter Bestand habe.

7. April 1992

Der Akademische Senat der HUB beschloß auf Initiative der studentischen Vertreter, die Universitätsleitung aufzufordern, den des Amtes enthobenen Rektor, Prof. Heinrich Fink, im Ergebnis des Arbeitsgerichtsurteils vom 1.4.1992 wieder als Rektor einzusetzen. Dazu kommt es jedoch nicht.

9. April 1992

Konstituierende Sitzung des neu gewählten Konzils der HUB: Prof. Zschunke erklärte, daß er bis zu den Neuwahlen im Rektorat bleiben werde.

Der Wissenschaftssenator kündigt Revision gegen das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts an und hält an seiner Rechtsaufsichtsmaßnahme gegen Prof. Fink fest.

27. April 1992

Anhörung vor dem Wissenschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses zum Fusionsgesetz (betr.: Veterinärmedizin, Lebensmitteltechnologie und Landwirtschaftswissenschaften): Der Gesetzesentwurf stieß auf scharfe Kritik im Hinblick auf die Art und Weise der Realisierung einer Fusion von Fachbereichen der Berliner Universitäten.

4. Mai 1992

Anhörung vor dem Wissenschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses zum Hochschulpersonalübernahmegesetz: Generell wurde die Übernahme des Personals der HUB in die Kategorien des Berliner Hochschulgesetzes begrüßt, die konkrete Gesetzesvorlage stieß aber auf scharfe Kritik. Der Prorektor der HUB, Prof. Reinisch, bezeichnet das Gesetz als ein "Kündigungsgesetz für den Mittelbau". Vor allem die Wendung, daß die Übernahme "nach Maßgabe des jeweils geltenden Haushalts" gelte, erregt viel Kritik.

26. Mai 1992

Der Hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Diethard Schütze, erklärte nach vorherigen Absprachen mit der SPD, daß die Veterinärmedizin trotz anderslautender Empfehlungen des Wissenschaftsrates ordentliches Lehrfach an der Freien Universität Berlin bleiben soll.

1. Juni 1992

Die große Koalition von CDU und SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin beschließt substantielle Änderungen am umstrittenen, von ihr selbst vorgelegten Fusionsgesetz für drei Fachbereiche. Entgegen der Empfehlung des Wissenschaftsrates soll die Veterinärmedizin nicht an der Humboldt-Universität sondern an der Freien Universität Berlin etabliert werden.

2. Juni 1992

Die vier Bewerber für das Präsidenten-Amt der Humboldt-Universität stellen sich in einer Öffentlichen Anhörung. Drei Kandidaten werden vom Akademischen Senat der HUB auf die Wahlliste übernommen: Prof. Dr. Marlis Dürkop, Prof. Dr. Peter Glotz und Prof. Dr. Adolf Zschunke.

18. Juni 1992

Auf einer außerordentlichen Sitzung des Rates der Medizinischen Fakultät erklären Dekan und Verwaltungsleiter der Charité, daß diese sich "gesund und leistungsfähig schrumpfen muß". Dem voraus ging eine Aufforderung der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, "300 Vollkräfte aus dem wissenschaftlich-ärztlichen Dienst und 100 aus dem nichtwissenschaftlichen Dienst bis zum 19.6.1992 hinsichtlich des erforderlichen Abbaus namentlich zu benennen". Von dieser Art der Nominierung von Kündigungskandidaten distanzieren sich die bei der außerordentlichen Sitzung des Fakultätsrates Anwesenden.

21. Juni 1992

Das "Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz" (Hochschulpersonalübernahmegesetz) tritt in Kraft. Der Wissenschaftssenator weist darauf hin, das die betreffenden Personen innerhalb der nächsten 6 Wochen selbst einen Antrag auf Übernahme stellen müssen. Über alle Anträge soll bis zum Beginn des Wintersemesters 1992/93 entschieden sein.

7. Juli 1992

Unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen am 9.7.1992 findet vor dem Konzil der HUB

eine Anhörung der drei Präsidentschaftskandidaten statt.

9. Juli 1992

Das Konzil der HUB wählt Frau Prof. Dr. Marlis Dürkop zur ersten Präsidentin der Humboldt-Universität (mit 32 von insgesamt 60 Stimmen). Vizepräsident wird der Mathematiker Prof. Dr. Bernd Bank (mit 36 von insgesamt 60 Stimmen).

22. Juli 1992

Der Berliner Senat bestellt Prof. Dr. Marlis Dürkop zur Präsidentin und Prof. Dr. Bernd Bank zum Vizepräsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Autorinnen arbeiten als Historikerinnen in Berlin

Hubert Laitko (Berlin):

Berlinische Landschaftspflege Wie man Wissenschaft und Forschung verbessert

Wir im Osten haben viele blühende Landschaften, die unser Kanzler alle freigeig herbeigeredet hat. Unter ihnen sind auch Wissenschaftslandschaften, in denen der Aufschwung Ost so zauberhaft boomt und zoomt, daß der gewissenhafte Betrachter mit dem Applaudieren schon nicht mehr nachkommt.

Urknall der Erneuerung

In Berlin sind wir in einer ganz besonders glücklichen Lage. Wir müssen uns die Entwicklungshelfer von nebenan nicht erst mühsam erbitten, sie sind schon da. Hier wächst zusammen, was nicht anders kann. Damit wir uns nicht verhaspeln, kehren wir erst einmal zum Ursprung aller Dinge zurück - zu Prof. Dr. Ursprung, einem gelehrten Eidgenossen, den sich Berlins verflozene Wissenschaftssenatorin Prof. Dr. Barbara Riedmüller-Seel seeligen Ange-denkers direkt aus Zürich verschrieb, um sich von ihm ein gestochen scharfes Berliner Landschaftsbild anfertigen zu lassen. Die Schwyzer sind nicht so umständlich, wie sie aussehen. Herr Ursprung kam, sah und urteilte. Dreimal für je zwei Tage flog er im sonnigen Frühherbst 1990 vor und nach dem deutschen Jubeldatum in Berlin ein, sprach im Eildurchlauf mit Hinz und Kunz und auch mit feineren Leuten und hinterließ als Frucht seiner Mühen ein *"Gutachten über die Möglichkeiten der zukünftigen Gestaltung der wissen-*

Freilich, ganz von allein richten's die Marktkräfte nicht, da bedarf es des einen oder anderen cleveren Landschaftspflegers aus den Altländern, der für ein winzigkleines Handgeld und viele gute Worte herbeieilt, um das Wachstum in die rechten Bahnen zu lenken und den alten Seilschaften und roten Socken zu zeigen, was eine Harke ist.

schaftlichen Landschaft im Raum Berlin unter Berücksichtigung bestehender Strukturen und ihrer möglichen Neuordnung im universitären und außeruniversitären Bereich". Die zentrale These dieses Gutachtens lautet: *"Die kommenden Monate und Jahre werden sich durch Ungewißheit auszeichnen".*(1) Mit diesem Satz qualifizierte sich Herr Ursprung zum Weltmeister der Futurologie. Nichts ist hier gewisser als die Ungewißheit.

Mindestens einer erhebt sich freilich über die amorphe Beliebigkeit des vagen Ungefähr. Es ist Herr Prof. Dr. Manfred Erhardt, dem die Befehis- und Kommandogewalt (2) über die Berliner Wissenschaftslandschaft anvertraut ist und der folglich immer genau weiß, wo es langgeht. Früher war mir rätselhaft, weshalb man in der Geschichte der deutschen Wissenschaftspolitik an exponierter Stelle so vielen Juristen und Theologen begegnet. Heute weiß ich: Es ist die Nähe zum Absoluten, die bei-

den Berufen vor allen anderen eignet. Nichts braucht der irrende Gelehrte dringlicher als eine starke Hand. Die hat die Berliner Wissenschaft nun zu ihrem Glück, noch dazu gefällig im Samthandschuh verpackt. Goldene Worte, die in Fraktur gesetzt über jeden Schreibtisch gehören, schenkt uns der Herr Senator engros. *"Eine Universität ist kein Sozialinstitut zur Verhinderung von Professorenarbeitslosigkeit"* (3). Also sprach er, gerade in Berlin angekommen, seinerzeit zum *Morgen*, dem einstigen Herzblatt der DDR - LDPD. Der *Morgen* ist inzwischen verdämmt (warum hat er auch solche Sachen gedruckt?), über Herrn Erhardt hingegen strahlt rechtschaffen die rechtsstaatliche Sonne. Als das Arbeitsgericht sich erdreistete, die Wiedereinstellung des fristlos entlassenen Professors Heinrich Fink zu verlangen, blieb der Senator ganz cool: *"Es gibt ordentliche Gerichte und es gibt Arbeitsgerichte".*(4) Gelernt ist gelernt.

Akademische Postmoderne

Ein Stein, geradezu ein erraticus Block des Anstoßes in der Berliner Wissenschaftslandschaft war die östliche AdW mit ihren schier unmenschlich vielen Instituten. Dergleichen konnte in der schlechthin normalen Welt des Westens nur Grausen erregen. Das Skalpell des Einigungsvertrages trennte zunächst die Institute von der Gelehrtenengesellschaft und stellte die ersteren unter eine Art Treuhandverwaltung der KAI (6), die die Auflösung der Konkursmasse bis spätestens Ende 91 zu bewerkstelligen hatte. Die Gelehrtenengesellschaft mochte indessen noch ein wenig fortwursteln, es waren ja ohnehin alles brave ProfessorInnen mit Gefühl für die Macht, die nicht maulen oder -Gott bewahren- etwa gar in unakademischer Lautstär-

Ist je ein großes Wort gelassener ausgesprochen worden?

Der obengenannte Herr Ursprung vermerkte als ersehnte Wirkung seiner Expertise, *"gleichsam exemplarisch vorzuführen, wie das Zusammenführen unvereinbarer Strukturen in Ost und West zu neuen Lösungen für beide Seiten genutzt werden könne"* (5). Soweit die Theorie. Für ihre Übersetzung in die Prosa des rauen Alltags ist Herr Erhardt der rechte Mann am rechten Ort. Das *"Zusammenführen unvereinbarer Strukturen"*, das Einfaltspinsel ein tüfteliges Problemchen dünken könnte, hat überall in den FNL eine einfache Lösung. Man eliminiere das Ostgemachte flächendeckend und führe auf dem gerodeten Terrain das Westsprüngliche allumfassend ein. Vornehm heißt dies auch »Reduktion der Komplexität«, falls mir Herr Luhmann die kleine Anleihe gestattet.

ke aufmucken würden. Das Jahrhundertwerk gelang: Die einstigen Lebenszeitleistungen der Herren schauten sich zu Silvester noch einmal in den vertrauten Kaminen um, nahmen ein letztes Glas im Stehen und schlichen sich, unbeschwert von der Bürde schnöder Abfindungen, leise von dannen. In der Morgenröte des Schicksalsjahres 92 konnte die KAI Vollzugsmeldung erstatten: Ex-Akademiegebäude garantiert seilschaftenfrei.

Ende März 1992 verkündete Senator Erhardt der Medienwelt eine stolze Bilanz: *"Inhalt und Praxis des Art. 38 des Einigungsvertrages wares, eine rasche Neuordnung und Verbesserung der Forschung in den neuen Bundesländern zu*

erreichen. Diese historisch einmalige Aufgabe ist im wesentlichen erfolgreich bewältigt worden". (7) (Fanfare aus Kostengründen gestrichen). Nach seinen Angaben waren Ende 1990 noch 9723 MitarbeiterInnen an den Berliner Akademieeinrichtungen tätig, ein Jahr später war der menschliche Mont-blanc schon auf 7224 abgeschmolzen, und von diesen sind - in der maroden DDR schlichtweg unerreichbarer Triumph! - reichlich 5400 in neue Anstellungsverhältnisse geraten. Ich folge

Merci, die große Vielfalt

Für Begriffsstutzige enthülle ich nun das Geheimnis der durchgreifenden Verbesserung zum Mitschreiben. Unter den 5400 Glückspilzen kenne ich einige wenige mit Fünfjahresverträgen, ein paar mehr, die für drei Jahre auf Gehaltslisten stehen, diverse WIPHEP-Begünstigte (8), für die es nun dem Vernehmen nach wohl bis Ende 93 weiterlaufen soll, und ziemlich viele hoffnungsvolle ABM-Kader, die sich wiederum in Behäbige mit zweijähriger und Flinke mit einjähriger oder kürzerer Beschäftigungsdauer gliedern. Kurzum, ein heiterbuntes Puzzle, von dem man in der lähmenden Ödnis der DDR-Dauerbeschäftigungswüste nicht einmal zu träumen wagte. Und wenn nun alle diese sozial dynamisierten ForscherInnen ihre Arbeitsverträge hervorholen und das nahe Finale erblicken, dann befällt sie urplötzlich ein Rausch von Kreativität, aus dem sie erst auf dem freien Arbeitsmarkt wieder erwachen. So einfach ist das, man muß nur drauf kommen.

Bei meiner Kategorie hingegen sieht es wieder ganz anders aus. Wenn mir etwa

streng den amtlichen Zahlen und stimme in den Jubel ein. Mit 5400 Personen gegenüber der Ausgangsgröße von 9723 ist die Forschung gemäß Art. 38 ganz hinreichend verbessert worden, das sieht man doch auf den ersten Blick. Weniger leisten mehr. Teufel noch eins, habe ich da nicht eben in den verkehrten Spruchbeutel gegriffen? Pardon, soll nicht wieder vorkommen. Ich bin halt noch nicht so richtig gewendet, in meiner Altersgruppe dauert das manchmal etwas länger.

eines Tages einfele, hinter dem Ofen hervorzukommen und kreativ zu sein, dann würde sich mein Arbeitsamt aber sehr wundern. Für solche Extravaganzen ist das ALÜG (9) mitnichten gedacht. Mein Los ist das genüßliche Betrachten des Grünens und Blühens im Zaubergarten der deutschen Wissenschaft, und es beglückt mich tief, daß ich ringsum in den Ohrensesseln Tausende dereinstiger KollegInnen weiß, die just das Gleiche tun. Nur manchmal erwache ich schweißgebadet, wenn mich in esoterischen Vollmondnächten träumt, ich müßte unter der Finanzlast einer C4-Professur auf den steinigten Pfaden der Wissenschaft einherkeuchen. "Nimmermehr!" rufe ich alsdann in panischem Schrecken, bis mir mein verständnisvolles Weib den Bescheid vom Arbeitsamt aus dem Safe holt. Dann ist die Welt wieder im Lot. Mein flockig-leichtes Salärchen kann ich ohne Schwierigkeiten gleich wieder in das Marktgeschehen pumpen, ganz ohne die Risiken ungesunder Thesaurierung mit ihren konjunkturdämpfenden Spätfolgen.

Transzendenz und Fleischwerdung des akademischen Gedankens

Wie aber erging es inzwischen dem verbliebenen Rest der Akademie, der Gelehrtenengesellschaft? Auch hier bewährt sich der bewundernswerte Weitblick des Berliner Senats. Während die Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder noch ein wenig wissenschaftliches Leben trieben, weil sie nun einmal daran gewöhnt waren, bestellte sich der Senat bei Herrn Professor Thieme zu Hamburg ein Gutachten, das ein überraschendes, den platten Unverstand aller der höheren Mathematik des deutschen Einigungsprozesses Unkundigen übersteigendes Ergebnis zutage förderte. Die früheren Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, die nach Kriegsende einfach weitermachten, sich anno 1946 einen neuen Namen gaben und sich von der sowjetischen Besatzungsmacht auch noch hier ein Institut und dort eines anhängen ließen, waren schwer im Irrtum, wenn sie meinten, sie würden damit das Werk der alten Akademie fortsetzen. In Wahrheit erhob sich die preußische Akademie, kaum daß der letzte Schuß verhallt war, in Sir

Charles Poppers Dritte Welt und verhartete dort als "Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Mitglieder" (10), bis sie nach einem knappen Halbjahrhundert von Herrn Senator Erhardt, dem Mann mit den professionell guten Beziehungen zu höheren Sphären, wieder heruntergeholt und den Chefs von Berlin und Brandenburg zu gefälliger Weiterverwendung in die landesväterlichen Hände gedrückt wurde. Die Herren signierten denn auch einen Staatsvertrag, der der Unsterblichen eine irdische Wiederauferstehung als Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften beschert. Von der einstigen AdW der DDR, die lediglich faktisch, nicht aber spiri-tuell existiert hat, heißt es darin schlicht und ergreifend, daß von ihr zwar Vermögensanteile, keinesfalls aber die Mitglieder an die nimmer erloschene Körperschaft übergehen. Damit wäre das Problem der historischen Kontinuität mit faustischer Brillanz gelöst. Vielleicht hat auch Mephisto einen kleinen Trick beige-steuert. Macht nichts, die Hauptsache ist der Effekt.

Gelehrtes Humankapital

Herr Ursprung hatte in seinem weiland Gutachten den innigen Wunsch, Berlin möge "im internationalen Konkurrenzkampf ernstgenommen werden". (11) Wie ist dies nun zu leisten? "Im Hinblick auf das Humankapital bedeutet das, daß die großen Zahlen Gebildeter, soweit sie sich für die Übernahme anspruchsvoller Aufgaben eignen, zielstrebig zum Einsatz kommen." (12) Da ist der Ossi ganz andächtig still, wenn er solcher Eröffnung gewürdigt wird. Früher waren wir alle VbE's, zu deutsch: Vollbeschäftigten-

einheiten, aber heute versteht schon der kleine Moritz, daß Vollbeschäftigung und Einheit nicht zusammengehen, also nieder mit dem verqueren Terminus der Regimesprache. Humankapital dagegen - das ist ein Wort wie Samt und Seide, es duftet nach Chefetage, Mercedes und DAX. Nur: sind wir das Humankapital oder haben wir es? Ich würde mich für das Haben entscheiden, schließlich wird das Sein am Haben gemessen, da haben wir doch Konsens, nicht wahr?

Doch jauchzen wir nicht gleich undifferenziert los, Herr Ursprung hat in seinem Gedankengebäude ein subtiles Häkchen ausgelegt: "...soweit sie sich für die Übernahme anspruchsvoller Aufgaben eignen...". Klarer Fall, nicht jede/r WissenschaftlerIn ist gebildet, und nicht jede/r Gebildete eignet sich. Hier heißt es auswählen, und zwar ganz allein nach "dem Kriterium der Qualität des Individuums" (13). Wuchtig wie der Rütlichswur steht das Donnerwort im Berliner Sandboden. Mit ursprünglicher Fri-

Manche sind gleicher

Das ist ja weit mehr als ein schlichtes Gutachten, das ist schlechthin eine ganze Transformationstheorie vom Feinsten. Und die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie den Senator ergreift. (Mir ist so, als hätte schon einmal jemand etwas Ähnliches gesagt; ich vermute, es ist ein römisches Spruchaus der Zeit, da das normale Politsponsoring nicht mehr ausreichte, die Senatoren bei der Stange zu halten). Sie hat ihn ergriffen, großes Ehrenwort. Als er voriges Jahr mit dem Berliner Hochschulergänzungsgesetz den vorlaut nach Autonomie rufenden OstprofessorInnen für's erste die üblichen Mitbestimmungsrechte suspendierte, entgegnete er auf die Journalistenfrage, welche verfassungsrechtliche Vorstellung denn hinter den geplanten Regelungen stände, mit aphoristischer Prägnanz: "Dahinter steht die Vorstellung einer der Wahrheitssuche verpflichteten Wissenschaft". Das muß einem Ossi schon mal gesagt werden. Unsereins dachte immer, die Wissenschaft

Angewandter Wissenschaftsdarwinismus

Jüngst, im Wonnemonat Mai, hat ein neues Meisterwerk das Abgeordnetenhaus passiert (mit den Stimmen von CDU und

sche befand Herr Ursprung, daß Personen aus dem Ostteil der Stadt "z.B. auf den Gebieten der Rechtswissenschaften, der Politikwissenschaften, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften schlechthin kaum in der Lage sein dürften, für anspruchsvolle wissenschaftliche Aufgaben neuen Zuschnitts eingesetzt zu werden" (14). Schlechthin! MathematikerInnen und NaturwissenschaftlerInnen hingegen können es, allerdings damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen - "im Einzelfall".

wäre zum Geldverdienen da - aber nun gleich Wahrheitssuche, das grenzt ja ans Erhabene. Der *Tagesspiegel* hakte noch einmal nach: "Das Bundesverfassungsgericht nennt keine Bedingungen, unter denen man Professoren diese Rechte aberkennen kann." Die juristisch-historische Belehrung folgte auf dem Fuße: "Das ist grundsätzlich richtig, nur übersehen Sie mit dieser Fragestellung den entscheidenden Punkt, nämlich daß die Professoren in der ehemaligen DDR nicht primär nach ihrer wissenschaftlichen Qualifikation ausgesucht wurden, sondern nach ihrer politischen Zuverlässigkeit". (15) Das kann ich bestätigen. Für eine Professur genügte es, die vier Stalinschen Grundzüge der Dialektik in der kanonischen Reihenfolge hersagen zu können. Wer das auch von hinten nach vorn fertigbrachte, galt als überqualifiziert und wurde von den Parteioberen fortan mit scheelen Augen betrachtet.

SPD, gegen die Stimmen von PDS, Bündnis 90/Grüne(AL)/UFV und FDP) - das Hochschulpersonalübernahmegesetz,

das dem einen oder anderen Ossi den Übergang vom Fegefeuer der Selektion in das Paradies der universitären Autonomie verheißt. Der für prinzipiell würdig Befundene ist freilich noch nicht gleich Hans im Glück, denn § 2 Abs. 3 legt fest, daß die Übernahme "nach Maßgabe des Bedarfs in den jeweiligen Fächern und des jeweils geltenden Haushalts" erfolgt. Dafür wird messerscharf definiert, wer ganz bestimmt außen vor bleibt: "Für eine Übernahme kann nicht berücksichtigt werden, wer vor dem 5. April 1990 in herausgehobener Position oder sonstiger Funktion auf nachhaltig wirksame Weise zur Stabilisierung des Herrschaftssystems der DDR beigetragen hat..." (16) Darüber läßt sich tief und lange nachdenken. Bedienen wir uns hier einmal der naiven Logik von Otto Normalverbraucher, da uns die höhere des Senats verschlossen ist, dann müßte doch wohl ein Forschungsergebnis um so mehr zu jener schändlichen Stabilisierung beigetragen haben, je besser es war. Schließlich hätte ein argloser Japaner oder Yankee, unvertraut mit der abgründigen

Ehre, wem Ehre gebührt

In die "Feststellung der persönlichen Integrität und Eignung" können, so sagt das Gesetz, auch die Ergebnisse der Arbeit von Kommissionen zur Erneuerung der Hochschulen einbezogen werden. Überall im Osten sind blütenweiße Ehrenkommissionen am Werke, die sich die Leute vorladen und die Ehre dem einen geben und dem anderen abschneiden. Ganzvorzüglich und nachahmenswert für Berlin ist das jüngst in Rostock gelaufen. Die dort tätigen Ehrenmänner und Ehrenjungfrauen, zwecks Vermeidung östlicher Laschheit unter der gediegenen Anleitung des schleswig-holsteinischen meerumschlun-

Tücke des Regimes, daherkommen und sich sagen können: Ein Staat, in dem so spannende Arbeiten über nichtlineare Dynamik oder die Philosophie der älteren Stoa geschrieben werden, kann so großlich nicht sein. Selbst dreimal täglich lautes und vernehmliches Ausrufen vor Forschungsbeginn: "Ich diene der Wahrheitssuche und nicht der DDR!" hätte nichts gerettet, denn das verdorbene Regime hätte sich die gesunden Früchte trotzdem gutschreiben können. Schlampige, ideenlose und oberflächliche Produktionen waren da schon bedeutend besser geeignet, das Urteil der wissenschaftlichen Welt über die DDR in die rechten Bahnen zu lenken. Über allen Zweifel erhaben aber dürften jene Kandidaten sein, die zu DDR-Zeiten nur ihr Gehalt genommen und im übrigen rein gar nichts getan haben. Wer nichts tut, stabilisiert auch nicht und ist damit für anspruchsvolle Aufgaben neuer Art in höchstem Grade disponiert. So wird eine personelle Blütenlese gelingen, wie sie kein Althoff und kein Harnack je zuwegegebracht haben.

genen Ex-Justizministers Dr. Henning M. Schwarz wirksam, attestierten Professor Horst Klinkmann von der Rostocker Universität in ihrer Sitzung vom 10.4.92 ein "Fehlverhalten" und empfahlen "Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen mangelnder persönlicher Eignung". Das nenne ich mir wacker gesäubert! Dieser ungeeignete Herr Klinkmann hat sich mit so verdächtigen Umtrieben wie der Entwicklung einer künstlichen Niere abgegeben, hat Ehrendoktorhüte in Marseille, Glasgow und Debrecen kassiert, ließ sich von obskuren Gremien wie der Königlich Belgischen Akademie der Wissenschaften

ten oder dem britischen Royal College zum Mitglied wählen, nahm noch 1990 mir nichts, dir nichts die Kontakt-Proffessur für Nephrologie und künstliche Organe in Bologna an und wurde schließlich auch noch Ehrenpräsident der Weltgesellschaft für künstliche Organe, ohne (vermute ich mal) eine Dankadresse nach Bonn zu senden. Es liegt doch wohl auf der Hand, daß man einen Typ dieser Sorte nicht auf gestandene deutsche Studenten loslassen kann. Soll er den Makkaronis in Bologna seine Weisheiten verkünden, in Deutschlands Norden jedenfalls herrscht Zucht und Ordnung. Das walte Schnoor! Die energische Ministerin, die neuerdings über Wohl und Wehe, hauptsächlich letzteres, der mecklenburgisch-vorpommerschen Wissenschaft wacht, wird den streng unabhängig (ein Schelm, wer Arges dabei denkt) getroffenen Entscheid der Rostocker Ehrenkommission auch im berlinischen Interesse froh begrüßen. Als gewesener Staatssekretärin in Herrn Erhardts Etablissement wird ihr nicht entgangen sein, daß jener Herr Klinkmann auch in der Hauptstadt sein Unwesen treibt. Mitte 1990 hatten ihn die damals noch vorhandenen Mitarbeiter der AdW der DDR geheim und basisdemokratisch zu ihrem Präsidenten gewählt. Da sieht man, wohin wir kämen, wenn jeder akademische Plebs einfach irgendwelche plebiszitären Elemente in Aktion setzen könnte. Nach dem 3.10.90 waren ihm die Institute amputiert, doch blieb ihm noch die Gelehrtengesellschaft, als deren Oberhaupt er in schmachlicher Verkennung seiner Kompetenzen die Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen AdW vor-

bereiten half. Dergleichen Tun erkennt jeder Gesunddenkende auf Anhieb als dünnkelhafte Anmaßung. Zu Recht wurde Herr Klinkmann (wer ist dieser Mann überhaupt?) durch konsequente Nichteinladung zur Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Ordnung gerufen. Es versteht sich, daß das hoffentlich baldige Verschwinden des Herrn K. aus Berlin eine fundamentale Verbesserung der hiesigen Forschungslandschaft gemäß Art. 38 bedeuten wird. Auch die sonstigen dem Art. 38 entspringenden Verbesserungen und Erneuerungen haben diese historische Größe.

Apropos Größe. Wenn der große alte Mann hinter seiner Rosenhecke wieder einen Coup ausgeheckt hatte, pflegte er mit verschmitztem Lächeln zu sagen: "Dat könne Se mir jaube, meine Dame un Herre". Schade, daß wir im Osten das seinerzeit nicht im Originalton hatten. Aber dafür haben wir von den politischen Enkeln des Rhöndorfers in Berlin gleich mehrere ganz vom an der Spritze. Denen glauben wir, dankbar und inbrünstig, wir müssen ohnehin dran glauben. Das Denken überlassen wir in unserer gesegneten Einfalt den Wessis und den Pferden. Und was die Wissenschaftsstrategie des Senats betrifft und die üppigen Früchte, die sie dereinst tragen wird, so glaube ich daran besonders heftig. Credo quia absurdum est.

Hubert Laitko, Prof. Dr., ist Philosoph und seit der positiven Evaluierung durch den Wissenschaftsrat im Vorruhestand

Anmerkungen

1) Gutachten über die Möglichkeiten der zukünftigen Gestaltung der wissenschaftlichen Landschaft im Raum Berlin und ihrer möglichen Neuordnung im universitären und

außeruniversitären Bereich, S.6

2) Manfred Erhardt. Die Befehls- und Kommandogewalt. Begriff, Rechtsnatur und Standort in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Duncker & Humblot/Berlin 1969

Hubert Laitko. Kommandosache. Utopie kreativ (Berlin), H. 17/18, 1992, S.90-91

3) Interview mit Senator Prof. Dr. Manfred Erhardt. Der Morgen (Berlin), 18.2.1991

4) Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung. Presseerklärung vom 1.4.1992

5) Gutachten..., a.a.O., S.1

6) KAI: Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die ehemalige Akademie der Wissenschaften der DDR

7) Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung. Presseerklärung vom 26.3.1992

8) WIP im HEP: Wissenschaftlerintegrationsprogramm im Hochschulerneuerungsprogramm. Die deutsche Einheit dringt mit lutherischer Sprachgewalt auf uns ein.

9) ALÜG: Altersübergangsgeld, Knotenbegriff im sozialen Netz des Aufschwungs Ost

10) Staatsvertrag über die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S.18

11) Gutachten..., a.a.O., S.4

12) ebd.

13) ebd., S.5

14) ebd.

15) Interview mit Senator Prof. Dr. Manfred Erhardt. Der Tagesspiegel (Berlin), 25.5.1991

16) Hochschulpersonalübernahmegesetz. Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz - § 2, Abs. 3

(zuerst erschienen in: Forum Wissenschaft, Marburg, H. 2/1992)

Zum Wissenschaftsbau in Ostdeutschland gehört(e) wesentlich die Beteiligung westdeutscher KollegInnen: als Gründungsbaukräfte, Mitglieder in den zahlreichen Kommissionen und als Gastlehrkräfte. Zum ersten Jahr nach dem 89er Systemzusammenbruch gehörte als wesentliches Element im Hochschulbereich die Entsendung der ersten GastdozentInnen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hatte für das Gerade-noch-Aus-Land DDR ein entsprechendes Programm organisiert und finanziert. Eineraus der seinerzeit in diesem Rahmen entsandten Vorhut ist der Autor des nachstehenden Artikels gewesen.

Georg Nolte (Heidelberg/Leipzig)

Maßnahmen - Im Abwicklungsemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig

Im Wintersemester 1990/91 war jeder ein Außenseiter. Die meisten nahmen aber an, daß die anderen eingeweiht waren. "Alte Seilschaften" standen "neuen Kolonialherren" gegenüber und noch niemand wußte "die anderen" recht einzuschätzen. Später zeigte dann die Ministerialbürokratie, wer wirklich Herr im Haus gewesen war. Als Gastdozent konnte man beobachten, aber nicht alles sehen, geschweige denn begreifen. Der Bericht bleibt deshalb subjektiv, relativ, intuitiv.

1. Motive

Am Max-Planck-Institut für Völkerrecht in Heidelberg hatten wir seit Gorbatschows Perestroika über die Wiedervereinigung diskutiert. Ausländische Kollegen hatten das weniger abwegig gefunden als die meisten Einheimischen. So fand uns die Öffnung des eisernen Vorhangs nicht völlig unvorbe-

reitet. Wir gingen nach Moskau, Vilnius, Leipzig und Schwerin. Vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatten wir gewettet, mein Tip eines klaren Sieges der "Allianz für Deutschland" wurde belächelt. Als Berliner Abiturienten und Studenten berührte mich das Ereignis der vergehenden DDR und des entstehenden neuen Deutschland sehr. Im Juni 1990 landete die Aus-

schreibung für das Gastdozentenprogramm des DAAD auf meinem Schreibtisch. Sie kam wie gerufen. Nötig war jetzt nur noch eine Einladung von drüben.

2. Erste Kontakte

Es war nicht lange her, da hatten erstmals Reisekader vom "Institut für internationale Studien" (IIS) an der Karl-Marx-Universität Leipzig unser Institut besucht. Hier war ein Anknüpfungspunkt. Eine erste schriftliche Anfrage wurde freundlich aber unpräzise beantwortet. Meine plötzliche Anwesenheit in Leipzig stiftete Verwirrung. Die freundlich Antwortenden erwiesen sich als Betonfraktion. Der Professor für "Staatsrecht bürgerlicher Staaten" witterte den Konkurrenten, obwohl doch nur im Europarecht, einem Fach ohne eingesessene Interessen, unterrichten wollte. Erlog, man habe dutzende entsprechender Anfragen. Später hörte ich, er habe gefürchtet, ich wolle seinen Posten übernehmen. Grotesk.

Die Einladung verdanke ich zuvor verborgen gewesenen Rivalitäten und ersten Auflösungserscheinungen. Das IIS war gegen Ende der sechziger Jahre aus der Sektion Rechtswissenschaft der Universität ausgegliedert worden und hatte seitdem privilegierten Zugang zu den Machthabern genossen. Das hatte Ressentiment in der Sektion hervorgerufen. Aber auch ein Professor der Sektion hatte Heidelberg besucht. Als ich mich bei ihm meldete, kam ich offenbar wie gerufen. Rücksicht auf den Kollegen vom IIS wurde nicht mehr genommen. Wir verabredeten, daß ich eine Vorlesung im Europarecht halten und seine Vorlesung im Staatsrecht durch die Leitung von Arbeitsgemeinschaften begleiten sollte.

3. Erste Eindrücke

Montag, der 1. Oktober 1990. Der erste Tag an der selbstherrlich und unwirksam in "Juristenfakultät" zurückbenannten Sektion. Der Leiter der Studienabteilung nimmt mich in seine Obhut. Er erzählt, er sei stellvertretender Leiter der Kampfgruppen der Universität gewesen. Den Zusammenbruch der DDR führt er auf Faulheit und mangelndes Engagement zurück. Er deutet an, so etwas wie eine graue Eminenz gewesen zu sein. Weiß er noch nicht, was die Stunde geschlagen hat, oder ist er nur ein Angeber? Tatsächlich hat er wohl insbesondere die Zulassungsentscheidungen maßgeblich, d.h. subjektiv rational und objektiv willkürlich beeinflusst. Jetzt ist er Mädchen für alles, immer noch Aktivist. Mir ist auch heute, nach längerer Zusammenarbeit, noch nicht klar, ob ich ihn als respektablen Altkommunisten, Untertan oder als Arbeitswütigen betrachten soll. Wir fahren in seinem Trabant zum Wohnheim für ausländische Studenten (I). Dort hat er für mich das beste Zimmer reserviert. Statt Linoleum liegt filzige Auslegware auf dem Fußboden. Unten donnern die schweren Straßenbahnen vorbei. Er ist enttäuscht, als ich um ein einfaches Zimmer nach hinten heraus bitte.

Dienstag, der 2. Oktober 1990. Am letzten Tag der DDR halte ich meine erste Vorlesung. Vielleicht ist sie sogar die erste europarechtliche Lehrveranstaltung in der DDR überhaupt. Zur Einführung habe ich mir etwas Besonderes ausgedacht: "Was verbindet Leipzig mit dem Europarecht?" frage ich die Studenten des 3. und 4. Studienjahres und antworte mit der Lebensgeschichte des Leipziger Doktoranden und sächsischen Unternhmervertreter Gustav Stresemann. Sie stehe stellvertretend für den Weg des deutschen Bürgertums nach Europa. Am Ende wird freundlich, aber nicht begeistert geklopft. Später erfahre ich, daß

ich besser "gleich zur Sache" gekommen wäre. Von Darstellungen des "Urschleims" habe man die Nase voll, so habe auch Biedenkopf den Hörsaal leergepredigt.

Abends sind viele Menschen auf den Straßen. Auf dem Marktplatz wird Rockmusik gespielt. Zuletzt tritt die Gruppe "Renft" auf. Sie war 1975 verboten worden, nachdem sie vom kleinen Otto gesungen hatte, der nach Norden gegangen und bei Wittenberge auf einen Elbekahn gesprungen war. Kurz vor Mitternacht zieht eine Rotte Skins durch die panisch zurückweichende Menge, einige der langsameren Zeitgenossen werden zusammengeschlagen. Wie ich heute weiß, war das eine Begegnung von Vergangenheit und Zukunft. Minuten später hat sich der Spuk in Wohlgefallen aufgelöst. Raketen steigen gen Himmel, der Karl-Marx-Platz heißt wieder Augustusplatz, Deutschland ist wiedervereinigt.

Mittwoch, der 3. Oktober 1990. Kaiserwetter am Tag der deutschen Einheit. Ich laufe durch die Straßen und lasse die Stimmung auf mich wirken. Gestern hatte ich unter den zumeist fein gemachten Menschen eine schäbige Erscheinung geboten. Heute ziehe ich mich deshalb besser an. Die Stimmung ist noch so gelöst und heiter wie gestern abend, ein wenig feierlich dabei, von Taumel aber keine Spur. Wüst geht es nur im DSU-Zelt am Zentralstadion zu, wo "unser lieber Theo" (Wägel) eine Stunde auf sich warten läßt und die Menge solange erneut mit "den Roten" abrechnet. Ich gehe weiter durch das Waldstraßenviertel. An diesem schönen Herbsttag kann man ahnen, daß das im Krieg nicht so stark zerstörte Leipzig seine selbstbewußt-bürgerliche Ausstrahlung wiedergewinnen kann.

Donnerstag, der 4. Oktober 1990. Man hat mich gebeten, die Vorlesung im Europarecht doppelt zu halten. Für die Studen-

ten des zweiten Studienjahres seien zuwening Veranstaltungen vorgesehen. Ich wundere mich, sage aber zu. Heute weiß ich, daß damals schon, lange vor der Abwicklung, die Abwanderung der qualifizierten Mitarbeiter begonnen hatte. Juristen werden gesucht, egal ob östlich oder westlich ausgebildet. Ein "Aus" an der Universität führt nicht in die Arbeitslosigkeit. Vielleicht wollte man mit der Bitte aber auch studentischer Unzufriedenheit über die ungleiche Verteilung der westlichen Gastdozenten auf die einzelnen Studienjahre zuvorkommen.

4. Karl-Marx-Universität?

In der zweiten Semesterwoche erwacht das politische Leben. Die Frage, ob die Karl-Marx-Universität ihren Namen ändern soll, bewegt die gut zweihundert, die zur Podiumsdiskussion kommen. Der hauseigene Philosoph Okun plädiert für die Beibehaltung als "Pfahl im Fleisch der Gesellschaft", der Mannheimer Philosoph Sukale findet, Marx sei ein großer Philosoph gewesen, und Studentenvertreter Pasternack will alle Angehörigen der Universität, nicht nur die Mitglieder des Konzils, über die Frage abstimmen lassen. Die Befürworter einer Umbenennung haben keinen leichten Stand. Logiker Kreiser erntet verdienten Hohn für seine Warnung, ohne Umbenennung würde kein Geld aus Dresden mehr fließen. Chemiker Weiss, später Rektor, rückt paranoide Behauptungen über einen "umgekehrten Stalinismus" mit einem persönlichen Erfahrungsbericht aus einem sowjetischen Lager zurecht. Ich verblüffe mit dem Gedanken, weder Konzil noch Unimitglieder sollten entscheiden, sondern, wie in einer Demokratie üblich, die Volksvertretung. Dann wären auch diejenigen besser vertreten, welche sich vergeblich um eine Zulassung an der Karl-Marx-Universität bemüht hätten. Die Verblüffung weicht bald herablassen-

der Abwehr: das Volk sei doch primitiv, es habe Birne und Bananen gewährt. Die anwesenden Studenten engagieren sich für Marx - bis die Abwicklung andere Prioritäten diktiert. Im März 1991 beschließt das Konzil ohne weitere studentische Anteilnahme, daß die Universität ihren jahrhundertalten Namen zurückerhält.

5. Kollegen

Mein Verhältnis zu den hiesigen Kollegen ist kompliziert. Ich bin der einzige Westdeutsche an der Sektion, der in Leipzig wohnt und deshalb auch ständig anwesend ist. Heute weiß ich, daß viele nicht ausgeschlossen hatten, daß ich ein Agent des Bundesnachrichtendienstes sei. Das erklärt manche Zurückhaltung. Auch sonst bin ich schwer einzuordnen, denn einerseits komme ich von einer respektierten Institution, andererseits bin ich formell noch nicht promoviert. Trotz meiner anfänglichen energischen Proteste spricht man mich beharrlich mit "Dr. Nolte" an. Ich protestiere bald nicht mehr, da mir klar wird, daß es für die Mitarbeiter der Sektion zumindest eine Frage der Fassade gegenüber den Studenten ist, wenigstens nur promovierte Wissenschaftler Vorlesungen halten zu lassen. Ich selbst würde gern die Veranstaltungen der eingewesenen Kollegen besuchen, doch ich weiß, daß mir niemand das rein persönliche Interesse glauben würde. Ich will dem Mißtrauen keine zusätzliche Nahrung geben. So bleibt zunächst Distanz. Privat nach Hause werde ich bis zum Ende meines Jahres in Leipzig lediglich von einer Kollegin und zwei Mitgliedern des Rektorats eingeladen. Diese Zurückhaltung hat sicher nicht an mangelndem Entgegenkommen meinerseits gelegen, wohl auch nicht nur am Mißtrauen allein. Man sagt mir, private Einladungen über den engen Freundeskreis hinaus seien schon vor der Wende unüblich gewe-

sen. Bei anderen Fakultäten war das aber wohl anders.

6. Stilfragen

In der dritten Semesterwoche beginnen die beiden Arbeitsgemeinschaften für Erstsemester. Sie begleiten die Vorlesung zum Staatsorganisationsrecht. Hier kann ich mit den je dreißig Studenten reden, nicht nur, wie in der Vorlesung, zu ihnen. Außerdem sind sie als Erstsemester der erste Jahrgang, der verhältnismäßig frei zugelassen wurde. Einige Leichen hat man aus dem Keller geholt, so etwa Jochen Lässig, den langjährigen Außenseiter und Sprecher des Neuen Forums Leipzig aus dem Herbst 1989. Noch bevor es richtig losgeht, muß ich stutzen: Es regt sich Protest bei einer Studentin als ich sie, getreu westdeutschem Kommt, mit "Frau XYZ" anrede. Das sei ihre Mutter. Sie möchte mit "Fräulein XYZ" angesprochen werden, besser noch mit "Katja" und "Sie". Als ich diese Grundsatzfrage zur Abstimmung stelle, ergibt sich kein klares Meinungsbild. Ich laviere und tendiere zum Fräulein. Andere Studenten sind weniger feinfühlig. Bei ihnen kommt das dumpfe Ressentiment der Eltern zum Ausbruch. So etwa wenn eine Studentin voll Inbrunst behauptet, BND und MfS sei doch genau das gleiche. Ich atme tief durch und weiß, daß sie mich jetzt genau beobachtet.

7. Wohnen

Das Zimmer im Wohnheim stößt mich ab. Nicht weil es über Dusche und Kochecke hinaus wenig Komfort bietet. Es ist eine so offenkundig provisorische Unterbringung. Höhere Preise als in Heidelberg, noch dazu zur Untermiete, will ich aber nicht bezahlen. Der Zufall hilft: Die einzige etwas gastfreundliche Kollegin erwähnt beiläufig, sie sei

umgezogen. Nein, die alte Wohnung würde ich sicher nicht wollen. Ich schaue sie mir trotzdem an: 3 Zimmer, Altbau, Kohleheizung, weder Dusche noch Bad, noch zwei von sechs Wohnungen im Haus sind bewohnt, von unten zieht die Feuchtigkeit hoch, der Schornstein ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Sie zeigt ein Schreiben vom Rat der Stadt aus dem Jahr 1985, wonach das Haus bald abgerissen und die Wohnungen deshalb nicht mehr vermietet würden. Gegen eine Nutzungsentschädigung von M 20,- könnten "die Mieter" allerdings "bis auf weiteres" wohnen bleiben. Ich deute dies als fortgeltende Duldung, zahle DM 400,- Abstand und freue mich, an einer Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, gegenüber dem Haus der Familie Liebknecht, Quartier bezogen zu haben. Das Heizen verändert den Lebensrhythmus. Aber die damit verbundenen Einschränkungen sind gering im Vergleich zu den Wohnbedingungen der Studenten: zu zweit bis viert hausen sie in kleinen Zimmern im Wohnheim. Kein Wunder, daß sie über das Wochenende immer nach Hause fahren. Ideale Bedingungen für den Überwachungsstaat, aber auch gute Bedingungen für das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. In der Umbruchphase hat das manchen sicher Halt gegeben.

8. Wiederaufbau?

Mich beeindruckt die Geschichte der Universitätskirche. Sie war die schönste Kirche Leipzigs gewesen, hatte den Krieg unbeschadet überstanden und ihre Rosette war das Juwel des riesigen Platzes vorder Oper gewesen. 1968 wurde sie gesprengt, um dem neuen Hauptgebäude der Universität Platz zu schaffen. Genauer: damit an der gleichen Stelle das spätere Wahrzeichen der Karl-Marx-Universität, das große Marx-Relief, aufgestellt werden könnte. Ich spre-

che Studenten darauf an, frage, was sie von einem Wiederaufbau hielten. Alle reagieren gleich: Es gibt Wichtigeres zu tun, das wäre Geldverschwendung. Die gleiche Antwort, wenn das Gespräch auf die Dresdner Frauenkirche oder das Berliner Stadtschloß kommt. Zunächst bin ich enttäuscht und sage mir: typische DDR-Denkweise, aus dem Mangel geboren und ohne Sinn für Symbolik. Doch die Studenten wehren sich auch dann, wenn ich private Finanzierung vorschlage. Sie wehren sich wohl, weil sie das Gefühl haben, die Westdeutschen interessieren sich mehr für die Begegnung mit der eigenen Vergangenheit als für die Ostdeutschen. Der gleiche Eindruck wenn es um die Umbenennung von Straßen geht. Sogar Gegner der Ex-DDR möchten wenigstens ihre Karl-Liebknecht- und Rosa-Luxemburg-Straßen behalten. Zugegeben, auch ich habe mich im Laufe des Jahres an meine Liebknecht-Straße gewöhnt. Trotzdem, ich bin weiterhin für Wiederaufbau, plädiere aber jetzt für Verschiebung. Es ist noch zu früh.

9. Mitdenken oder Mitschreiben?

Glücklicherweise bin ich ohne bestimmte Erwartungen nach Leipzig gekommen. Sonst wäre ich vielleicht zunächst enttäuscht gewesen. Eine Begeisterung für Europa konnte ich bei den älteren Studenten jedenfalls nicht feststellen oder wecken. Dabei hätte sie angesichts des Ressentiments der meisten gegenüber dem konkreten Vollzug der Wiedervereinigung ("Anschluß", "Kapitulation") doch zumindest als Kompensationsmechanismus nahe gelegen. Die Studenten schrieben manches mit, hörten zu und stellten sogar gelegentlich kritische Fragen. Es wurde mir aber doch bald deutlich, daß ich ihnen Europa über das Europarecht nicht wirklich würde nahebringen können. Dies obwohl ich mir Mühe gab, aktuelle

Anknüpfungspunkte zu finden (Rücktritt Frau Thatcher, EG-Regierungskonferenzen, Uruguay-Runde des GATT). Ich mußte natürlich, daß ich nicht als Missionar auftreten durfte. Prediger hatten sie genug gehabt. Andererseits sollte es sich aber auch nicht in einfacher Weitergabe des Stoffs erschöpfen. Doch dies wäre ihnen wohl am liebsten gewesen. Uwe Wesel hat über seine Lehrerfahrungen an der Humboldt-Universität einmal geschrieben, die Studenten würden das westliche Recht lernen als wäre es chinesisches, also technisch und mit innerer Distanz. Dies ist eine interessante Beobachtung, erklärt aber noch nichts. Die Distanz ist sicherlich zum Teil politisch-lebensgeschichtlich begründet, genauso wichtig dürfte aber auch der Einfluß des bisher geübten Studienstils sein. Studenten berichteten häufig, daß Vorlesungen von westlichen Lehrern in der Regel weniger Mitschreiben und mehr Zuhören und Mitdenken verlangten. Sie waren eher an Definitionenpaukerei gewöhnt gewesen. Besonders die älteren Kommilitonen, die die Universität schnell mit handgreiflich verwendbarem Wissen verlassen wollten, haben diese Art der Lehre als überflüssigen Luxus empfunden. Sie wollten das hören, was sie abprüfbar mitnehmen konnten. Die Änderung der großen Perspektiven im Kopf stellten sie zurück. Aber was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Ganz anders die Erstsemester in den staatsrechtlichen Arbeitsgemeinschaften. Die meisten fühlten sich zwar etwas unterfordert, genauso wie die Anfänger im Westen in der Regel auch. Das Jurastudium beginnt eben nicht mit Prüfungen. Aber sie ließen die Gelegenheit zur Diskussion nicht ungenutzt. Jünger, merkwürdig unverbraucht und trotzdem ernsthafter als ihre westlichen Kommilitonen, ließen sie Frage-Antwort-Spiel und Drannehmen willig mit sich geschehen und machten gut mit. Beim eigenständigen

Referieren von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts waren sie dann jedoch überfordert. Obwohl sie trotz eindringlicher Empfehlung wenig in der Bibliothek auftauchten, entwickelten manche von ihnen doch bald erstaunliche juristische Argumentationsfertigkeiten. Als gegen Ende des Semesters anläßlich des Golf-Krieges die möglichen verfassungsrechtlichen Grenzen eines Kampfeinsatzes der Bundeswehr diskutiert wurden, waren die meisten schon in der Lage, die politische und die juristische Seite der Problematik zu trennen. Dabei wurde kein Hehl aus den unterschiedlichen politischen Überzeugungen gemacht. Die kleine Minderheit der PDS-Anhänger versteckte sich nicht, wurde respektiert und argumentierte gut. Eine Studentin lud mich zu einer PDS-Veranstaltung ein, bei der allerdings der gute Wille, den Blick nach vorn zu richten und über die "Perspektiven einer linken Politik in Deutschland" zu reden, hinter dem Artikulationsbedürfnis der vorwiegend älteren Teilnehmer zurücktreten mußte.

10. Andere Fächer

Es ergab sich kaum, daß ich mittags mit einheimischen Kollegen essen ging. Ich wollte mich niemandem aufdrängen. So stieß ich zu einer kleinen Gruppe von westlichen Privatdozenten der Philosophie. Diese klagten regelmäßig über die trickreichen Benachteiligungen, denen sie ausgesetzt seien. Man hatte ihre Lehrveranstaltungen nicht angekündigt und nun saßen sie da, mit zwei oder vier Studenten, einer gar nur mit zwei Assistenten. Diese Begegnungen machten mir den Unterschied zwischen den Fakultäten deutlich. Bei den Juristen hielten die westlichen Hochschullehrer zwar noch nicht die zentralen Veranstaltungen ab, sie wurden aber doch respektiert und zum Teil sogar hofiert. Eine scheinbare Symbiose

hatte begonnen. Der Unterschied war wohl nicht nur zufällig. Bei den Philosophen hielt sich eine kleine Vorhut aus dem Heer der noch nicht versorgten Privatdozenten auf. Diese hatte es natürlich auch auf Stellen abgesehen. Bei den Juristen nahm man das wohl nur von mir an. Überhaupt lassen sich die Erfahrungen im Fach Rechtswissenschaften schwer verallgemeinern: Der Gegenstand war durch die Vereinigung weitestgehend ein anderer geworden, und Aufgabe wie Korpsgeist der Juristen erlauben wenig Rabatt für abweichend Qualifizierte.

11. Abwicklung I: Gefährliche Seilschaften?

Die Philosophen wurden schon nervös, weil nichts geschah, wollten beim Minister intervenieren, weil die alten Seilschaften weiter walteten, da wurde am 12. Dezember der Abwicklungsbeschluss bekanntgegeben. Er kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Gewiß, manchem hatte Böses geschwam. Der Dekan der Juristen hatte sich gelegentlich ängstlich-betrübt an mich gewendet, er habe schon mehrfach um einen Termin beim Ministerium gebeten und keine Antwort erhalten. Er hatte zusammen mit Kollegen Konzepte zur Erneuerung der Sektion entworfen und diese auf Kongressen vorgebracht und veröffentlicht. Man hatte höflich zugehört und sich abwartend verhalten. Diverse an der Fakultät tätige westliche Hochschullehrer hatten derweil den Minister diskret beraten. Es ist später gelegentlich das Bild gezeichnet worden, die Juristen an der Karl-Marx-Universität seien ideologisch besonders hartnäckig und verbohrt gewesen, zur Selbsterneuerung weder willens noch in der Lage. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Im Monat vor der Abwicklung redete man inzwischen sogar mit mir über die Stärken und Schwächen der einzelnen Kollegen, eine homogene Abwehrfront war gar

nicht mehr zu erkennen. Jeder wollte nur noch seine eigene Haut retten, und die Mehrheit wäre auf jedes nur einigermaßen vertretbare Angebot des Ministeriums zur Umstrukturierung eingegangen.

12. Abwicklung II: Die Alten und die Jungen

Die Demoralisierung der Sektionsangehörigen zeigte sich deutlich bei den Beratungen über das weitere Vorgehen. Dazu Vollversammlung aller Mitarbeiter gebeten wurde, betrachtete auch ich mich als eingeladen. Eine kleine Minderheit wollte Widerstand leisten, zusammen mit den Studenten. Die "Fakultät" solle gegen ihre Abwicklung gerichtlich klagen, kein Mitarbeiter solle einen der angebotenen Arbeitsverträge für die Zeit vom 1.1. bis 28.2.1991 unterschreiben. Hauptvertreter der Abwehrfront waren die Professoren Bönninger und Schönrrath, beides keine bornierten Ideologen sondern Männer mit (auch im Westen anerkanntem) begründetem Selbstbewusstsein und Rückgrat. Sie gehörten zu den ältesten Mitgliedern der Sektion und identifizierten sich mit ihr ("noch nie in ihrer ganzen langen Geschichte geschlossen worden") und waren von der Rechtswidrigkeit des Beschlusses auch innerlich überzeugt. Anders die Jüngeren und andere Kollegen: Man solle doch die Verträge unterschreiben, denn eine Klage könnte übelgenommen werden und die Chancen für eine spätere Wiedereinstellung gefährden. Es war ein klägliches Schauspiel. Respekt hatte ich vor den beiden Alten, obwohl ich ihnen in der Sache nicht zustimmen konnte. Ich bin davon überzeugt, daß sie auch dann dasselbe gesagt hätten, wenn sie persönlich mehr zu verlieren gehabt hätten. Aber sie übersahen zu viel bei ihrer Argumentation. Aus dieser Diskussion wie auch aus sonstigen Beobachtungen habe ich weitergehende Schlüsse gezo-

gen: Die Generation der Fünfunddreißig- bis Fünfundfünfzigjährigen ist, natürlich nicht zufällig, die rückgratkranke Generation der DDR. Sie wurde nicht, so wie die Älteren, vom zweifellos in manchen Kreisen vorhandenen Enthusiasmus der ersten Aufbaujahre geprägt, sie wurde auch nicht rechtzeitig in die leitenden Stellungen gelassen. Sie bekam im Gegenteil die Überzeugungen der Älteren noch lange direkt und manchmal schmerzlich zu spüren, schmerzlicher als die Generation der unter Fünfunddreißigjährigen. Die mittlere Generation ist versauert. Bei den Juristen werden es wohl nicht viele schaffen, sich an der Universität zu behaupten.

13. Abwicklung III: Die Studenten

Nicht die unmittelbar betroffenen Mitarbeiter, sondern die Studenten trugen den Widerstand gegen "die Abwicklung". Manche von ihnen mögen auch aus Angst um die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums hierzu motiviert worden sein. Den meisten aber ging es ums Prinzip. "Wir lassen uns doch nicht so ohne weiteres abwickeln", war das Grundgefühl. Die studentischen Aktionen verliefen diszipliniert und machten deutlich, daß man sich nicht von den diskreditierten Kadern vor den Karren spannen lassen wollte. Als besonders beeindruckend bleibt mir in Erinnerung, wie der Minister kurz vor Weihnachten zu einer Diskussion in den prall gefüllten größten Hörsaal der Universität kam und man ihn dort lange reden und immer ausreden ließ, ohne ihm danach in der Sache etwas zu schenken. Nachdem der Minister den Studenten dann später verschiedene politische Zusagen gemacht hatte - insbesondere das Versprechen einer individuellen fachlichen Überprüfung für jeden Mitarbeiter - beendeten diese ihre Aktionen. Die Jurastudenten hatten sich interessanterweise kaum beteiligt, am ehe-

sten noch die Erstsemester, die sich gegen eine vermeintliche Ungerechtigkeit glaubten wehren zu müssen. Als ehemaliger Student der Freien Universität Berlin, der die hysterisch-gewaltsamen Ausläuferaktionen der achtundsechziger Studenterbewegung von 1977 bis 1981 erlebt hatte, stand ich nach dem Leipziger Jahreswechsel 1990/91 studentischen Protestaktionen wieder aufgeschlossen gegenüber.

14. Der linke Ruf nach Recht und Ordnung

Kurz vor Weihnachten hat mich die Gruppe "Komm Rum" ins Szene-Café "Nationale Front" ("NATO") eingeladen, damit ich als Jurist an einer Podiumsdiskussion zu Sicherheitsfragen mitwirke. Mit dabei sind auch zwei leitende Vertreter der Polizei. Verkehrte Welt: Die linke Szene, insbesondere Hausbesetzer aus dem Stadtteil Connewitz (dem Leipziger Kreuzberg), beklagt sich in schrillen Tönen über die Untätigkeit der Polizei. Ständig kämen rechte Skins und würden "Terror machen", Wohnungen zerstören und Menschen auf offener Straße zusammenschlagen. Die Verantwortlichen sind zerknirscht, können aber auch nur darauf aufmerksam machen, daß in der Halbmillionenstadt Leipzig zu keinem Zeitpunkt mehr als 50 Polizisten Streife gehen würden. Und man müsse doch Verständnis dafür haben, daß die Kollegen ihren Kopf nicht hinhalten wollten, wenn die Gewalttäter offenkundig überlegen seien.

15. Golfkrieg

Das Semesterende steht im Zeichen des Golfkriegs. Ich führe engagierte und leidenschaftliche Diskussionen. Fast alle sind gegen die Aktionen der amerikanischen und verbündeten Streitkräfte. Schulkinder de-

monstrieren auf den Straßen. Viele, deren Weltbild durch den Zusammenbruch im Osten erschüttert wurde, wittern die Gelegenheit, endlich wieder einmal auf der richtigen Seite zu stehen. Charakteristisch auch der Ausbruch des bislang nur notdürftig verhüllten Antiamerikanismus. Identifikation mit Israel spielt keine große Rolle, eher im Gegenteil. In Leipzig studieren Palästinenser. Bei den Jurastudenten sind die Leidenschaften etwas geringer. Die Erstsemester kennen mich inzwischen so gut, daß sie mir mein Eintreten für die Aktion der Alliierten nicht allzu übel nehmen. Ich lade beide Gruppen zum Semesterabschluß nach Hause ein. Es wird viel getrunken und viel gesungen. Wieder fällt mir auf, daß wir in Westdeutschland nicht mit Liedern aufgewachsen sind.

16. Zwischenbilanz

Zu Beginn des Sommersemesters war dann klar, daß im Wintersemester eine Epoche zu Ende gegangen war. Ich blieb noch in Leipzig, ein weiteres ereignisreiches, aber

völlig andersartiges Semester lang. Für mich war das Wintersemester aufregend und bedrückend zugleich gewesen. Aufregend, weil ich in einer Welt lebte, die mir fremdartiger war als Amerika aber gleichzeitig innerlich näher als das süddeutsche, neudeutsche satte Heidelberg. Die Zeit war bedrückend, weil ich mich der allgemeinen Atmosphäre der Lähmung, der Niedergeschlagenheit und des Mißtrauens nicht entziehen konnte und wollte. Aber vielleicht begann damals auch gleichzeitig ein Aufstieg aus Ruinen.

Georg Nolte, Dr. iur., ist wiss. Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg und Gastdozent an der Universität Leipzig. Der Artikel ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrags in: Bernhard Muszynski (Hrsg.), Wissenschaftstransfer in Deutschland - Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft, Leske & Budrich, Opladen 1992 (angekündigt für Dezember d.J.).

Rudolf Mau (Berlin):

Duplik zur "Replik" von Joachim Rohde (hochschule ost 7/92, 47-58)

Meiner Darstellung über den Beitrag des ehem. "Sprachkonvikts" zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der HUB (hochschule ost 5/92) ist Joachim Rohde mit schwerem moralischen Geschütz zu Leibe gerückt: der Unterstellung von "Lüge" durch "Weglassen" und "unterschwellige Andeutungen". Dazu ist folgendes zu sagen:

1. Mein Beitrag hatte, wie jeder aus dem Titel ersehen konnte, nicht die Geschichte der Theologischen Fakultät der HUB zum Gegenstand, sondern (unter dem Gesichtspunkt der Fusion von 1991) die Eigenart des "Sprachkonvikts" (= während des SED-Regimes nicht anerkannte kirchlicher Hochschule). Der Vorwurf von "Lüge" durch "Weglassen" ist somit schon im Ansatz problematisch. Geradezu absurd wird er im Zusammenhang mit Rohdes Unterstellung, ich hätte durch "Weglassen" der Namen wichtiger Lehrer das Ansehen der Theologi-

schen Fakultät schmälern wollen. Erst vor wenigen Monaten habe ich zum Beispiel die Bedeutung Rudolf Herrmanns (von R. in jenen Zusammenhang genannt) durch eine Vorlesung bei der Semesterabschlußveranstaltung gewürdigt. Beinahe albern wirkt auch die durch Rohdes Sehfehler (Nichtbeachtung meines Themas!) resultierende Unterstellung (S. 51) absichtsvollen "Weglassens" im Zusammenhang meines Hinweises auf trotz staatlicher Nicht-Anerkennung ergangene Einladung von Sprachkonvikts-Dozenten zu Gastvorlesungen und Kongressen.

2. Nicht nur die Nichtbeachtung meines Themas, sondern auch entstellende Wiedergabe des von mir Gesagten veranlaßt Rohde zu wortreichen Darlegungen. Ich habe nicht behauptet, Prof. Elliger sei "die theologische Identifikationsfigur gewesen" (Rohde S. 54), sondern habe seine "Hal-

lung" als "identitätsstiftend" hinsichtlich des mutigen Widerstandes gegen massive Politisierungsversuche bezeichnet (5/92, S. 11). Wer wie Herr Rohde ex officio mit genauem Lesen und Interpretieren von Texten zu tun hat, sollte ein voraussetzendes handwerkliches Können gerade in polemischem Zusammenhang nicht in Zweifel ziehen lassen!

3. Rohde verunklart (S. 48-49), was nach dem Urteil der ganz überwiegenden Zahl Betroffener (sowohl der Studenten als auch der Mitglieder des Lehrkörpers der alten Theologischen Fakultät bzw. Sektion) als geradezu evident bei jeder Gelegenheit geäußert und bestätigt wird: die unheilvolle Rolle insbes. des Ehepaares H. Müller/R. Müller-Streisand, die die Situation an der Berliner Sektion (im Unterschied zu derjenigen an den meisten anderen Theologischen Sektionen) aufs stärkste belastete. Will er dies - und das vor allem hiermit zusammenhängende dringende Desiderat einer "Erneuerung" der Theologischen Fakultät (vgl. Rohdes "I" zu diesem Begriff S. 47) - nicht wahrhaben, so mag er sich mit alten Kollegen und einer großen Zahl früherer Studenten darüber auseinandersetzen!

4. Rohdes Unterstellung, ich würde bei meinen Ausführungen "weithin aus den trüben Quellen zweiter Hand" schöpfen, weise sich mit Entschiedenheit zurück. Was mit großem Ernst im Rahmen einer öffentlichen Sozietät (WS 1991/92) von Angehörigen der Sektion Theologie in Bezug auf die zurückliegende Zeit ausgesprochen wurde (5/92, S. 16, 17), sollte nicht in dieser Weise abqualifiziert werden, und ein zugleich von W. Barth (Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED) und dem Staatssekretär für Kirchenfragen zwecks "staatlicherseits" gegenüber dem Sprachenkonvikt zu ergreifenden "Maßnahmen" (sowie "Restriktionsmaßnahmen gegenüber den Kirchlichen

Hochschulen") gerichteter Brief vom 15.6.1966 ist nicht Produkt einer "Gerüchteküche", sondern liegt schwarz auf weiß vor.

5. Meiner Bemerkungen über "Aufhebungen" des Dienstverhältnisses an der Theologischen Fakultät der HUB mit "unverhohlenen kaderpolitischen Begründung" nimmt R. zum Anlaß längerer Ausführungen. R.'s Schilderung des "Falles" Müller-Zetsche bestätigt ungewollt, was sie offenbar widerlegen sollte, und seine Darbietungen über meinen eigenen "Fall" bezeugen Unkenntnis (ich unterstelle nicht: bewußtes Verschweigen) hinsichtlich der bereits in einem frühen Stadium ergangenen kaderpolitischen Entscheidung (Frau Fessen/Staatssekretariat für Hochschulwesen), die mein Verbleiben an der Fakultät nach der Habilitation ausschloß.

6. Verschiedene Behauptungen Rohdes erweisen sich als z. T. plumpe Unterstellungen. R. gibt vor zu wissen, die Promotions- bzw. Habilitationsgutachten von Elliger und Herrmann zu den Arbeiten von H. Müller und R. Müller-Streisand seien "politisch motiviert" und "nur notdürftig theologisch-wissenschaftlich kaschiert" gewesen (S. 49), und durch entsprechende Unterstellungen desavouiert er auch die Urteilsbildung der Struktur- und Berufskommission über den "Dr. sc."-Titel einiger Mitglieder des Lehrkörpers der ehem. Sektion Theologie.

Eine sorgfältige Darstellung und Würdigung des Weges der Theologischen Fakultät bzw. Sektion in der Zeit der SED-Herrschaft bleibt ein dringendes Desiderat. Darbietungen wie die von J. Rohde können dieser notwendigen Arbeit nur sehr bedingt dienlich sein.

*Rudolf Mau, Prof. Dr. theol.,
arbeitet als Kirchenhistoriker in Berlin*

**"Perspektiven - Positionen - Projekte":
Sommerschule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
1992**

Manches unterscheidet den Manchester vom modernen Kapitalismus. Etwa die Tatsache, daß Gewerkschaften keineswegs mehr schamhaft die Orte der schamlos Reichen meiden. So traf sich vom 30. August bis 5. September d.J. bereits zum elftenmal GEW-Aktivstinnen aus dem Bereich Hochschule und Forschung in Klappholtal auf Sylt zu ihrer Sommerschule. Es war die 12. insgesamt. Zum drittenmal waren ostdeutsche KollegInnen dabei. Zum drittenmal auch stand das Thema des Wissenschafts-

umbaus in Ostdeutschland mit auf dem Programm. Die ostspezifischen Themen waren Gegenstand einer resümierenden Veranstaltung unter dem Titel "Restauration oder Reform?" und Gegenstand eines Vormittags zum Schicksal der Akademieforschung. Desweiteren gab es einen Bericht zu den brandenburgischen Entwicklungen: Von der GEW immer mit besonderer Sympathie verfolgt, weil dort ein Mitglied der zuständigen Minister ist.

Wozu Hochschulforschung, da es doch Unternehmensberatung gibt: z.B. Kienbaum GmbH

Einen kabarettistischen Einstieg schaffte die Veranstaltungs dramaturgie zunächst: Indem sie Axel G. Koetz von der Kienbaum Unternehmensberatung GmbH Düsseldorf an den Anfang plazierte. Die Firma hatte mit einem Gutachten zum nordrhein-westfälischen Schulsystem (Auftraggeber: das dortige Kultusministerium) einiges Aufsehen erregt. Solches Aufsehen kommerziell ungenutzt vom Winde verwehen zu lassen, wäre unklug gewesen. Also stürzte sich die Kienbaum GmbH auf die Hochschulen. Der dabei abgeordnete Bericht wurde von der meinungsbildenden Öffentlichkeit sofort als neues Gutachten aufgenommen. Weshalb Herr Koetz erst einmal, um aus sich einen

seriösen Gesprächspartner zu machen, einiges richtig stellen mußte. Diese Richtigstellungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das, was vorliege, sei kein Gutachten, sondern ein Bericht. 2. Der Bericht (vom Februar 1992) sei vorläufig und würde heute in manchen Punkten anders ausfallen. 3. Entstanden sei der Bericht, weil man bei Kienbaums beschlossen hätte, Hochschulexperten zu werden. 4. Um anders zu sein als die anderen Hochschulexperten, habe man die vorhandenen Ergebnisse der existierenden Hochschulforschung bewußt ignoriert. 5. Die Datengrundlage für den Be-

richt bestand in gesammelten Zeitungsausschnitten und statistischen Materialien des Bundes und der Länder. 6. Unter anderem schon weil inzwischen mehr Zeitungsausschnitte angehäuft werden konnten, würde heute der Bericht anders ausfallen. 7. Nun, nach dem überraschenden Echo auf den Bericht, hoffe man auf die entsprechenden Aufträge, um das eigentliche Gutachten liefern zu können.

An dieser Stelle waren unter den Zuhörenden besser informierte: Sie gratulierten Herrn Koetz zur bereits erfolgten Auftragsvergabe durch das baden-württembergische Kultusministerium. Der Einsatz war also nicht umsonst. Insbesondere, daß der Bericht schon die Ergebnisse des Gutachtens enthielt - nur eben noch etwas zu dünn untersetzt - hatte sich ausgezahlt.

8. schließlich stellte Herr Koetz dar, was in dem als Gutachten mißverstandenen Bericht tatsächlich stehe. Denn auch das sei vielfach mißverstanden worden. Wirklich also stehen in dem Bericht vor allem drei Dinge:

(a) Sämtliche im Schwange befindlichen statistischen Zahlen sind interessengeleitet. Daraus folgt: Wir müssen erst einmal richtig zählen, bevor wir die nächsten Schritte unternehmen.

(b) Langzeitstudierende belasten die Universitäten nicht. Denn entweder studieren sie gar nicht mehr tatsächlich und sind nur noch nominell eingeschrieben. Oder sie

studieren deshalb so lange, weil sie aus unterschiedlichen Gründen zuvor die Hochschulressourcen nicht voll in Anspruch genommen hatten. (Diesbezüglich wurde in der Diskussion vermerkt: Es sei sinnvoller, von *Immatrikulationsdauer* statt von *Studienzeit* zu sprechen.) Gleichwohl nützen Langzeitstudierende ihren Fachbereichen bei der hochschulinternen Mittelverteilung. Dabei sind dann Jura und Wirtschaftswissenschaften benachteiligt.

(c) Hinterfragt werden muß die Monopolisierung bestimmter Studiengänge durch die Universität. Nachdrücklich zu überdenken ist, ob nicht etwa Rechtswissenschaft oder Zahnmedizin auch hinreichend an einer Fachhochschule auszubilden wären.

Ein wichtiger Punkt bei den anvisierten gutachterlichen Ergebnissen ist das Thema der Hochschulleitung. Hier entscheide sich, ob es den Hochschulen gelinge, *effizient* zu werden. Deshalb werde vorgeschlagen: 1. Dezentralisierung der Hochschulführung; 2. Hochschulmanagement statt -leitung; und 3. Ersetzung der sich gegenseitig blockierenden Selbstverwaltungsgremien.

Bei Kienbaum Unternehmensberatung Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind Hochschulen offenbar eigentlich Berufsschulen für Wirtschaftswissenschaftler, Juristen, Mediziner und höchstens noch Lehrer. Das durchzieht den ganzen Bericht und bestimmt die Schlußfolgerungen.

Lüthje: Hochschulen zumindest nicht ineffizient

Der Hamburger Uni-Präsident Jürgen Lüthje widersprach den etwas zu locker vorgetragenen Anwürfen: Staat und Öffentlichkeit forderten von den Hochschulen immer den Nachweis der Effizienz, ohne freilich den Nachweis der Ineffizienz zu liefern. Für die

Hochschulen spreche, daß immer noch - trotz allem! - hinreichend qualifizierte AbsolventInnen hervorgebracht werden.

Staatssekretär Peter Kreienberg vom

schleswig-holsteinischen Kultusministerium sekundierte: Wenn das anders wäre, hätte

die Wirtschaft schon ganz andere Töne angeschlagen.

Neef: Wissenschaftliches Management als dritte Säule

Das Thema der Hochschulverwaltung griff Wolfgang Neef, Vizepräsident der TU Berlin, aus etwas anderer Perspektive auf. Er konstatierte die Schwächen von Universitätsadministration wie akademischer Selbstverwaltung und schlug deren Ergänzung durch eine dritte Säule vor: ein sog. wissenschaftliches Management.

Dieses wissenschaftliche Management solle eine Stabsfunktion wahrnehmen, sowohl für die Administration wie auch die Selbstverwaltung. Es solle die Suche nach interessanten und lohnenswerten neuen Projekten betreiben, derartige Projekte protegieren und dann verfolgen, interdisziplinäre Zentren und Netzwerke initiieren, bei diesen eine Moderatorenfunktion und für Forschung und Lehre insgesamt eine

Koordinierungs- und Evaluierungsfunktion wahrnehmen, eine professionelle Geschäftsführung für Kommissionen - bspw. die Ausbildungskommission - gewährleisten sowie regelmäßige Datenerhebung leisten und Berichte zur Situation der Lehre vorlegen. Dies alles relativ frei von den unmittelbaren alltäglichen Zwängen, in denen sich die Hochschuladministration bewegt, und relativ frei von den Gruppenkonflikten, die mitunter die Selbstverwaltungsorgane blockieren.

Daneben schlug Neef - Berliner TU-Erfahrungen berücksichtigend - Projektutorien vor, um ggf. Blockaden der (strukturkonservativ dominierten) Selbstverwaltungsgremien gegenüber Strukturveränderungen zu umgehen.

Evaluation der Lehre

Klaus Schnitzer (HIS Hannover) referierte zu Techniken der Lehrevaluation in den Vereinigten Staaten und provozierte damit einige Diskussion. Zwei unaufwendige Möglichkeiten für eine Lehrkraft, Rückkopplungen über eine Lehrveranstaltung zu erhalten, seien erwähnt:

Zum einen die "one minutes paper": Die/der Lehrende erfragt am Ende der Vorlesung bzw. des Seminars, was die Studierenden als inhaltlich das Wichtigste empfunden haben. Die Zeit für das stichpunktartige Formulieren ist auf eine Minute begrenzt. Anschließend kann die Lehrkraft überprüfen, ob das, was sie wesentlich vermitteln wollte, tatsächlich übergekommen ist. Zum anderen die Befragung nach dem "schwächsten Punkt": Die/der Lehrende

erfragt am Ende der Vorlesung bzw. des Seminars schriftlich und anonym, was die StudentInnen als schwächsten Punkt in der Veranstaltung empfunden haben.

Wolfgang Neef beschäftigte in der Diskussion das Problem eines beiderseitigen Austausches zwischen Lehrenden und Studierenden. Für möglicherweise hilfreich hielt er: Nicht nur die Befragung der Studierenden über die Lehrenden sollte initiiert werden, sondern ebenso die Befragung der Lehrenden zu den Randbedingungen ihrer Lehre. Ein Nebeneffekt wäre, eine Möglichkeit zu schaffen, daß sich auch die Lehrenden gleichsam über die Studierenden "beklagen" könnten. Dies erweiterte u.U. die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Lehrevaluation.

Wolff-Dietrich Webler (Bielefeld), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD), verwies darauf, daß auch eine Möglichkeit der sozialen Kontrolle von C4-Profis bestünde. Da diese auf Lebenszeit angestellt sind und schlechte Lehre infolgedessen schwierig belangbar ist, sei dies eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit der Einflußnahme. Beispielsweise könnte die studentische Fachschaft in einem Fachbereich allsemestrig zunächst

Sonderfall Ost: Brandenburg

Friedrich Buttler, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, ist auch Vorsitzender der brandenburgischen Landes-Hochschulstruktur-Kommission. Er ordnete Wissenschaftsstrukturentwicklung als Bestandteil von Infrastrukturpolitik in regionale Erfordernisse ein.

Bezogen auf den FuE-Bereich konstatierte er einen überproportionalen Abbau im Vergleich zu anderen Strukturbereichen der Wissenschaft. Seine Schätzung geht dahin, daß lediglich noch ein Drittel der ursprünglichen FuE-Kapazitäten in Ostdeutschland vorhanden sind. Gleichwohl betrage die Arbeitslosigkeit unter akademisch qualifiziertem Personal nur 6%. Die

Ostdeutsche Wissenschaftslandschaft: Reform oder Restauration?

Die Veranstaltung zu "Reform oder Restauration" im ostdeutschen Hochschul- und Forschungssystem bestritten drei ReferentInnen. Gertraude Buck-Bechler, Professorin in der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, formulierte eingangs eine bemerkenswerte Wahrnehmung: Der Begriff "Reform" wird hochschulpolitisch in Ostdeutschland vermieden. Statt dessen kann die massenhafte Verwendung des

Meinungen über die verschiedenen Lehrveranstaltungen erfassen und zusammenfassen. Sodann schreibt die Fachschaft an den Dekan/Fachbereichsleiter Offene Briefe zu den guten Lehrveranstaltungen und hängt diese Briefe im Fachbereich aus. Wenn das über mehrere Semester geschieht, wird sehr genau und für alle sichtbar registriert, wer bei diesen Briefen nie auftaucht.

Ursache dafür wurde mit der Abwanderung aus dem FuE-Bereich in andere Berufsfelder benannt.

Von Interesse waren Buttlers Ausführungen zu den Besonderheiten brandenburgischer Universitätskonzepte. Zwei Dinge können da hervorgehoben werden. Einerseits sollen keine drei Volluniversitäten in Brandenburg entstehen, sondern arbeitsteilige Unis mit jeweiligen Schwerpunkten. Andererseits sollen, wo irgend möglich, obsolet gewordene Fachgrenzen übersprungen werden. Für letzteres stehen etwa die Zusammenfassung von Elektro- und Maschinenbau in einem Fachbereich an der TU Cottbus oder die starke Integration von Umwelt- und Geisteswissenschaften eben-dort.

Begriffs "Erneuerung" beobachtet werden. Darunter wird aber letztlich nur - gleichsam synonym - die Kompatibilisierung des ostdeutschen Hochschulwesens an die HRG-Struktur verstanden.

G. Buck-Bechler unterschied inhaltlich zehn Schwerpunkte der Umgestaltung:

- * Aufbau von Landeshochschulsystemen
- * Entwicklung der Hochschulautonomie

- * Öffnung der Hochschulen für alle Studienberechtigten
- * personelle Umstrukturierung
- * Ausdifferenzierung nach verschiedenen Hochschultypen
- * Änderung der Studienstruktur
- * Profilveränderung und -erweiterung
- * Änderung der Studienorganisation
- * neue Strukturen der internationalen Zusammenarbeit
- * Reintegration der Grundlagenforschung.

Peer Pasternack, Hochschulpolitischer Referent der Konferenz der StudentInnen-schaften (Ost), stieg in seinem Referat gruppenspezifisch ein. Er versuchte zunächst Positionen und Atmosphäre in den studentischen Diskussionen zum Hochschulumbau darzustellen. Schließlich machte er im "libidinös gelebten Opportunismus"

eines großen Teils der ostdeutschen Hochschulangehörigen eine nicht unwesentliche Ursache für die gegenwärtig zu genießende Situation aus.

Marlies Dürkop, seit Juli d. J. Präsidentin der Humboldt-Universität, war kurz nach Syll gejetet gekommen und griff mit ihrem Beitrag ins prall konfliktgeladene hochschulpolitische Leben. Nureines an dieser Stelle: Frauenpolitisch, so meinte sie, seien die Abläufe eine einzige Katastrophe. Es fände sich beispielsweise beim Berufungsgeschehen ein durchgängiges Argumentationsmuster in bezug auf Bewerberinnen: "Sehr qualifiziert", "brillant" o.ä. sind zunächst immer die schmeichelhaften Einschätzungen. Doch dann das Aber: "Zu schmales OEuvre, zu spezialisiert, zu anwendungsorientiert".

Überstülpung?

Schließlich die Diskussion. Uli Jahnke (GEW Berlin) machte auf einen auffallenden Widerspruch aufmerksam: Einerseits werden tausende Ostdeutsche von ihren Arbeitsplätzen entlassen, gelten mithin als überflüssig. Andererseits arbeiten einige Westdeutsche in Ostdeutschland bis zum Umfallen - unter anderem an Orten, wo für die erwähnten Ostdeutschen kein Platz mehr ist.

Bezogen auf Strukturgestaltungen im Wissenschaftsbereich hielt Jahnke den Begriff *Überstülpung* für zu kurz greifend. Die Wissenschaftsunion sei in dem Augenblick gekommen, als *beide* Teilsysteme in

einer Krise steckten. Die Krisenbewältigung im Osten wurde mit traditionellen Mitteln versucht: Abwicklungen, Hochschulernerungs- bzw. ähnliche Gesetze, dann die Hochschulstrukturgesetze als latente Nach-Abwicklung und schließlich, als alles nicht richtig griff, die Einigungsvertragsänderung zur Verlängerung der "Mangels-Bedarf"-Kündigungsmöglichkeit.

Diese Traditionalität der Mittel transportierte den westdeutschen Strukturkonservatismus in den Osten. Mehr erst einmal nicht. Folglich sind nur die beiden Krisen zweier verschiedener Teilsysteme zu *einer* Krise vereinheitlicht worden.

Bestandsaufnahme DDR-Hochschul- und Forschungssystem

Angeregt wurde, nun doch endlich einmal die tatsächlichen Vorzüge in Organisation und Struktur des DDR-Hochschul- und Forschungssystems zu formulieren. Es

scheint dies durchaus sinnvoll: Wenn es nostalgiefrei, nachvollziehbar und zusammenfassend, also für die tägliche Arbeit nutzbar geschieht. Es sollte sich zudem auf

die Aspekte konzentrieren, die möglicherweise auch außerhalb des ursprünglich beheimatenden Systems hilfreich sein könnten.

Überlegenswert ist, welche Schrittfolge in diesem Zusammenhang Wolff-Dietrich Weßler vorschlug. Erster Schritt der Analyse: Beantwortung der Frage, was ohnehin im DDR-Hochschulwesen hätte verändert werden müssen. Zweiter Schritt: Herausarbeitung dessen, was als vorteilhaft dort bewertet werden kann. Und schließlich: In der gesamtethischen Betrachtung von ost- und westdeutschem Hochschulsystem die Suche nach dem gleichsam "dritten Weg".

Eine weitere Veranstaltung befaßte sich mit der vormaligen Akademieforchung bzw. Forschungsstrukturen im Osten im allgemeinen. Falk Fabian, Geschäftsführer des Forschungsverbundes Berlin e.V., stellte diese neuartige Form institutioneller Forschungsförderung vor (vgl. *hso* 9/1992, S. 43f.). Charles Meiß (Wissenschaftszentrum

DSW-Konferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung von Studierenden in Europa

Derzeit wird in den Mitgliedstaaten der EG das Memorandum zur Hochschulbildung diskutiert. In der Hoffnung, diese Diskussion in einen gemeinsamen Kanal für die EG-Kommission zu leiten, lud das Deutsche Studentenwerk vom 9.-11. September 1992 Vertreter der Hochschulpolitik aus allen EG- und Efta-Staaten zu einer "europäischen Konferenz über die wirtschaftliche und soziale Förderung von Studierenden ein".

Ziel der Konferenz war es, die Kontaktaufnahme aller Kräfte in Europa, die in irgend-

Berlin) erntete Heiterkeit, als er seinen Beitrag mit einem Zitat von Frank Terpe einleitete. Der war letzter Forschungsminister der DDR. 1990 hatte er im Zusammenhang mit der Akademie-Evaluierung eine bewahrenswerte Sentenz formuliert: "Man muß an etwas glauben, und ich glaube an die Fairneß und die vaterländische Gesinnung unserer westdeutschen Partner."

Solche Bonmots wirken ansteckend. Gerd Köhler (GEW-Hauptvorstand) faßte flugs die Gesamtproblematik in folgendem Satz zusammen: "Für abgehangte Wagen ist schwer, die Geschwindigkeit der Lokomotive wieder zu erreichen, wenn es nicht bergab geht."

Die Beiträge der Sommerschule erscheinen in einem Protokollband, der von der GEW herausgegeben und in *hochschule ost* zu gegebener Zeit angezeigt wird.

Pas Ternack (Leipzig)

einer Weise die studentische Mobilität - das war nämlich das große Zauberwort drei Tage lang - fördern, anzuregen bzw., wo dies schon passiert ist, nun seinerseits zu fördern und Empfehlungen für die EG-Kommission zu erarbeiten.

Das das "Mitbringen" von Studenten erlaubt war, Deutschland, Frankreich und Dänemark dies sogar verwirklicht hatten, war es erfreulicherweise der Fall, daß ab und zu mal nicht über Studenten als Abstraktum geredet wurde, sondern mit leibhaftigen.

Denn das fällt mit immer häufiger auf, daß ein Großteil der durchaus liebevollen und besorgten Fürsprecher für Studenten wesentlich lieber über die lieben Kleinen reden, und das Thema Mitwirkung von Studierenden, wenn es denn konkret wird, wie eine heiße Kartoffel anfassen.

Jedenfalls stimmen alle quasi-erwachsenen Teilnehmer darin überein, daß eine Mitwirkung der Studierenden in Sachen soziale und wirtschaftliche Förderung durchaus wünschenswert sei. Ja - der spanische Vertreter meinte gar, daß dies in Spanien schon hinreichend realisiert sei, immerhin setze sich der Sozialrat dort zu 15% aus Studenten, zu 25% aus Personal und 60% Hochschullehrern zusammen. Kann man nur dagegenhalten, daß in - nein, nein nicht Deutschland, sondern Finnland im Darlehenskomitee drei Studierende und drei Hochschullehrer entscheiden. - Zum Beispiel.

Hauptthema der Konferenz war also der Vergleich der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen der EG-Länder. Quintessenz für mich war dabei: Es gibt hier und da gute Ansätze, aber jedes System hat seine Haken.

So gibt es zum Beispiel ein geniales System, sogenannte Klippkortet, in Dänemark. D.h. jeder Student bekommt zu Studienbeginn Wertmarken nach der Anzahl der Kursmonate (Regelstudienzeit, üblicherweise 58 Chips + 12 Sonderchips), die dann eingelöst werden können. Diese Chips kriegt jeder, unabhängig von Alter und Elterneinkommen. Das Geniale daran ist, daß mensch sich die Chips einteilen kann, wie er/sie das will. Wer also beispielsweise für einige Zeit weniger Geld braucht oder einen guten Job hat, spart die Chips für die harten Zeiten. Der Nachteil ist, daß das erhaltene Geld eine Mischung aus Zuschuß und Dar-

lehen ist und das Darlehen während der Studienzeit mit 4% und nach dem Studium mit 10% verzinst wird.

In Holland gibt es zwar seit 1986 ein elternunabhängiges Grundstipendium für Studierende unter 27 Jahren, das jedoch den Haken hat, daß von den 28000-38000 Gulden 2000 Gulden Studiengebühren bezahlt werden müssen. Was mensch darüber hinaus benötigt, schöpft er/sie aus einem bis zu 3000 Gulden hohen Darlehen, das mit 11% verzinst ist. Durchaus nachahmenswert ist der Travelpaß, mit dem in Holland für 780 Gulden Studierende im öffentlichen Verkehr frei fahren.

In Großbritannien erhalten elternabhängig (aber altersunabhängig) Studierende einen Zuschuß (ab Elterneinkommen von über 35000 £ nichts mehr) und alle Studierende unter fünfzig (!) ein elternabhängiges Darlehen. Beides nur für den ersten Studiengang. Mit diesen Zuwendungen werden laut Statistik 65% der Lebenshaltungskosten abgedeckt. Das Darlehen ist mit 4% verzinst. Dies also zum Für und Wider einiger Systeme.

Wie die Vertreterin der EG-Kommission betonte, sollen die verschiedenen Systeme auch nicht harmonisiert werden, und überhaupt sei die EG in diesem Falle nur Kooperator und nicht Zahlmeister. Auf jeden Fall sei höhere Bildung heutzutage im Wirtschaftsleben wichtiger denn je, ein Beruf sei das Ziel der Hochschulbildung. Das erschreckte mich. Obwohl es ja kein Geheimnis ist, daß die EG ein recht marktorientiertes Unternehmen ist, bin ich doch wieder entsetzt, wie rein arbeitsmarktorientiert sämtliche Überlegungen sind.

Und so sieht es denn auch bei der studentischen Mobilität - oh Zauberwort - kaum danach aus, daß durch die EG, so würde ich

es mir jedenfalls vorstellen, multilaterale Abkommen koordiniert werden, die es Studierenden ermöglichen, einerseits die, wenn vorhandene, Ausbildungsförderung des eigenen Landes mit ins Gastland "zu nehmen", andererseits im Gastland die dortigen Vergünstigungen (Mensen, Wohnheime etc.) in Anspruch zu nehmen. Ein solches Abkommen gibt es beispielsweise zwischen Deutschland und Frankreich seit 1980.

Die EG-Kommission wird indessen weiterhin ihr Augenmerk darauf richten, Austauschprogramme wie Erasmus, Lingua etc. zu organisieren, obwohl das, so befürchten sogar einige Konferenzteilnehmer, eine Elitenbildung provozieren könne.

In die Empfehlung an die EG-Kommission wurden Forderungen aufgenommen wie:

- nicht Harmonisierung, sondern Konvergenz der Systeme
- Durchführung einer europäischen Sozialerhebung
- und natürlich viel mehr Geld von überallher (EG, nationale und regionale Ebene).

Zum Fazit der Konferenz möchte ich mal sagen, daß, wie bei den letzten Studentenkongressen, natürlich nichts Weltbewegendes verändert wurde. Gut an der Sache war, daß der Informationsfluß wieder ein Stück ins Laufengekommen ist, und das ist ja wohl nicht unwichtig, wenn etwas bewegt werden soll, daß mensch voneinander weiß.

*Constanze Kugge (Jena)
(Die Autorin studiert Theologie in Jena und ist Vizepräsidentin des Deutschen Studentenwerkes)*

Knappheit kreativ genutzt: Know-how aus dem Osten

Der Materialknappheit ein Schnippchen zu schlagen war eine in der Ex-DDR hochentwickelte Fähigkeit. Fehlplanungen und Devisenknappheit nötigten zum sparsamen und gewitzten Umgang mit den jeweils vorhandenen Ressourcen. So trieb man denn auch vielfach die Entwicklung neuer Technologien unter dieser aktuellen Zielsetzung voran.

Bei der Entwicklung neuer Technologien war man in der ehemaligen DDR vornehmlich auf sich selbst gestellt: Gesamte Technologiefelder wurden in Eigenregie bearbeitet, Zukäufe von Know-how waren kaum möglich, an der internationalen Arbeitstei-

lung konnte man nicht partizipieren, der Profit von Spezialisierungen fiel aus. Andererseits schulte der Zwang zu hausgemachten Komplettlösungen das Systemdenken und den Blick für Synergien.

Interessante Frage: Wie können diese Kreativpotentiale der DDR-spezifischen Technologiekultur zur Bewältigung aktueller westlicher Knappheitsprobleme - deren Ursache indes eher im Überfluß liegen - genutzt werden?

Ein Beispiel: Die Forschungserfahrungen auf dem Gebiet der Elektronenstrahl- und Plasmatechnologie am einstigen Institut von

Manfred von Ardenne in Dresden. Dort entwickelte man unter anderem Beschichtungstechniken für Kunststofffolien mit dem Ziel, den Materialverbrauch bei der Herstellung zu senken, die Folien wiederverwerten zu können und damit einen Beitrag zur Ressourcenschonung und Beseitigung des Müllnotstandes zu leisten.

Vor mehr als 20 Jahren etablierten die Dresdner Forscher in diesem Institut die Elektronenstrahltechnologie als Forschungsfeld - mit dem Schwerpunkt der Nutzung ihrer thermischen Wirkung. Einschließlich des Baus von Geräten wuchs sie nach und nach für alle industriellen Einsatzbereiche zur Anwendungsreife heran.

Die Palette reicht von Elektronenstrahlschmelzen, -schweißen und -härten über weitere Verfahren der Oberflächenmodifikation bis hin zum Elektronenstrahlbeschichten, unter anderem auch in Kombination mit Plasmaverfahren. Auf diesem Gebiet spricht man sich in Dresden eine innerhalb Europas führende Rolle zu.

Unter der Leitung von Professor Dr. Siegfried Schiller, dem einstigen Ardenne-Stellvertreter, wurde aus dem Dresdner Institut Anfang dieses Jahres die Fraunhofer-Einrichtung für Elektronenstrahl- und Plasmatechnik (FEP). Schon unmittelbar nach der Wende hatte man aber begonnen, sich nach zukunftssträchtigen neuen Anwendungsfeldern des angestammten Wissens umzusehen. Man startete das Experiment, Kunststofffolien mit Silizium zu beschichten, ein Verfahren, das seit geraumer Zeit bereits in Japan erprobt wird. [...]

Ein weites Feld, bei dessen Bearbeitung man die Vorteile der Verbundforschung nutzen will. Deshalb wurden Kontakte zum Fraunhofer-Institut für Lebensmitteltechnologie und Verpackung (ILV) in München und

zu entsprechenden Industrieverbänden und Unternehmen geknüpft. Bezogen auf die bisher gewonnenen Resultate, die dabei gemachten Erfahrungen und die hausgemachte gerätetechnische Ausstattung sieht man sich in Dresden gut gerüstet für die neuen Aufgaben. Einmal deswegen, weil man über Pilotanlagen verfügt, an denen man industrietypische Prozesse simulieren kann. Eine 800 Millimeter breite Folienbeschichtungsanlage zum Beispiel, an der das Elektronenstrahlverfahren in Echtzeit optimiert werden kann. Zum zweiten, weil man im Zuge der Experimente mit SiO₂ Erkenntnisse der Prozeßsteuerung gewonnen hat, die auf Beschichtungen mit anderen Materialien übertragbar sind. Und last but not least verfügt man auch über das know-how, um die hohe Qualität, die man beim plasmagestützten Beschichten, beim sogenannten Magnetron-Sputtern, erzielt hat, mit der hohen Produktivität elektronenstrahlgestützter Beschichtung zu kombinieren. Dieser Synergieeffekt bildet die Basis für eine Bedampfung mit Mischoxiden, bei der man die Nase vor den Japanern wieder ein Stück vorn hat.

Zum zweiten Beispiel für die Findigkeit der DDR-Forscher: Die Zelluloseforschung. Am ehemaligen Institut für Polymerenchemie "Erich Correns" der Akademie der Wissenschaften in Teltow bei Berlin wurde sie in umfangreicher Weise betrieben. Einer der Gründe: Viskosefasern mit baumwollähnlichen Qualitäten zu entwickeln, als Konkurrenz zur Baumwolle. Weitere Produkte als Ergebnis dieser grundlegenden Forschung waren Perzellulosen auf Viskosebasis, die als Puder bei großflächigen Wunden den Verband ersetzen oder Proteine aus dem Blutplasma "aufsaugen" und so zum Beispiel bei der Therapie schwerer Fettstoffwechselstörungen zum Einsatz kommen. Ebenfalls aus den Erfahrungen mit dem Verarbeitungsprozeß von Viskose

geboren: Hohlfasern, die bei der Blutwäsche in künstlichen Nieren verwendet werden.

An dem 1949 als Institut für Faserforschung gegründeten Institut widmete man sich seit Ende der 60er Jahre der Erforschung neuer Einsatzfelder natürlicher Polymere, zunächst der Zellulose, seit 1992 dann auch der Stärke als sogenannt nachwachsendem Rohstoff. Die diesbezüglichen Forschungsarbeiten sind in das gleichnamige Förderprogramm des BMFT eingebunden, werden aber auch im Rahmen bilateraler Industrieverträge realisiert. Sie sind ein Vorhaben der seit dem 1. Januar 1992 bestehenden Fraunhofer-Einrichtung für Ange-

wandte Polymerforschung (IAP) in Teltow-Seehof.

"Aufgrund der Bestrebungen, hochwertige Produkte aus Zellulose herzustellen, haben wir einen, gemessen an westlichen Ländern, unüblichen Forschungsaufwand betrieben, der insbesondere in einer engen Verzahnung von chemischer und physikalischer Grundlagenforschung bestand - das ist jetzt unser Wettbewerbsvorteil", hebt Prof. Dr. Heinz Zimmermann, kommissarischer Leiter des IAP, dessen Stärken hervor. [...]

Ulrike Fischer
(aus: *Der Fraunhofer 2/1992*)

MPG-Vorträge in den neuen Bundesländern - Arbeitsgruppen im Ostteil Berlins eingeweiht

Neun als Universitäten ausgewiesene Hochschulen gab es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Seit der Wiedervereinigung ist in den neuen Bundesländern die Universität Potsdam hinzugekommen. An sechs dieser Universitäten präsentierte sich die Max-Planck-Gesellschaft im Vorjahr mit Vortragsveranstaltungen, im Frühjahr 1992 folgten Vorträge in Chemnitz, Magdeburg und Potsdam.

Den diesjährigen Reigen eröffnete am 25. Mai Frau Prof. Renate Mayntz vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in einem Vortrag an der TU Chemnitz. Diese bisher vor allem natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Universität soll künftig, so Rektor Prof. Günter Hecht in seiner Begrüßungsansprache, auch den Geistes- und Sozialwissenschaften offenstehen. Dies könnte dazu beitragen, ein "wechselseitiges Lernen von Geistes- und

Naturwissenschaften" anzuregen und damit einen Prozeß in Gang zu setzen, der es der TU ermöglicht, "ihre eigene Identität und Potenz" einzubringen.

Ein Vortrag aus dem Bereich der Sozialwissenschaften war denn auch Thema der Wahl in Chemnitz: Frau Prof. Mayntz sprach über "Moderne Naturwissenschaft und Gesellschaftsverständnis: Was können die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften lernen?" Die Naturwissenschaft, so die Kölner Gesellschaftsforscherin, habe schon immer von ihrer methodischen und inhaltlichen Seite her den Sozialwissenschaften als Vorbild gedient. Heute seien es besonders die Modelle der nichtlinearen Systemdynamik, die zu dem "Angebot" gehörten, für das die Sozialwissenschaftler Interesse zeigten. Diese Modelle beschäftigen sich mit den Prozessen der spontanen Ordnungsbildung - dem auf einem Ordnungs-

verlust folgenden Phasenübergang zu einem neuen stationären Zustand fern vom Gleichgewicht.

Solche naturwissenschaftlichen Theorien seien geeignet, zu einer neuen Sichtweise sozialwissenschaftlicher Probleme anzuregen. Von einer Übernahme derartiger Theorien könne allerdings keine Rede sein. Vielmehr gingen ernstzunehmende Übertragungsversuche nur von einer verallgemeinerten Version der naturwissenschaftlichen Theorie aus und benutzen sie dann für die eigenständige Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften.

Am 26. Mai folgte eine Vortragsveranstaltung der MPG an der TU Magdeburg - einer Alma mater, die 1953 als Hochschule für Schwermaschinenbau gegründet, 1961 in eine Technische Hochschule umgewandelt und schließlich 1987 in den Rang einer Technischen Universität erhoben wurde. Den Werkstoffwissenschaften, die an der nach "Otto von Guericke" benannte TU eine lange Tradition haben, so Prorektor Prof. Jürgen Dassow, soll künftig eine noch stärkere Rolle zugewiesen werden. Deshalb nahm es nicht wunder, daß sich die TU einen Vortrag aus dem Bereich Materialforschung gewünscht hatte: Prof. Eduard Arzt vom Stuttgarter Max-Planck-Institut für Werkstoffwissenschaft sprach zum Thema: "Vom Triebwerk zum Mikrochip - über die Grundlagen neuer Materialentwicklungen".

Für die Entwicklung leistungsfähiger Triebwerke und Gasturbinen werden Werkstoffe benötigt, die den Belastungen bei hohen Temperaturen ohne Festigkeitsverlust standhalten. Aber auch für moderne elektronische Bauelemente muß man heute auf Materialien zurückgreifen, die nach den Prinzipien der Hochtemperaturfestigkeit gestaltet sind: Mit der zunehmenden Miniatur-

isierung wächst die mechanische und thermische Belastung der metallischen Komponenten (Leiterbahnen z. B.) solcher Bauelemente stark an.

Um die Hochtemperaturfestigkeit von Werkstoffen zu erhöhen, wird gegenwärtig u. a. die sogenannte Dispersionshärtung angewandt: Man lagert feinverteilte keramische Partikel in das Metall ein. An diesen Teilchen kommt die Bewegung von Kristallbaufehlern (Versetzungen), die normalerweise festigkeitsmindernd wirkt, zum Stillstand. Selbst bei hohen Temperaturen funktioniert dieser Blockiermechanismus noch: Zwar überwinden die thermisch aktivierten Versetzungen in diesem Fall die Hindernisse, doch bleiben sie, wie Prof. Arzt und Mitarbeiter zeigen konnten, an der Rückseite der Partikel "kleben" und werden so unschädlich gemacht.

Den Abschluß der Vortragsreihe bildete am 15. Juni die Veranstaltung an der Universität Potsdam. Magnifizenz Prof. Rolf Mitzner hob in seiner Begrüßung hervor, daß man sich in Potsdam in der glücklichen Lage befinde, die Forschungskapazität von Instituten der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR mit dem Neuaufbau der Universität verbinden zu können. Zum Beispiel in der Form der vier befristeten Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft, die aus früheren Akademieinstituten hervorgegangen und nun an der Universität etabliert worden seien, wo sie inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Referentin Potsdam war Prof. Dieter Oesterhelt vom Martinsrieder Max-Planck-Institut für Biochemie; unter dem Titel "Schalten zwischen Rot und Gelb" berichtete er über "ein Bakterienpigment als Informationsspeicher" - und zwar das von ihm untersuchte "Bakteriorhodopsin", dem die in Salztümpeln lebenden Halobakterien ihre purpurrote

Färbung verdanken. Wenn dieses Pigment von Licht getroffen wird, ändert es vorübergehend seine chemische Struktur und damit seine Farbe - es wird gelb. Das Pigment wirkt also wie ein biologischer Schalter, der zwei Zustände - purpurrot und gelb - einnehmen kann. Durch genetische Eingriffe läßt sich das Material so verändern, daß es auch als Langzeitspeicher genutzt werden kann: Es kehrt dann nicht von selbst, sondern erst bei Belichtung mit einer geeigneten Wellenlänge aus dem gelben in den purpurroten Zustand zurück. Auf diese Weise erhält man einen Informationsspeicher auf biologischer Grundlage, der sich vielleicht eines Tages bei Bau von optischen Computern einsetzen läßt.

An der Humboldt-Universität zu Berlin gab es dagegen keine Vortragsveranstaltung. Der Grund: Im Westteil Berlins existieren mehrere Max-Planck-Institute, die MPG aber wählt für ihre Präsentation immer Städte, in denen sie nicht durch Max-Planck-Institute vertreten ist (wobei MPG-Präsident Prof. Zacher stets viel Beifall bekommt, wenn er darauf hinweist, daß es sich bei diesen Städten natürlich um solche handelt, die *noch* kein Max-Planck-Institut beherbergen).

Dennoch stellte sich die Max-Planck-Gesellschaft auch hier vor: Am 15. Juni wurden die beiden befristeten Institutsaußenstellen im Ostteil Berlins und die acht an der Humboldt-Universität ebenfalls befristet eingerichteten Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft eingeweiht. Die kleine Feierstunde im Auditorium maximum wurde zu einer Stunde des Dankes. MPG-Präsident Prof. Hans F. Zacher bezog die Max-Planck-Institute, von denen die Initiativen zur Errichtung dieser Arbeitsgruppen ausgegangen waren, ebenso in seinen Dank ein wie die Finanzierungsträger sowie das Land Berlin und die Humboldt-Universität, einschließlich ihres Rektors Prof. Adolf Zschunke.

Sein besonderer Dank aber galt den kommissarischen Leitern der beiden Institutsaußenstellen (Prof. Klaus Pinkau vom MPI für Plasmaphysik und Prof. Gerhard Haerendel vom MPI für extraterrestrische Physik), die zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben eine zweite Funktion auf sich genommen hätten. Ebenso dankte Prof. Zacher den Leitern der Arbeitsgruppen, die sich auf den "erfahrungslosen Typ" der MPG-Arbeitsgruppen eingelassen hätten. Seine Ansprache schloß Prof. Zacher mit einem Blick in die nahe Zukunft: "Am Ende des Jahrzehnts wird die Zugehörigkeit der Arbeitsgruppen zur Max-Planck-Gesellschaft gute Geschichte - aber eben Geschichte - gewesen sein."

Der Berliner Wissenschaftssenator Prof. Manfred Erhardt brachte den Stolz der Stadt auf die neuen Einrichtungen - "das ist ein guter Tag für Berlin" - zum Ausdruck und dankte der Max-Planck-Gesellschaft dafür, daß sie auf so vorbildliche Weise für die Umsetzung der Evaluierungsempfehlungen des Wissenschaftsrates gesorgt habe.

Das gesamte Engagement der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern würdigte auch Ministerialdirigent Volker Knoerich vom Bundesministerium für Forschung und Technologie. Der MPG seien besondere Aktivitäten in den neuen Ländern abverlangt worden und dies in Zeiten, die sich durch eine schwierige Finanzsituation auszeichneten. Dies führte mit zu Belastungen in den alten Ländern, zumal die Zuwendungsgeber auch 1993 nicht allen Anforderungen der MPG zur Finanzierung des Engagements nachkommen könnten. In der Vergangenheit habe die MPG jedoch ihre finanziellen Spielräume stets optimal genutzt: Durch Umverteilung von Ressourcen sei sie ihrer hohen Verantwortung für die autonome Grundlagenforschung und innovative Spitzenforschung gerecht geworden.

Mit Kurzpräsentationen der Außenstellen und Arbeitsgruppen ging die Feierstunde zu Ende. Hierbei wies Prof. Klaus Pinkau, der kommissarische Leiter der Berliner Außenstelle des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, darauf hin, daß an den Instituten der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR, aus denen die Außenstellen hervorgingen, gute Physik betrieben worden sei. Dies habe die Scientific Community auch gewußt. Dr. Roland Zim-

mermann, Leiter der Arbeitsgruppe "Theorie dimensionsreduzierter Halbleiter" fügte hinzu, daß die erzwungene Isolation der Wissenschaftler in der ehemaligen DDR nur dadurch zu überwinden war, "daß einige Wissenschaftler aus dem Westland trotz aller Schwierigkeiten Kontakte zu ihnen gesucht und gefunden hätten".

Michael Globig (München)

MPG: Gründung eines "Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen"

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft beschloß auf seiner Sitzung in Dresden am 4. Juni 1992, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung, ein "Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen" in den neuen Bundesländern zu gründen. Gegenstand dieses, auf einen Vorschlag aus den Reihen der MPG zurückgehenden Instituts soll die Untersuchung von Wirtschaftssystemen unter dem Aspekt ihrer Transformation und Integration sein. Diesem Forschungsgebiet kommt nach Ansicht der Fachwissenschaft eine grundlegende und nicht nur vorübergehende Bedeutung zu. Insbesondere im Hinblick auf den politisch herbeizuführenden Wandel von verschiedenen Erscheinungsformen sozialistischer Wirtschaftssysteme zu Marktwirtschaften besteht ein Forschungsdefizit (die Wissenschaft beschäftigte sich bisher vorwiegend mit Abläufen innerhalb gegebener Wirtschaftssysteme). Es mangelt aber z. B. auch an generellen Erkenntnissen über den Wettbewerb zwischen Wirtschafts- und Regulierungssystemen, da die Wettbewerbstheorie sich bislang auf Marktprozesse konzentriert hat.

Arbeitsbereiche des neuen Max-Planck-Instituts könnten sein:

- Vergleichende Analyse der Systemtransformation und des Systemwettbewerbes, einschließlich der typischen Eigenschaften von Übergangswirtschaften,
- Analyse des Ablaufs evolutionärer und revolutionärer Änderungen von Wirtschaftsordnungen,

- ordnungs- und institutionstheoretische Analysen des permanenten Wandels, der Wirtschaftssysteme kennzeichnet, und der Ordnungsprobleme, die bei der europäischen Integration und der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung auftreten.

Als Wissenschaftler, die als künftige Institutsdirektoren in Frage kommen, wurden drei herausragende Volkswirtschaftler in Betracht gezogen: Prof. Alfred H. Schüller, Universität Marburg, für den Bereich vergleichende Analyse der Systemtransformation und des Systemwettbewerbes; Prof. Hans Werner Sinn, Universität München, für den Bereich Ablauf und Analyse der Transformation und Integration von Wirtschaftsordnungen; und Prof. Manfred E. Streit, Universität Freiburg, für den Bereich ordnungs- und institutionstheoretische Analysen von Systemwandel und Integration.

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft hat sich dafür ausgesprochen, daß die für die neuen Bundesländer vorgesehenen Institutsgründungen - neben dem "MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen" auch die schon im März beschlossenen Institute für Infektionsbiologie und die molekulare Pflanzenphysiologie - nur vollzogen werden, wenn ihre Finanzierung langfristig durch zusätzliche Mittel der Finanzierungsträger sichergestellt ist.

Michael Globig (München)

Ortleb: Studienanfänger werden immer älter

Bei fast 60 Prozent der Studienanfänger verzögert sich die Aufnahme ihres Studiums. Sie beginnen meist erst zwei bis drei Jahre nach dem Schulabschluß mit der Hochschulausbildung. Stationen auf dem Weg zur Hochschule sind hauptsächlich Wehr- und Zivildienst, Berufsausbildungen, Praktika und Auslandsaufenthalte. Das Durchschnittsalter bei Studienbeginn beträgt damit jetzt 22 Jahre. Etwa 20 Prozent der Erstmatrikulierten ist sogar 25 Jahre oder älter. Das belegt eine von der Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH durchgeführte und vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft geförderte Befragung von 10300 Studienanfängern. Die jährlich durchgeführte Untersuchung bezog zum zweiten Mal die Studienanfänger der neuen Länder mit ein.

"Das Durchschnittsalter der Studienanfänger läge noch höher, wenn das Abitur in den neuen Bundesländern nicht bereits nach 12 Schuljahren erreicht würde", erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Rainer Ortleb, am Mittwoch (2. September 1992) in Bonn. Um im internationalen Vergleich nicht hinterherzuhinken, so Ortleb, sei es im Blick auf den Europäischen Binnenmarkt 1993 notwendig, endlich Maßnahmen zur Senkung des Berufseintrittsalters in Deutschland zu ergreifen. Das Kriterium "kurze Studienzeiten und günstige Berufsaussichten nach dem Studium" habe leider nur bei der Hochschulwahl nur

für die Abiturienten, die ein Fachhochschulstudium aufnehmen, größere Bedeutung.

Die Wanderungsbewegungen der Studienanfänger zwischen den alten und neuen Ländern haben zugenommen. Rund sechs Prozent der Studienanfänger in den neuen Ländern stammen aus den alten Ländern, umgekehrt kommen zwei Prozent der Studienanfänger in den alten Bundesländern aus Ostdeutschland. Die Zahl der Studienanfänger 1991 ist im Vergleich zum Vorjahr um 16000 auf 265000 (230.000 West, 35.000 Ost) gesunken. In den neuen Bundesländern nahmen drei Prozent mehr Frauen als im Vorjahr ein Studium auf, während die Zahl der Männer dort um 16 Prozent zurückging.

Die Berufserwartungen sind in den alten Ländern günstiger als noch vor wenigen Jahren, wobei die Studienanfänger in den neuen Ländern optimistischer in die Zukunft blicken, als ihre Kommilitonen in Westdeutschland. Bei der Studienfinanzierung nimmt das BAföG speziell in den neuen Ländern einen beträchtlichen Stellenwert ein. Andere Finanzierungsquellen spielen noch eine geringere, aber zunehmende Rolle. In den alten Ländern besitzt der elterliche Zuschuß nach wie vor die größte Bedeutung.

(BMBW-PI)

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund teilte zur Nachfrage nach NC-Studienplätzen an ostdeutschen Hochschulen folgendes mit:

Die ZVS vergibt Plätze für Studienanfänger an ostdeutschen Hochschulen, ausgenommen die Humboldt-Universität Berlin, für die Studiengänge Biologie, Medizin, Pharmazie, Psychologie, Tiermedizin und Zahnmedizin. Das Verhältnis von vorhandenen Studienplätzen und jeweiliger BewerberInnen-Nachfrage für das Wintersemester 1992/93 sieht so aus:

Studienfach	Zulassungszahl	BewerberInnen
Biologie	352	300
Medizin	1650	1571
Pharmazie	266	411
Psychologie	265	688
Tiermedizin	124	135
Zahnmedizin	330	429
Insgesamt	2987	3534

The German Marshall Fund of the United States:

Stipendien für Wissenschaftler der neuen Bundesländer und Ost-Berlins für FORSCHUNGSPROJEKTE UND KONFERENZTEILNAHME IN EUROPA ZU THEMEN, DIE DIE USA ODER DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN USA UND EUROPA BETREFFEN

Zweck: Förderung des Austauschs von Erfahrungen und Informationen zwischen den Wissenschaftlern der neuen Bundesländer und Ost-Berlins und ihren amerikanischen und westeuropäischen Partnern zu Problemen der amerikanischen Politik, Wirtschaft, Geschichte und Gesellschaft. Zur Verfügung stehen pro Jahr etwa dreißig Stipendien für Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern und Ost-Berlin für Forschungsprojekte oder die Teilnahme an Konferenzen in den alten Bundesländern und Westeuropa zu den USA oder die amerikanisch-europäischen Beziehungen betreffenden Themen.

Höhe der Stipendien: Bis 1000,- DM. Bei Teilnahme an Tagungen bzw. bei Aufenthalten an Universitäten oder Forschungseinrichtungen dient das Stipendium zur Finanzierung der Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung sowie notwendiger Gebühren und Materialien für den Zeitraum zwischen zwei und acht Tagen. In einigen Fällen wird das Stipendium nicht alle Kosten decken.

Bewerbungsvoraussetzungen: Antragsberechtigt sind promovierte Wissenschaftler an Universitäten und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin, die eine der folgenden Einladungen erhalten haben:

- a) Teilnahme an einer Konferenz, die von einer Universität oder Forschungseinrichtung in den alten Bundesländern und Westeuropa veranstaltet wird und Probleme der USA und/oder die Beziehungen zwischen den USA und Europa zum Inhalt hat,
ODER
- b) Forschungstätigkeit an einer Universität oder Forschungseinrichtung in den alten Bundesländern oder Westeuropa zu Problemen der USA und/oder der Beziehungen zwischen den USA und Europa

Bewerbungsunterlagen: Für dieses Programm gibt es kein spezielles Antragsformular. Jeder Antrag muß folgendes enthalten:

- 1. Ein Begleitschreiben des Antragstellers mit Erläuterung seiner Rolle in der Konferenz
ODER

ein Begleitschreiben des Antragstellers mit Erläuterungen zu seinem Forschungsprojekt einschließlich einer Begründung, warum die Forschungstätigkeit in der betreffenden Einrichtung durchgeführt werden soll.

2. Einen tabellarischen Lebenslauf.

3. Eine Einladung auf offiziellem Briefkopfpapier des Ausrichters der Konferenz mit einer Erläuterung, warum die Teilnahme gewünscht wird, Angaben über Datum und Zweck der Tagung, vorläufiger Tagesordnung und, soweit möglich, einer Liste der zu erwartenden Teilnehmer,

ODER

Eine Einladung der Universität oder Forschungseinrichtung, an der der Antragsteller die Forschungstätigkeit durchzuführen beabsichtigt.

4. Ein Empfehlungsschreiben eines ranghöheren Wissenschaftlers.

5. Eine kurze Beschreibung der Einrichtung, der der Antragsteller angehört.

Aus ihr soll folgendes ersichtlich sein:

- Geschichte und gegenwärtiger Status der Einrichtung. Wird sie umgewandelt oder aufgelöst? Wie ist in diesem Fall ihr gegenwärtiger Status, und welchen Status könnte sie nach der Umwandlung haben?

- Die Stellung des Antragstellers innerhalb der Einrichtung. Sofern sich die Einrichtung in einer Übergangsphase befindet, welchen Status hat der Antragsteller zur Zeit, und welchen Status wird er voraussichtlich in der umgewandelten Einrichtung haben?

ANMERKUNG: Diese Angaben sind vertraulich und haben keinen negativen Einfluß auf die Entscheidung des German Marshall Fund of the United States.

6. Eine Übersicht, aus der die geschätzten Kosten des geplanten Projekts hervorgehen.

Bewerbungsfrist: Die vollständigen Bewerbungsunterlagen müssen spätestens sechs Wochen und frühestens sechs Monate vor Tagungsbeginn oder dem geplanten Reise-termin beim Berliner Büro des German Marshall Fund eingehen. Die Unterlagen werden innerhalb von vier Wochen bearbeitet.

Bitte beachten Sie:

- Gegenstand der Konferenz oder Forschungstätigkeit müssen Aspekte der Politik, Wirtschaft, Geschichte oder Gesellschaft der USA oder entsprechende Themen der Beziehungen zwischen den USA und Europa sein.

- Für eine Tagung werden maximal drei Stipendien zur Verfügung gestellt.

- Innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren kann einem Antragsteller nur ein Stipendium gewährt werden.

- Die Gewährung eines Stipendiums im Rahmen dieses Programmes setzt voraus, daß der Antragsteller eine vom Fund vorbereitete Erklärung unterzeichnet und damit versichert, keine Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit oder Amt für nationale Sicherheit der früheren DDR unterhalten zu haben.

Anträge sind an folgende Adresse zu richten:

The German Marshall Fund of the United States
Kennwort: Conferences and Research: New German Länder
Clara-Zetkin-Straße 112
D-1080 Berlin

Telefon: West-Berlin (030) 3916201, Ost-Berlin (002) 2299202

Telefax: West-Berlin (030) 3916433, Ost-Berlin (002) 2291292

Selbstreinigung oder Selbstzerfleischung? Zwischenbilanz der "Hochschulrenewierung Ost"

Eine gemeinsame Arbeitstagung der bildungspolitischen Kommission der ESG/
West und des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi e.V.)

30.10. - 1.11.1992 in der ESG Göttingen

Themen: Ost-westdeutscher Systemvergleich und Bilanz der Abwicklung * Die Sozialwissenschaften in der DDR * Perspektiven der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern * Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Durchsetzung alternativer Wissenschaftsansätze * Probleme studentischer Selbstverwaltung im Ost-West-Vergleich * Das westdeutsche Wissenschaftssystem in Aktion im Osten * Rückwirkungen der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft auf den Westen.

ReferentInnen: Thomas Ahbe (Leipzig) * Effi Böhlke (Berlin) * Monika Gibas (Leipzig) * Heidrun Jahn (Berlin) * Klaus Labsch (Berlin) * Wolfgang Nitsch (Oldenburg) * Peer Pasternack (Leipzig) * Wolf Rosenbaum (Göttingen).

Anmeldung: BdWi-Büro Bonn, Torsten Bultmann, Reuterstr. 44, W - 5300 Bonn, 0228/219946, oder ESG-Geschäftsstelle (West), Vera Klier, Tunisstr. 3, W - 5000 Köln 1, 0228/235427

Die GEW veröffentlichte ihr Semesterprogramm der GEW-Seminare für Studentinnen und Studenten. Zum Ost-Thema sind zwei Seminare angekündigt:

* Studieren in den neuen Ländern. Ein Erfahrungs- und Informationsaustausch. 12.-14.2.1993, Ort noch nicht feststehend.

* Geisteswissenschaften - Über Innen- und Außenansichten, über die "Denkschrift" und die Wissenschaftsratsempfehlung zu den Geisteswissenschaften in den neuen Ländern. 18.-20.2.1993 in Bonn.

Anmeldungen jeweils bis 11.1.93 an: GEW Hauptvorstand, Referat Hochschule und Forschung, z.Hd. Brigitte Eschenbach, Postfach 90 04 09, W - 6000 Frankfurt 90.

Die GEW übernimmt die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie An- und Abreise.

Anzeige

AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik
beim Parteivorstand und die
Fraktion im Abgeordnetenhaus von

P D S
B E R L I N

laden ein zur Konferenz
**Ausgangspunkte, Inhalte und Wege
alternativer Hochschulpolitik -
und Vorstellungen zur Novellierung des HRG.**

Wann? 21. November 1992, 10⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
22. November 1992, 9⁰⁰ - 15⁰⁰ Uhr

Wo? Berlin, Rathaus Schöneberg, Saal 0201
John.-F.-Kennedy-Platz, 1000 Berlin 62

Teilnahmebedingung? Einen kreativen Kopf mit Ideen!

Fragen bitte richten an: Wolfgang Girnus, PDS-Parteivorstand, PF 100, O-1026 Berlin



WARUM MANCHE GEHEN MÜSSEN...

Fakten zum Wandel an Sachsen-Anhalts Hochschulen

Startschuß für die freiheitliche Entwicklung von Forschung und Lehre in Sachsen-Anhalt war die Wiedervereinigung. Durch die Übernahme des föderalistischen Prinzips der Bundesrepublik entstanden sechs neue Bundesländer. Jedes Bundesland erhielt so seine eigene Kulturhoheit.

Die eigenverantwortliche Arbeit für Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt begann mit der Schaffung eines „Hochschulneuerungsgesetzes“. Es ist die Grundlage für alle Strukturveränderungen in Forschung und Lehre. Es ist aber auch die Grundlage für das künftige „Hochschulgesetz“.

Das Hochschulneuerungsgesetz verlangt, daß alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes persönlich integer sind. Der wachsende junge Staat braucht Mitarbeiter, die der Jugend unbelastet gegenüber treten können.

**Aber nicht alle sind unbelastet.
Was heißt belastet?**

Dazu heißt es im Hochschulneuerungsgesetz:

Kriterien, nach denen
Personalkommissionen über
Weiter- oder Nichtweiterbeschäftigung
entscheiden sollen (67, Abs.4):

1. Funktionen und besondere Aktivitäten in politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere Tätigkeiten in Bezirks-, Kreis- und hochschulbezogenen Gliederungen, Ausbildung und Tätigkeiten in Bildungsstätten, Tätigkeiten in Kaderkommissionen, Kampfgruppen und Disziplinausschüssen;
2. Die Beeinträchtigung der Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre, der Glaubens- und Gewissensfreiheit gegenüber Hochschulmitgliedern;
3. Die Förderung oder Benachteiligung von Hochschulmitgliedern aus wissenschaftsfremden, politischen und ideologischen Gründen;
4. Die Ausrichtung der eigenen wissenschaftlichen oder hochschulbezogenen Tätigkeiten an wissenschafts- und hochschulfremden Zielen.

Parteizugehörigkeit

**allein ist noch lange kein Grund
für eine Abberufung.**

Die Gründe sind so klar wie einfach:

- Verstöße gegen Grundätze der Menschlichkeit
- Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit

Verstöße gegen Grundsätze der Menschlichkeit und gegen die Rechtsstaatlichkeit hat jemand begangen,

- der Studenten in der Vergangenheit aus politischen, religiösen oder pazifistischen Gründen benachteiligt hat,
- der als IM Studenten und Dozenten denunziert hat,
- der im Auftrag der SED als Zensor das freie Wort in Forschung und Lehre verhindert hat,
- der aus ideologischen Gründen den gedanklichen und publizistischen Austausch mit dem westlichen Ausland verhindert hat,
- der Ex- oder Immatrikulationen aus politischen Gründen gefördert oder verhindert hat.

Niemand kann und wird pauschal verurteilt werden.

Jeder hat das Recht, seinen Fall so darzustellen, wie er wirklich ist, wenn die Personalkommission eine Abberufung empfohlen hat.

Warum gibt es keine Akteneinsicht?

Der Grund ist einfach: In jeder Akte sind unzählige Opfer und Beteiligte genannt, deren Persönlichkeitsrechte vom Staat geschützt werden müssen. Abrechnungsgelüsten und Erpressung wären anderenfalls Tür und Tor geöffnet. Das gilt jedoch nicht für Gesprächsprotokolle der Anhörung in der Personalkommission. Hier hat jeder betroffene Hochschullehrer das Recht auf Akteneinsicht.

Wer gehört zur Personalkommission?

Nach ausgiebiger öffentlicher Diskussion hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt 11 Personalkommissionen eingesetzt. Die Mitglieder der Kommission sind alle überprüft. Ihre Integrität ist unbestritten. Sie kommen von der Hochschule, aus dem Landtag und aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie z.B. der Kirche.

Eine traurige Bilanz

Rund ein Viertel aller Hochschullehrer in Sachsen-Anhalt ist belastet. Für 249 Professoren und Dozenten (von 970) empfiehlt die Personalkommission die Abberufung, in schweren Fällen sogar die sofortige Beurlaubung.



MWF Nr. 1 / 30. 06. 1992

Dies sind Daten und Fakten aus der Personaldiskussion
in Forschung und Lehre. Wenn Sie Fragen haben, schreiben Sie uns:
Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt
Postfach 4260, D-3040 Magdeburg

Flugblatt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung Sachsen-Anhalt

GELESEN

Manfred Riedel: Zeitkehr in Deutschland. Wege in das vergessene Land. Siedler Verlag Berlin 1991, 223 S. DM 34,-

In der ostdeutschen Wissenschaft vollzieht sich seit drei Jahren durchaus einigemaßen Dramatisches. Man möchte meinen, das irgendwie wiederfinden zu dürfen, wenn jemand ein Buch dazu schreibt. Dieses Buch aber ist noch nicht verfaßt (oder noch nicht erschienen). Was bislang vorliegt, strotzt bis auf wenige (Teil-)Ausnahmen vor Langatmigkeit und Bemühenheit. Wenn die Verfasser westdeutsch sind, wird uns zudem eine Einsicht zuteil, die manchen vielleicht ein wenig schadenfroh stimmt. Was den Ostdeutschen unablässig vorgeworfen wird, ist durchaus gesamtdeutsch verbreitet: Sentimentalität, nostalgische Neigung und Larmoyanz.

Mit beeindruckender Zähigkeit belegt dies ein 1991 bei Siedler Berlin erschienenes Buch von Manfred Riedel: "Zeitkehr in Deutschland. Wege in das vergessene Land". Der Autor hatte in den fünfziger Jahren zunächst in Leipzig Philosophie studiert, um 1956 nach Heidelberg zu wechseln. Seit 1971 ist er Philosophie-Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg.

1990 begibt er sich mehrmals auf Reisen in die DDR, dann die ostdeutschen Bundesländer. Dies nicht einfach so: "sondern

hermeneutisch: im Namen von Hermes, des Zeichendeuters, als erwünschter Bote und Fürsprecher eines anderen Denkens in der veränderten Welt." (S. 7) Dabei besteht, wenn die Lektüre des Buches nicht täuscht, die Welt für Manfred Riedel aus 1. Deutschland, 2. Europa und 3. Nietzsche. Das sind die Koordinaten, innerhalb derer er sich bewegt. Als Ableitungen von diesen dürfen dann noch zwei weitere Stichwortgeber auftreten: Heidegger und Bloch, "diese letzten deutschen Denker von europäischem Rang" (S. 8).

Doch wenn es nur die beschränkte Welt wäre: Es könnte ja wenigstens noch interessant zu lesen sein. Nur, der Autor bedachte nicht die Schwierigkeiten einer Tagebuchveröffentlichung. Denn ein Tagebuch ist es letztlich geworden. Lediglich sind die Niederschriften thematisch ein wenig sortiert. Jedoch: Die Dinge in einem zu publizierenden Tagebuch dürfen nicht nur ganz wichtig für den Autor selbst sein. Es muß sich auch für den Leser eine Spannung herstellen. Da darf nicht der Leser genötigt werden, sich durch dutzende Seiten Sentimentalität und Nichtigkeit quälen zu müssen: Um dann ab und an einmal auf eine bemerkenswerte Beobachtung, Bemerkung oder Darstellung zu stoßen.

Offenbar wurde auch Riedel selbst von solchen Zweifeln geplagt. Weshalb er stellenweise versucht, Banalitäten durch gekünstelte Überhöhung die Weihe philosophischer Reflexion zu verschaffen. Um heimlich freilich sicheren Schritts zurück zur Banalität zu finden: nun der des Denkens. - Aber gewiß: So etwas darf der Rezensent nicht nur flockig behaupten. Er muß es belegen. Alsdann, ein Beispiel:

"Es ist der Sturz in eine andere Zeit. Es ist, als stürzte die Zeit selbst ein; als ob ihr Einsturz den Sinn der Worte sprengen würde. 'Wahnsinn' stand bis zur Öffnung der Grenze für Zustände der Erregung, die den Verstand rauben; bei gesteigertem Erregungszustand bezeichnete das Wort die Geisteskrankheit, die der Philosoph Johann Gottlieb Fichte als 'Mißverhältnis zwischen den Sinnen und der Einbildungskraft' definierte, das den Menschen dazu verleitet, fortwährend Einbildung für Vorstellungen wirklich empfundener Gegenstände zu halten. Die Definition des Philosophen, im Jahrzehnt nach der Französischen Revolution von 1789 die große Leuchte der Jenaer Studentenschaft, ließ uns jetzt, zweihundert Jahre später, im Stich. Damit konnten wir uns nicht verständigen. Ich konnte mir den Doktoranden namens Fuchs aus Jena, der leibhaftig gegenwärtig auf meinem Sofa saß, nicht eingebildet haben, wie umgekehrt nicht bloß in seiner Einbildung, sondern für seine Sinne existierte. Nicht als Vorstellung eines wirklich empfundenen Gegenstands, wie sich versteht, sondern als mitempfindende Person..." usw. (S. 22) So kommt man schnell auf 220 Seiten.

Riedel beschreibt in dem Band zum einen Reisen nach und Begegnungen an den Universitäten in Jena, Halle und Leipzig. Zum anderen verfolgt er Kindheitserinnerungen und sucht Spurenelemente Nietzschea-

nischen Denkens und Lebens im sächsisch-thüringischen Raum.

Die Darlegungen sind vor allem unangenehm sentimental und im Stile weinerlicher Lyrik, wo es um lebensgeschichtliche Erinnerungen des Autors geht: *"Auf dem Dach der Klosterkirche aus dem 13. Jahrhundert erblicke ich eine etwa drei Meter hohe Birke; sie ist in den DDR-Jahrzehnten gewachsen. Noch einmal überkommt mich Trauer. Sie weicht nicht und hält mich im Anblick des Baumes zwischen Himmel und Erde gefangen."* (S. 42) - beispielsweise.

Wo der Lesende vielleicht meint, wenigstens analytisch geleitete Impression erwarten zu dürfen (immerhin wurde uns der Autor als Wissenschaftler vorgestellt), wird er enttäuscht. Es kommt bloße Deskription daher. Da sie aber doch gelehrt klingen soll, bleibt nur eines: Die historische Kontamination, und sei sie bisweilen noch so bemüht.

Auszunehmen sind hierbei manche Seiten, auf denen Riedel Besuche in Nietzsches Lebensstationen beschreibt: Naumburg, Schulpforta, Tautenburg bei Dornburg, Röcken, Jena. Da entstehen angenehm zu lesende Skizzen. Verknotet sind sie mit durchaus feinfühligem Versuchen, den Begründungszusammenhang im Denken des vielfach Mißverstandenen im Bezug auf die dem Buch den Anlaß gebende *Zeitkehr* zu rekonstruieren.

Ist allerdings eine Anmerkung zu den ablaufenden politischen Entwicklungen ohne solche Bezugnahme wirklich mal nicht zu vermeiden, dann kommt sie als gestelzte Belehrung daher. Etwa:

"Als europäische Deutsche und deutsche Europäer, die wir heute zu sein wünschen und künftig sein werden, sollten wir aus dem politischen Stimmengewirr die Ak-

zente der 'nationalen' wie der 'sozialistischen' Parteien (oder wie ihre Namen sonst lauten mögen) mit geschichtlich geschärftem Ohr heraushören und falsche Töne zurückweisen. Oder wir werden keine Zukunft haben. Auf Distinktion kommt es an. Den Abstand wahren und den Anfängen wehren..." (S. 91) und ähnlich Originelles.

Schließlich ist Riedel oft naiv und fehlerhaft, wenn es um die DDR geht (bzw., mit ihm zu sprechen, um das *"Zonengebiet, das sich 'Deutsche Demokratische Republik' nannte"* - S. 157). Die Fehler sind mitunter auch mehr als peinlich: Wenn etwa auf Seite 39 von der *"Ruine der Paulinerkirche"* in Leipzig geschrieben steht und auf Seite 43 über dieselbe Kirche: *"gesprengt, obwohl sie doch unversehr war"* (Hervorhebungen P.T.). Auf Seite 43 hat er recht.

Wo Riedel seine Besuche an DDR-ostdeutschen Universitäten beschreibt, erfahren wir zwar nichts Atemberaubendes. Aber bei aller Langatmigkeit erfahren wir doch Interessantes über die von ihm vorgefundene Atmosphäre. Er berichtet, worüber er dort Vorträge hielt. Angenehm überraschen ihn volle Hörsäle: damals nicht ungewöhnlich, wenn jemand aus dem Westen kam. Inzwischen hat sich das normalisiert. Unterrichtet werden wir darüber, wo er Aufbau-Ost-Hilfe leistete: "Thüringische Gesellschaft für Philosophie" in Jena, "Interessengemeinschaft Nietzsche e.V." in Halle/Saale, "Kuratorium Schloß Ettersburg" in Weimar.

Wen er traf und sprach, erfahren wir, auch wenn er schon kannte. Etwa Lothar Kreiser in Leipzig, der ihm *"das vertraute Du"* anbot, und dessen interessante Darstellung seines Verhaltens während des Bloch-Rauschmises Riedel kolportiert: *"der sich als ehemaliger FDJ-Sekretär am Institut für*

Philosophie gegen Bloch entscheiden mußte" (S. 36, Hervorhebung P.T.). Wogegen die Akten doch besagen: Mancher hätte gewiß lieber drauf verzichtet, sich die Finger bei dieser Sache schmutzig zu machen. Doch letztlich aber waren es eher Überzeugungen, wie auch immer zustande gekommen, die den Einzelnen leiteten, denn Zwang. Womit gar nicht so sehr das mittlerweile Wissenschaftsratsmitglied Kreiser kritisiert sein soll, das ja vielleicht wirklich die DDR in der inneren Emigration überstand. Vielmehr soll die verbreitete Art kritisiert sein, mit der durchaus kollektiv individuelle Verantwortung bewältigt wird: *Ich mußte doch!* Schlimm genug, wenn frühere Überzeugungen als solche, eben damalige, damit auch zeitgebundene, heute gelehnet werden. Doch dann muß man sich ja nicht noch kolportierend dran beteiligen.

Im letzten Abschnitt überrascht dann freilich das Buch doch noch. Dort liefert Riedel ausgezeichnete Porträts dreier Wissenschaftler, die für den Teil der DDR-Wissenschaft außerhalb der gängigen Bibliografien stehen: für die Unpersonen des akademischen Lebens in der DDR. In diesen Artikeln befreit sich Riedel von der bemühten Gelehrsamkeit. Das sagen zu können, tut gut. Die Porträtierten hätten es anders nicht verdient.

Paul Menzer, über vierzig Jahre Philosophie-Professor in Halle, stellte sich nach dem Kriege als Dreißigsiebzigjähriger dem demokratischen Neuanfang zur Verfügung. (Nachdem ihm wohl nicht *"die Niederlage Hitlerdeutschlands wie eine Befreiung"* [S. 161, Hervorhebung P.T.], sondern als Befreiung erschienen war: Es war eben zunächst mal eine solche.) Menzer wird das erste Opfer von Rugard Otto Gropp, der sich später in Leipzig als Fußnote in der Philosophiegeschichte verewigt: Indem er

die "philosophische Front" gegen Bloch formiert.

Jürgen Teller gehörte zu den Assistenten Blochs in Leipzig. Und er gehörte zu denjenigen, die im Gefolge der Blochschen Zwangsemittierung eine andere Entwicklung zu nehmen gezwungen wurden als etwa damalige FDJ-Sekretäre. Nach Manuskriptabschluß der hier in Rede stehenden Veröffentlichung geschah Teller eine späte Genugtuung. Er wurde unter erinnernswerten Umständen Honorarprofessor an der Philosophischen Fakultät der Leipziger Universität. Vergleiche *hochschule ost* 2/1992.

Das dritte Porträt stellt Eberhard Haufe vor. Er war seinerzeit in Leipzig gefördert worden durch Theodor Frings und Schüler von Hermann August Korff. 1957 wurde er beim zweiten Versuch durch "Mayers Schüler" (S. 190, 191, 192) zu Fall gebracht und fristlos aus dem Universitätsdienst entlassen. Der Artikel widmet sich ausführlich der Rolle von Hans Mayer in diesem Vorgang.

Wir finden bestätigt, was sich auch für andere, etwa Robert Havemann, und immer wieder sagen läßt: Die Grundidentifikation mit einer Idee und ihrer Ausführung läßt den Einzelnen in der Hoffnung und um des Erhalts der Hoffnung willen manches Unerträgliche noch ertragen. Bis an einen bestimmten Punkt. Den legt der Einzelne für sich fest. Oder nie: Um kaputtzugehen am Ertragen des Unerträglichen. Für Mayer war der Punkt 1963 gekommen. Zuvor hätte er - z.B. - in der hier behandelten Sache etwas tun müssen, wie viele andere auch. Riedel überliefert es uns so:

"Nein, niemand aus Senat oder Fakultät kam Haufe zu Hilfe. Einer, vielleicht, hätte es gekonnt: Hans Mayer, der als Institutsdirektor nach dem Ausscheiden von

Frings in der Sache zuständig und mit seinem Wort gefordert war. Das er nicht sprach. Er entzog sich der Antwort durch Flucht in die Krankheit (mit 'Kuraufenthalt'). Haufe war nicht sein Schüler. Das einzige, was er bewirkte, war die Niederschlagung des von seinem Anhang eingeleiteten Disziplinarverfahrens. (...) ... als sie wenige Jahre später eine Kampagne gegen ihn selbst begannen..., kam er zu dem Fazit, 'meine Studenten nicht mehr schützen' zu können. Und ging, wie zuvor Ernst Bloch, in die Bundesrepublik." (S. 194 f.) Und wie Manfred Riedel.

Haufe blieb. Der Herbst 1989 erlebte ihn als besonnen-konsequenten Sprecher des (seinerzeitigen) Bürgerwillens in Weimar. Die Leipziger Universität wird ihm demnächst eine Honorarprofessur antragen.

Ein langer Aufsatz am Ende des Buches ("*Kehre der Zeit als 'Zeitkehr' oder: das Tragische in der Geschichte*") erinnert uns schließlich doch noch einmal an dessen dominierende Schwächen. Es geht gleich los mit der überraschenden Behauptung: "*Zum ersten Mal seit langem gibt es für uns Deut-schewieder Dinge auf der Welt, über die wir gar nicht verschiedener Meinung sein können.*" (S. 210)

Zum Beispiel: "*Es gab eine deutsche Revolution...*" (S. 210) Wir folgen dem Autor geduldig weiter und stoßen auf seine Mitteilung über das Verhalten der deutschen "*Dichter und Denker von Profession*": "*... sie (bleiben) selbst über den geschichtlich beispiellosen Vorgang einer gewaltlosen Revolution und den Übergang zur Eini-gung im Streit.*" (S. 212 f.) Also von "*gar nicht verschiedener Meinung*" ja wohl keine Spur.

Weiteres Beispiel: "*Wir leben nicht mehr in staatlichen Provisorien*" (S. 210), sei eines

der "*Dinge auf der Welt, über die wir gar nicht verschiedener Meinung sein können*", und zwar: "*Zum ersten Mal seit langem*". Hm. Da sollte vielleicht daran erinnert werden, daß vor gar nicht langer Zeit ziemliche Einmütigkeit ("*gar nicht verschiedener Meinung*") über eines bestand: Daß die staatlichen Provisorien wohl sinnvollerweise nicht mehr als Provisorien zu betrachten seien. Oder, um mit Riedel zu sprechen: die Vereinigung sei "*fast schon aufgegeben*" gewesen (S.210).

Mithin: Die "*Dinge...*, über die wir gar nicht verschiedener Meinung" waren und sind, gibt es heute nicht "*zum ersten Mal seit langem*". Sie sind nur immer andere. Das verweist auf die Relativität von Einmütigkeit. Zudem erscheint es unangemessen apodiktisch, überhaupt von Dingen, "*über die wir gar nicht verschiedener Meinung sein*

können", zu reden. Doch um das zu empfinden, brauchte es vielleicht die Erfahrung DDR bis zum Schluß.

Ansonsten liefert Riedel in seinem Schlußaufsatz ausführliche Begründungen, warum er von "*Zeitkehre*" spricht; daß wir nun statt einem "*Vaterland im Raum*", den vergangen Nationalstaat" (S.213) "*ein Vaterland in der Zeit*" (S. 210) gefunden hätten, weil "*die jetzt... zur Entscheidung gebrachte Abkehr von Zeitverrückungen durch die politischen Großideologien des Faschismus und Marxismus-Leninismus*" vollzogen sei (S.213); warum Nietzsche eine so zentrale Stellung in dem Buch einnimmt. Letzteres ist Gegenstand der abschließenden sechs Seiten. Deren Lektüre kann empfohlen werden.

Pas Ternack (Leipzig)

Deutsche Rechthaber. Jens Hackers Buch "Deutsche Irrtümer"

(Jens Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Ullstein Verlag, Berlin, 1992, 615 S. 58,- DM.)

Angesichts der medial präsenten Kommentare verhinderter oder gewesener Dissidenten kommt gelegentlich der Eindruck auf, die SED hätte sich mit der westdeutschen Wohnbevölkerung in der DDR allenfalls fünf Jahre halten können.

Mit nicht unbeträchtlichem Insiderwissen beschrieb Monika Maron (1) detailgetreu den mentalen Unterschied zwischen vormodernen Fleischfresserzönis und jenen vegetarischen Postmodernen, die wohl kaum geduckt zur Wahlurne der Nationalen Front geschlichen wären.

Jens Hackers Buch verspricht hier objektivierend gegenzuhalten, indem es mit der längst überfälligen westdeutschen Vergangenheitsbeschäftigung zu beginnen scheint und sich mit den analytischen Fähigkeiten in der alten Bundesrepublik bei der Beurteilung der DDR vor ihrem Zusammenbruch beschäftigt. Möglicherweise hat mit diesem Buch der Streit um die Vergangenheit im Westen erst richtig begonnen.

Hackers Buch wirkt zunächst aufgrund seiner voluminösen Stofffülle empiriegesättigt, was sich jedoch als eine von Zeitzengen-

befragungen absehbende Dokumentenfixiertheit herausstellt. Nach einem allgemeinen und zu vernachlässigenden ersten Kapitel über den Einigungsprozeß von 1989/1990 wird im zweiten Kapitel knapp die "Entwicklung der deutschen Frage von 1945 bis 1949" umrissen.

Umfangreiche Darstellungen ohne Neuheitswert zur Deutschlandpolitik der Bundesregierungen von 1949 bis 1990 schließen sich in einem dritten Kapitel an. Da die Geschichte der "Etablierung der Zwei-Staaten-These" nicht zu den Grauzonen der Geschichtsforschung gehört, hätte eine Beschränkung auf die sattem bekannten Literaturhinweise dem Buch etwas mehr Handlichkeit verliehen. Erst nach einem kurzen Abriss der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der deutschen Neuvereinigung beginnt das Buch ab Seite 179 sich seinem Anspruch zu nähern.

In diesem 6. Kapitel werden die Positionen zur "Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands aus der Sicht der Parteien und wichtiger gesellschaftlicher Organisationen" dargestellt, wobei auch den "deutschlandpolitischen Positionswechseln" Strauß, Brandt und Bahr gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Nachdem sich Hacker der Darstellung der DDR in der öffentlichen Diskussion in Gestalt von Publizistik, Literatur, den Politischen Bildungsstätten und den Schulbüchern widmet, begibt er sich mit dem 8. Kapitel in den engeren Kreis der (uns hier vorrangig interessierenden) wissenschaftspolitischen Relevanz.

Mit Hackers Sicht auf die deutschlandpolitischen Beiträge der wissenschaftlichen Disziplinen Staats- und Völkerrecht, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft

und SBZ-/DDR-Forschung soll sich im folgenden beschäftigt werden.

Zu Beginn unternimmt Hacker einen Abstecher in die Soziologie, wobei er die deutschlandpolitischen "Verdienste" der FAZ-Chefsoziologin Elisabeth Noelle-Neumann hervorhebt.

Der promovierte Jurist Jens Hacker sortiert die o.g. drei Disziplinen schnell: Im Gegensatz zu einer Vielzahl von Historikern und Politologen ist es eines der "erfreulichsten Ergebnisse dieser Studie" (S.345) mitteilen zu können, daß die herrschende Meinung bei der Mehrzahl von Staats- und Völkerrechtlern hinter der deutschlandrechtlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gestanden habe. Das Bundesverfassungsgericht ist es auch, das durch sein juristisches Beharrungsvermögen in Bezug auf das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz der "bessere Anwalt deutscher Interessen" war, einen Titel, den bei Hacker neben der FAZ und der Welt (S.351) nur wenige Institutionen beanspruchen können, schon gar nicht die Zeit der Gräfin Dönhoff oder der "hämische Kommentar" (S.419) des SPIEGEL zur Gründung der Gesellschaft für Deutschlandforschung, der vorzustehen der Autor des Buches seit März 1992 Gelegenheit hat.

Mit dem Beginn des Abschnittes zur Geschichtswissenschaft beginnen auch die harschen Töne, denn Jens Hacker ist ein überaus kritischer Autor, der sich mit einem der "interessantesten Phänomene der letzten Jahre" beschäftigt. Da andere Autoren durchaus andere Phänomene als interessant bezeichnen könnten, expliziert er unmißverständlich, daß ihm die Tatsache, daß so viele Historiker und Politikwissenschaftler den Status quo in Europa "für gut und unabänderlich betrachtet und eine nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands selbst

unter Verlust der deutschen Ostgebiete strikt abgelehnt haben" (S.352), Probleme bereitet. Erwähnung findet bei dieser historischen Gerechtigkeitsfindung aber auch, daß die Juristen und die "praktische Politik" die These vom Untergang des Deutschen Reiches nie geteilt haben (S.353).

Im Abschnitt zur Geschichtswissenschaft wie auch im gesamten Buch wird deutlich, daß Hackers Buch zuvörderst eine Zusammenstellung von Zitaten mit vom Autor ventilerten Wertungen ist, der schwerlich eine analytische Dimension nachgewiesen werden kann. Erläutert sei diese Hackersche Methode anhand seiner Kritik am Bochumer Historiker Hans Mommsen, der mit seiner These vom "Bi-Nationalisierungsprozeß" auch "keine Skrupel" hatte, sein Referat zum I. Hambacher Disput »Die Nation ist tot. Es lebe die Region!« zu überschreiben. Paradigmatisch für sein Wissenschaftsverständnis wirft Hacker ihm nun seine Einwände entgegen, von denen die wirkmächtigsten so aussehen: "Dies tat er, obwohl ihm Elisabeth Noelle-Neumann ... widersprochen hatte." Die Mommsensche Revision des Begriffs der deutschen Nation findet aber bei Hacker auch eine Erklärung: "Hätte er nur die zahlreichen Darlegungen der Bundeskanzler Brandt und Schmidt gelesen, dann wäre er nicht zu diesem Fehlurteil gelangt." (S.362)

Dem studentischen Besucher eines Proseminars mag diese infantile Methode noch nachgesehen werden, in einer wissenschaftlichen Monographie wirkt dieser Umgang mit den Urteilen von Kollegen nur peinlich, auch wenn die realhistorische Entwicklung ex post als Wahrheitskriterium bei der Bewertung von Handlungsmöglichkeiten genommen werden mag. Alle Wissenschaftler werden danach bewertet, ob sie in den Jahren der deutschen Teilung das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

beachtet haben. Skeptiker werden je nach dem erreichten Grad ihrer Skepsis behandelt. Nachsicht erfahren dergestalt Karl Dietrich Bracher und Alexander Schwan, schließlich zeigt sich bei beiden Wissenschaftlern, "wie sehr es der »Friedensbewegung« und verstreuten Zirkeln im linken und rechten Spektrum zuvor gelungen war, Sorge bei denen auszulösen, denen es um den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die weitere Zugehörigkeit der Bundesrepublik in der westlichen Wertegemeinschaft ging." (S.376)

Diese Nachsicht mit quasiverirrten Schafen findet sich in dem der Politikwissenschaft gewidmeten Abschnitt schon nicht mehr, schließlich "haben mehrere Politologen noch stärker als die Historiker Zweifel am Fortbestand der deutschen Nation geäußert." (S.383)

Bei seiner Kritik am Status-quo-Denken in der Politikwissenschaft wird Hacker dann sogar international. Beispielsweise verweist er auf das Status-quo-Denken des Amerikaners David Calleo und demonstriert damit zugleich seine Unvertrautheit mit der amerikanischen Diskussion, wo Autoren wie John Mearsheimer stärker diskutiert werden, zumal gerade Mearsheimer auf die sicherheitspolitischen Gefahren in Europa nach dem Ende der Bipolarität mit provokanten Thesen (2) aufmerksam gemacht hat.

Von den kritisierten Politologen sei noch auf Ernst-Otto Czempiel und auf Kurt Sontheimer aufmerksam gemacht. Hacker will offensichtlich seinen Vorwurf der Nichtbeachtung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes flexibilisieren und wirft den o.g. Autoren ein "hohes Maß von Ignoranz gegenüber der Bevölkerung der DDR" (S.391) vor. Diese für einen FAZ-Kommentar noch verwendbare Formulierung hat in

einer wissenschaftlichen Monographie erst recht keinen Erklärungswert.

Aufbau und Diktion des Buches erscheinen eher wie eine großangelegte Revanche mit den deutschlandpolitischen Auffassungen von Sozialwissenschaftlern, gegen die der Jurist Hacker eine tiefinternalisierte Aversion zu besitzen scheint. Erklärungen für historiographische und politologische Fehler sind Hackers Sache dabei nicht, wohingegen gerade das von einer wissenschaftlichen Studie zu erwarten gewesen wäre.

Es verwundert nicht, daß die Politikwissenschaft dabei besonders grob angefaßt wird, schließlich hat diese Wissenschaft in der Bundesrepublik - irrtümlicherweise - den von 1968 herwehenden Geruch einer Oppositionswissenschaft.

Naheliegender erscheint es, die Positionen der SBZ-/DDR-Forschung als krönenden Abschluß dieser zensurenverteilenden Generalabrechnung mit alten Kontrahenten werden zu lassen.

Der sich durch Hackers Buch historisierende Zeitgeist wendet sich mit Vehemenz gegen die unter dem Einfluß von Ernst Richert und Peter Christian Ludzin der zweiten Hälfte der sechziger Jahre vollzogene Neuorientierung der westdeutschen DDR-Forschung, die durch die Regierungsübernahme der SPD noch verstärkt wurde. Beklagt wird dabei vor allem der »Relativismus der Systeme« und die von Ludz forcierte Abkehr vom herkömmlichen Totalitarismusbegriff, wie auch die Anwendung der "systemimmanenten Methode", die versuchte, die DDR-Gesellschaft in ihrer Entwicklung aus sich selbst heraus zu verstehen. Hacker macht deutlich, wie sehr er diese für ihn bedauerliche Entwicklung als durch die Brandtsche »neue Deutschland-Politik« begünstigt sieht, wobei Hacker nicht zu erwähnen

vergißt, daß auch Brandt dem Relativismus "huldigte".

Wer bei Hacker den analytischen Biß und das wissenschaftliche Erklärungspotential vermißt, wird am Ende des Bandes auch über den politischen Charakter der Streitschrift zum Zwecke der Instrumentalisierung von Geschichte aufmerksam gemacht. Als "größter Irrtum" wird die "Illusion, mit einer Politik der Aufwertung und Stabilisierung des SED-Regimes zu einer inneren Liberalisierung der DDR beizutragen" (S.453) bezeichnet, wie sie mit der Anwendung der von Egon Bahr 1963 verkündete Formel vom »Wandel durch Annäherung« nach dem Regierungswechsel implementiert wurde.

Die Westbindung der Bundesrepublik nicht aus den Augen verlierend, formuliert Hacker zugleich vollmundige Anfragen an die damalige Status-quo-Politik Kennedys. "Darüber hinaus hinaus müssen sich auch die für Außenpolitik Verantwortlichen in Paris und London sowie anderen westeuropäischen Hauptstädten fragen" (S.454), ob sie dem Urteil des deutschen Professors Hacker standhalten.

Kurt Sontheimer muß sich wiederholt "daran erinnern lassen", daß er "keine Skrupel hatte" festzustellen, daß die Bundesrepublik nur noch an die eigene Zukunft denken solle (S.432). Die "Arroganz deutscher Schriftsteller" bleibt Hacker "ungeheuerlich" und Günter Gaus "versteigt sich zu ungeheuerlichen Behauptungen" (S.455f.) etc.

Offensichtlich will Hacker durch den totalitären Gebrauch von Sprache darauf aufmerksam machen, daß der Totalitarismusansatz weiterhin von Nutzen ist, wie auch seine Diktion zuweilen den Eindruck vermittelt, als hätte er den Kalten Krieg ganz persönlich gewonnen.

Mit Söffisanz verspricht Jens Hacker auf der letzten Seite seines Buches all jenen Analytikern Überraschungen, die bereits in den sechziger Jahren auf den Terminus "totalitär" verzichteten, nachdem er sich zuvor an Hermann Rudolph angeschlossen, der an die "Verdienste der DDR-Forschung in den fünfziger Jahren erinnert" (S.428). "Back to the Fifties" könnte der englischsprachige Titel des Buches heißen.

Die Emotionalität normativer Überfrachtungen im unempirischen Herangehen, wie auch die unterkomplexen Parallelen zum Dritten Reich werden jedenfalls von zahlreichen Wissenschaftlern (3) auch heute noch als die entscheidenden methodischen Nachteile jener Zeit angesehen.

"Deutsche Irrtümer" mag für eine politische Streitschrift aufgrund der wohl außergewöhnlichen Zitate- und Ausspruchesammlung einen bemerkenswert hohen Informationsgehalt haben, die dem Hackerschen Buch noch fehlende analytische Distanz wird von der zu erwartenden westdeutschen Vergangenheitsbewältigung zweifelsohne eingefordert werden müssen. Beide Paradigmen der westlichen Kommunismusforschung haben versagt. Der Totalitarismusansatz trug zur Unterschätzung der Mo-

demisierungsphasen kommunistischer Systeme in den fünfziger und sechziger Jahren bei, wie sie mit dem Sputnik-Schock manifest wurde, wie er auch nicht den resignativen Zusammenbruch der Repressionsmechanismen und der kommunistischen Führungseliten selbst erklären kann. Die modernisierungstheoretischen Ansätze wiederum führten zu einer Überschätzung der Reformfähigkeit kommunistischer Systeme, wie es Hacker anhand der deutschen Sozialwissenschaft so genüßlich vorführt.

Frank Geißler (Leipzig)

Anmerkungen:

(1) Vgl.: Monika Maron, "Peinlich, blamabel, lächerlich", in *DER SPIEGEL*, 35/1992, S. 136-141

(2) Vgl.: John J. Mearsheimer, *Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security*, Summer 1990 (Vol. 15, No. 1), S. 5-56

(3) Vgl. u.a.: Eckard Jesse, *Wie man eine Chimäre zum Leben erweckt. Hat die DDR-Forschung versagt? - Kritische Bestandsaufnahme einer ängstlichen Wissenschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. August 1990, S. 35

Hochschulstrukturen - Studium und Lehre in den 90er Jahren. Forum Wissenschaft ' Studienheft Nr. 16. Hrsg. von BdWi Bonn e.V., Forschungs- und Informationsstelle beim BdWi (FIB) Marburg, Freie Konferenz der StudentInnen-schaften an Fachhochschulen (FKS). Bonn/Marburg 1991. 67 S. DM 12,-.

Das Studienheft enthält u.a. Beiträge zur "Deregulierung" als hochschulpolitische Leitlinie, "Rekonstruktion von Studienreformstrategien", Frauenforschung und Frauenförderung, "Ein Plädoyer für den ALDI des Hochschulwesens - die Fachhochschulen" und zwei Beiträge zum Hochschulumbau Ost:

Klaus Labsch: Staatsprofessoren Marke "West" - oder: Die Ausnahme als künftige Regel? Berliner Thesen der Bundesvertretung akademischer Mittelbau (BAM): Wissenschaft als Beruf. Forderungen an eine sachgerechte Personalstruktur (Funktionsstellen)

Bezug über: BdWi, Postfach 543, W - 3550 Marburg, Tel. (06421) 213 95

Die "Abwicklung" der Hochschulen in der ehemaligen DDR - ein historisch notwendiger Prozeß? Eine Dokumentation. Dissens Spezial Nr. 1. Hrsg. von der JUSO-Hochschulgruppe Mannheim. 70 S. DM 4,-, bei Versand 5,-.

Alles "abgewickelt"! - Was bleibt von der Freiheit der Forschung und Lehre in Deutsch-Ost? Eine Dokumentation. Dissens Spezial Nr. 3. Hrsg. von der JUSO-Hochschulgruppe Mannheim. 95 S. DM 6,-, bei Versand 8,-.

Zu beziehen bei: JUSO-Hochschulgruppe Mannheim, L 4.12, W - 6800 Mannheim

Henri Adler/Irene Lischka: Hochschulzugang in Mecklenburg-Vorpommern. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin: Projektberichte 1/1992.

Ruth Heidi Stein: Studierende der Wirtschaftswissenschaften 1991 in den neuen Bundesländern vor dem Übergang von der Hochschule in den Beruf. Problemstudie. (Mitarb.: Rainer Fritsch, Sabine Erdner. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin: Projektberichte 3/1992

Bezug über: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Hrsg. vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1992. 88 S.

Kostenlos zu beziehen bei: Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt, Breiter Weg 31, O - 3040 Magdeburg

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: **Jahresbericht 1991.** Schriftenreihe "Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft", Band 32. Bonn 1992.

Studienberatung in den neuen Bundesländern. Förderprojekte des BMBW. Eine Zwischenbilanz. Hrsg. vom BMBW. Reihe "Bildung Wissenschaft Aktuell", Band 10/92.

Der Band informiert über Zielsetzungen, Schwerpunkte und Ergebnisse der Förderungsmaßnahmen des BMBW, berichtet über Perspektiven des weiteren Ausbaus der Studienberatung und enthält eine Sammlung von Stellungnahmen und Empfehlungen sowie Hinweise auf Veröffentlichungen.

Gisela Müller-Fohrbrodt / Ute Körner: **Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten an deutschen Hochschulen. Bestandsaufnahme 1991.** Hrsg. vom BMBW. Bonn 1992. 177 S.

Die Bestandsaufnahme beruht auf einer Datenerhebung an den Mitgliedshochschulen der vormaligen Westdeutschen Rektorenkonferenz im Zeitraum Dezember 1990 bis April 1991, enthält allerdings im Anhang auf 11 Seiten auch die Ergebnisse einer nachgezogenen Befragung an den ostdeutschen Hochschulen.

Kostenlos zu beziehen bei: BMBW, Broschürenstelle, Postfach 20 01 08, W - 5300 Bonn 2.

Koordinierungsstelle für Studienberatung in Sachsen-Anhalt: **STUDIERN In Sachsen-Anhalt, Wintersemester 92/93.** Hrsg. vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Magdeburg 1992.

Kostenlos zu beziehen bei: Koordinierungsstelle für Studienberatung in Sachsen-Anhalt, Postfach 4241, O - 3010 Magdeburg

'Wegen mangelnder persönlicher Eignung'. Diskussion über die 'personelle Erneuerung' im Osten. Hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Marburg 1992. XII S. DM 2,-.

Am 25.8.1992 diskutierten in Halle/S. A. Bittrich (Merseburg), S. Hoppe, H.-D. Klein, I. und P. Kuczynski, B. Marquard, K. Rührdanz, M. Stern, H. Zschke (alle Halle/S.), S. Brentjes, K. Kinner, B. Okun, P. Pastemack, U. Ziegler (alle Leipzig), H. Laitko, G. Petruschka (beide Berlin) unter der Moderation von D. Kretzen, M. Gibas und T. Bultmann vom BdWi Ablauf und Kriterien der Durchsetzung neuer Personalstrukturen im ostdeutschen Wissenschaftsbereich.

Bestellung bei: Redaktion *Forum Wissenschaft*, Postfach 543, Gisselberger Str. 7,
W - 3550 Marburg

Gründung eines Instituts zur Erforschung totalitärer Strukturen. Eine Initiative der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag. Meinungen und Materialien. Schriftenreihe der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Band 2.
Dresden 1992

Kostenlos zu beziehen bei: Pressestelle der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag,
Holländische Str., O - 8012 Dresden

Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung. Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik. Hrsg. von Norbert Lammer. Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1992. 374 S.

Dieser vom Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Norbert Lammer, herausgegebene und vom Bundeskanzler mit einem Geleitwort versehene Sammelband "enthält wichtige und grundlegende Beiträge zu den Inhalten und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik und fördert damit zugleich die von mir angeregte und für notwendig gehaltene breite Grundsatzdiskussion über die Zukunft unseres Bildungswesens" (H. Kohl). In unserem Kontext interessieren vor allem ein Beitrag des sächsischen Wissenschaftsministers, Hans Joachim Meyer: "Anpassung und Innovation. Die Erneuerung von Hochschulen und Wissenschaft in den neuen Ländern. Wir brauchen eine neue Hochschulpolitik" und ein Aufsatz des Staatssekretärs im mecklenburg-vorpommerschen Kultusministerium, Thomas de Maizière: "Probleme des Einigungsprozesses".

Studie zur Integration ostdeutscher Jungakademiker: Von der Einheit beruflich profitiert

Mit der beruflichen Situation von Hochschulabsolventen, die ihr Studium noch vor der Wende in der ehemaligen DDR abgeschlossen haben, beschäftigt sich eine Studie der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), Hannover, die Bundesminister Prof. Dr. Rainer Ortleb am 26. August 1992 in Bonn vorstellte. "Die ostdeutschen Jungakademiker zählen innerhalb der neuen Länder zu den Bevölkerungskreisen, die trotz aller Probleme, die der Neuaufbau den einzelnen brachte, mit den teilweise sehr schwierigen Begleiterscheinungen relativ gut zurechtkommen und von der deutschen Einheit schon jetzt gewissermaßen beruflich profitieren", erklärte der Bundesbildungsminister.

Fast 80 Prozent aller befragten Jungakademiker, die 1982 ihr Studium begonnen und überwiegend 1987 abgeschlossen haben, stehen, so Ortleb, derzeit in einer Vollbeschäftigung. Hier zeigte sich gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen ein außergewöhnlich positives Bild der beruflichen Integration. Zwar gebe es für einen Teil der unter den Bedingungen des alten Systems in den Beruf Gestarteten noch Instabilitäten in ihrer Beschäftigungssituation, doch es fände sich in diesem Personenkreis eine sehr viel geringere Arbeitslosigkeit als angenommen. Nur sieben Prozent sei von Arbeitslosigkeit aktuell betroffen. Erfahrungen mit diesem für Ostdeutsche neuen Phänomen mußte bereits etwa jeder fünfte Jungakademiker machen.

Frauen waren davon besonders betroffen. Sie blieben länger arbeitslos als ihre männlichen Kollegen. Beruflich existenzielle Schwierigkeiten gaben vor allem Ökonomen, Landwirte, Techniker, Physiker und Lehrer für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an. Besser sieht es bei Medizinern, Lehrern und auch Juristen aus. Absolventen mit ausgezeichneten Diplomen sind besonders gefragt. Von ihnen ist derzeit so gut wie niemand ohne Arbeit.

Die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom HIS durchgeführte Studie ermittelt als Gründe für den Verlust des Arbeitsplatzes überwiegend betriebsbedingte Kündigungen (44 Prozent) bzw. die Abwicklung von Betrieben (30 Prozent). Wegen Unzufriedenheit mit der Arbeitsstelle kündigte von sich aus nur jeder zehnte beschäftigungslos gewordene Hochschulabsolvent. Seit Ende 1989 hat knapp die Hälfte der jungen Akademiker die Stelle gewechselt, acht Prozent bereits mehr als einmal. Ein Großteil von ihnen versprach sich davon eine Verbesserung der beruflichen Situation. Ein Drittel dieses Personenkreises wanderte in eine andere Branche ab. Am seltensten nahmen Mediziner und Lehrer einen neuen Arbeitsplatz ein. Häufig bedeutete der Stellenwechsel aber einen Umzug in die alten Bundesländer. Elf Prozent der Befragten, darunter Männer doppelt so häufig wie Frauen, arbeiten jetzt im Westen. Vor allem Techniker (34 Prozent der Stellenwechsler), Physiker (20 Prozent) und Ökonomen (19 Prozent) folgten attraktiven Angeboten aus dem Westen. "Unter Einkommensgesichtspunkten konnte diese Jungakademiker den größten Sprung nach vorne machen.", sagte Ortleb.

Die Hochschulabsolventen stellten ihren Ausbildungsstätten überwiegend gute Zeugnisse aus. "An den Hochschulen wurde vor allem gutes grundlagentheoretisches Wissen

vermittelt. Als Defizite wurde vor allem der Mangel an fachübergreifenden Kenntnissen und kooperativen Fähigkeiten genannt", berichtete der Bundesbildungsminister aus der HIS-Studie. Schlecht beurteilt würden die EDV-Qualifikation, pädagogisch-methodische Fähigkeiten und speziell mangelnde Rechts- und Wirtschaftskenntnisse.

Daher sei es nur zu verständlich, so Ortleb, daß 70 Prozent dieser Hochschulabsolventen einen starken Bedarf nach Fort- und Weiterbildung für sich in Anspruch nehmen. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen Jungakademiker haben nach der Wende bereits an einer Qualifizierungsmaßnahme teilgenommen.

Die Studie erscheint als Band 96 der HIS-Reihe "Hochschulforschung" und kann nur bei HIS (Goseride 9, W-3000 Hannover) kostenlos bezogen werden.

(aus: *Informationen Bildung Wissenschaft* (Hrsg. BMBW) 9/92)

hochschule ost

Wissenschafts-
und Hochschulgeschichte der
DDR * Kritische Begleitung
des Umbauprozesses * Perspektiven
der ostdeutschen Forschungs-
und Hochschullandschaft * Ana-
lysen * aktuelle Berichte * Rezen-
sionen * Literaturinformation * Dokumentation

Herausgeber:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Uni Leipzig

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost

in hso veröffentlichten und veröffentlichen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Elke Uhl, Frank Geisler, Ilko-Sascha Kowalczyk, Torsten Bultmann, Hans-Uwe Feige, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Christian Dahme, Helmut Haberlandt, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Joachim Rohde, Christian Fuller, Uta Starke, Marlis Dürkop
u.a.

*hso erscheint monatlich
jeweils ca. 75 Seiten*

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennenlernen
2. mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM
3. mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/
StudentInnenabonnement für 33,- DM
4. mal im Abonnement für in der akademischen/
studentischen Selbstverwaltung in den
FNL aktive Studierende (tätig in folgendem
Gremium) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündigt.

.....
Name

.....
Adresse

.....
Datum

.....
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa
Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig